ZEITSCHRIFT FUR

GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK & WELTWIRTSCHAFT

V. JAHRGANG / 1928

HEFT 6 JUNI

BERLIN

KURT VOWINCKEL VERLAG

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgeber *Dr. K. Haushofer,* Honorar-Professor an der Universität, General-Major a. D., München O 27, Kolberger Straße 18, Telephon 44444, *Dr. E. Obst,* o. Professor an der Technischen Hochschule, Hannover, Scharnhorststraße 14, Telephon Nord 8186, *Dr. H. Lautensach,* Studienrat, Gotha, Neumarkt 26 und *Dr. O. Maull,* a. o. Professor an der Universität Frankfurt a. M., Franz-Rücker-Straße 23, Telephon Maingau 5117

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgegeben von *A. Ball,* Berlin W 9, Linkstr. 25, Tel. Nollendorf 7348,

unter ständiger Mitarbeit von *Dr. Kurt Wiedenfeld,* Geh. Leg.-Rat, o. Prof. a. d. Univ., Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Straße 80. *Schriftleitung:* Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83

V. JAHRGANG / HEFT 6 / JUNI 1928

AUFSÄTZE ZUR WELTPOLITIK:

GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNGEN:

AUS DER WELTWIRTSCHAFT:

GEOPOLITISCHE UNTERSUCHUNGEN:

LITERATURBERICHT:

EINZELHEFT RM. 2.50

VIERTELJAHR RM. 6.— / JAHRGANG GEBUNDEN RM. 30.—

POSTSCHECKKONTO: KURT VOWINCKEL VERLAG / BERLIN 18769 / WIEN 55918

MITARBEITER DIESES HEFTES:

Dr. Maria *Castellani,* Rom — Dr. Adolf *Dresler,* München, Barerstr. 32 — Paul *Freye,* Frankfurt a. Main, Günthersburgallee 85 — Dr. Karl *Haushofer,* Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — Dr. Walter *Knoche,* Santiago, Chile, Casilla 3457 — Louis *Loucheur,* Paris — Dr. Otto *Maull,* a. o. Professor an der Universität, Frankfurt a. Main, Franz-Rücker-Straße 23 — Dr. O. *Meister,* Graz, Burggasse 16 — Anatole de *Monzie,* Paris — Dr. Erich *Obst,* o. Prof. a. d. Technischen Hochschule, Hannover, Scharnhorststraße 14 — Dr. Otto *Overhof,* Villa Falconieri, Frascati bei Rom — Pastor *Schmidt-Wodder,* Mitglied des Dänischen Reichsrates, Tondern — O. *Welsch,* München, Wagmüllerstr. 23 – Oswald *Zienau,* Berlin-Wilmersdorf, Pfalzburgerstr. 61

KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRUNEWALD HOHENZOLLERNDAMM 83

Louis Loucheur:

WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK IN EUROPA

Wenn man einen Vergleich zwischen der augenblicklichen Finanzlage der meisten europäischen Länder und der des Jahres 1920 anstellt, so wird man zugeben müssen, daß unser Kontinent gerade in der Lösung seiner Finanzprobleme in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht hat, Fortschritte, die man vor 8 Jahren sicherlich noch für unmöglich gehalten hätte. Damals standen Deutschland, Österreich, Ungarn, Polen und andere Staaten unmittelbar vor dem finanziellen Zusammenbruch, da sich die Lage ihrer Währungen von Tag zu Tag verschlechterte. Besonders katastrophal waren die Verhältnisse in Deutschland, wo gegen Ende des Jahres 1923 — zum Teil als Wirkung der Ruhrbesetzung — die Goldmark auf 1 Milliarde Papiermark stand. Aber auch in Belgien, Frankreich und Italien waren die Verhältnisse seiner Zeit äußerst kritisch.

Seitdem konnten die Finanzen aller dieser Nationen reorganisiert und auf eine gesunde Basis gestellt werden. Deutschland führte verhältnismäßig schnell und ohne allzu nachteilige Folgen für seine Wirtschaft die Goldmark ein, und es hat die finanziellen Lasten, die infolge des Dawesplanes auf seinen Schultern ruhen, bisher ohne ungünstige Rückwirkung auf seine Währung zu tragen vermocht; hier wird man abwarten müssen, wie sich die Lage in Zukunft gestaltet. Auch Österreich, Ungarn, Polen, Belgien und Italien haben ihre Währungen zu stabilisieren vermocht, wobei jedes Land von einem anderen Niveau ausging, das durch die Erfordernisse seiner Wirtschaft, den Umfang der vorhandenen Golddeckung und durch die Höhe der öffentlichen Schuld bestimmt wurde.

Belgien hat seine Währung auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau stabilisiert. Es ist dies ein Land, das wirtschaftlich sozusagen von der Hand in den Mund lebt und das, selbst im Prozentsatz der Bevölkerung gerechnet, zahlenmäßig nur etwa ein Viertel bis ein Fünftel der Rentner aufweist, die es in Frankreich gibt. Man hat es in Belgien für richtig befunden, die Rentnerinteressen den Interessen der Industrie und des Exportes zu opfern.

Dem steht gegenüber, daß Italien, das ja auch kein Rentnerland ist, seine Währung auf einem viel höheren Niveau stabilisiert hat als Belgien und an dieser Stabilisierung festhält. Es gibt Finanzleute, die behaupten, daß diese Stabilisierung auf zu hoher Basis eine Gefahr für die italienische Wirtschaft darstelle. Ich kenne

indessen Graf Volpi, den italienischen Finanzminister, zu gut als einen der tüchtigsten Finanzmänner unserer Zeit, und ich glaube nicht, daß er die Stabilisierung der italienischen Währung durchgeführt hat, ohne sich vorher über alle evtl. Wirkungen dieses Schrittes auf die Wirtschaft seines Vaterlandes klar zu werden.

Die Stabilisierung des französischen Franken dürfte zwischen den Monaten Juli und Oktober dieses Jahres erfolgen. De facto ist ja der Franken bereits seit über einem Jahr stabil, wenn auch die Regierung die legale Fixierung dieses Schrittes bisher verzögert hat. Die Stabilisierung der französischen Valuta stellt nämlich kein äußeres, sondern vorwiegend ein inneres Problem Frankreichs dar. Das Land besitzt eine Nationalschuld in Höhe von 350 Milliarden Franken, und man muß auf diese Tatsache gebührend Rücksicht nehmen. Würde sich unsere öffentliche Schuld nur auf 100 Milliarden Franken belaufen — um eine runde Ziffer zu nennen — so würde Frankreich in der Lage sein, seine Währung zu einem sehr viel günstigeren Satze zu stabilisieren. Da jedoch unsere Nationalschuld nun einmal so hoch ist, müssen wir dieser Tatsache in unserer Finanzpolitik Rechnung tragen. Die Erfahrungen anderer Länder bei der gesetzlichen Stabilisierung ihrer Währung haben nämlich bewiesen, daß sich ein solcher Schritt nur durchführen läßt, wenn man auf den tatsächlichen Stand der Währung gebührend Rücksicht nimmt, d. h. wenn der Stabilisierungskurs sich nicht zu sehr von dem effektiven Werte der Valuta unterscheidet. Wählt man nämlich einen anderen Kursstand, so muß das ganze Wirtschaftsleben entsprechend umgestellt und diesem neuen Niveau angepaßt werden.

Da die Stabilisierung des französischen Franken auf der bisherigen Basis von 124 Franken für das Pfund Sterling oder etwa 6 Franken für die Mark keine Wirtschaftskrise in Frankreich ausgelöst hat und der Beschäftigungsstand unserer Industrie günstiger ist als in vielen anderen Industrieländern, so ergibt sich hieraus ohne weiteres, daß dieser Satz für die französische Wirtschaft tragbar ist. Aus all diesen Gründen glaube ich, daß auch die legale Stabilisierung des Franken zu diesem Kurse erfolgen wird. Natürlich ist das auch keine Ideallösung. Sie bedeutet vielleicht eine große Ungerechtigkeit gegenüber den Kleinrentnern, die ihre Ersparnisse dem Staate, als er in Not war, anvertrauten. Aber eine vollkommene Revalorisierung des Franken ist eben unmöglich, denn damit würde der Franken sofort allen Einwirkungen der internationalen Spekulation ausgesetzt werden, und wir hätten für eine lange Reihe von Jahren das schwierige Problem zu lösen, unsere Warenpreise und unser Wirtschaftsleben den neuen Verhältnissen anzupassen.

Nach der Währungsstabilisierung in Frankreich dürfte der Vorhang über dem europäischen Valutenproblem fallen. Dann wird der normale Fluß der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den einzelnen Nationen einsetzen. Sicherlich werden wir

och hin und wieder einige kleine Krisen erleben, wie sie nach einem Sturm rößten Ausmaßes, wie ihn der Weltkrieg und die darauffolgende Inflation darellten, ja unvermeidlich sind. Ich glaube aber, daß die Sanierung der euroäischen Finanzen in nicht allzu ferner Zeit beendet sein wird und hoffe, daß die ann einsetzende ruhigere Entwicklung nicht durch neue Störungen behindert wird.

Allerdings dürfen wir auf lange Zeit hinaus noch nicht mit Rußland als einem ichtigen Faktor der Weltwirtschaft rechnen. Wir müssen dieses Land aus unseren eltwirtschaftlichen Berechnungen ausschalten und so handeln, als ob Rußland ar nicht existierte. Vom finanzpolitischen Standpunkt aus betrachtet war der 'erlauf des Kampfes zwischen Stalin und Trotzki höchst interessant, weil er zeigte, aß die Wirtschaft ehernen Gesetzen gehorcht und alle Fesseln, die man ihr aufrlegt, letzten Endes von selbst sprengt. In dem Kampfe der beiden russischen 'ührer repräsentierte Stalin die neue, von Lenin entworfene Wirtschaftspolitik.)ieser neue wirtschaftspolitische Gedanke (NEP) hat gesiegt und führt Rußland nmer mehr vom reinen Kommunismus zu einer gemilderten Form des Kapitasmus. Trotz dieser langsamen Entwicklung, welche die Evolution an die Stelle er Revolution setzt, bin ich bezüglich der Stabilität der russischen Währung urchaus nicht optimistisch, bin aber der Meinung, daß eine Finanzkatastrophe 1 Rußland keine Erschütterungen nennenswerter Art auf das übrige Europa zur 'olge haben dürfte.

ANATOLE DE MONZIE:

EUROPA UND DAS FERNÖSTLICHE PROBLEM

Die Tatsache, daß Asien heute nicht mehr an Europa glaubt, bildet den wahren chlüssel zur Lösung des fernöstlichen Problems. Asien glaubt weder an die tatächliche Überlegenheit Europas in militärischer Hinsicht, noch an dessen zivliatorische Mission. Im Lichte dieser Erkenntnis müssen die westlichen Nationen hre veralteten Auffassungen über die Beziehungen Europas zu den ungezählten Aillionen des fernen Ostens von Grund auf revidieren.

Es wäre grenzenlos töricht, würden wir die heutigen Vorgänge in China durch lie Brille vergangener Zeiten betrachten. Das moderne China ist weniger mit Iilfe des Einflusses Moskaus und der bolschewistischen Propaganda als vielmehr lurch den Weltkrieg und als Folge der überaus großen Enttäuschung ntstanden, die der traurige, diesen Krieg beendigende Frieden ausöste.

Die westeuropäischen Nationen haben bisher mit ziemlichem Gleichmut die liplomatischen Schachzüge verfolgt, die im fernen Osten von der Moskauer Diplonatie gemacht wurden. Selbst Beobachter, welche die fernöstliche Lage gut zu ennen meinten, erklärten, daß es sich bei den Vorgängen in Asien nur um den

alten Streit zwischen Rußland und England handele. Die Unrichtigkeit dieser Gedankengänge haben wir inzwischen leider am eigenen Leibe erfahren.

Die europäischen Mächte sind nunmehr dahin übereingekommen, es müsse verhindert werden, daß die 400 Millionen Menschen, die China bevölkern, sich mit den 150 Millionen Bewohnern Rußlands verbünden, damit nicht der ferne Osten zu einem Stützpunkt und Bannerträger des Bolschewismus werde. Wir glauben zu der Überzeugung gelangt zu sein, daß zur Durchführung eines erfolgreichen Widerstandes im fernen Osten gegen Rußland der chinesische Bauer nützlicher ist als der englische Soldat. An positiven Maßnahmen haben wir indessen so gut wie nichts unternommen.

Trotzdem ist das fernöstliche Problem eine weltpolitische Frage allerersten Ranges; in Europa und nirgend anders muß die alte Welt sich über ihre Asienpolitik entscheiden.

Wir kennen den Plan der Moskauer Machthaber. Er läuft darauf hinaus, Japan an Rußland zu ketten und dann China und Deutschland zum Eintritt in dasselbe Bündnis zu veranlassen. Der augenblickliche Konflikt zwischen Japan und dem nationalistischen China braucht nicht unbedingt gleichbedeutend mit der Aufgabe derartiger Gedankengänge zu sein. Ein solcher Pakt ist bereits zu verschiedenen Malen in dem bolschewistischen Organ „Iswestia“ behandelt worden. Er ist von seiten Japans nicht dementiert worden und Dr. Stresemann scheint zum mindesten Kenntnis von ihm zu besitzen, obgleich mir natürlich unbekannt ist, ob er sich zustimmend oder ablehnend hierzu verhält.

Für Frankreich ergibt sich aus dieser Konstellation die Forderung, daß zunächst ein Bündnis zwischen Japan und Groß-Britannien herbeigeführt werden muß. Es ist uns unglücklicherweise unmöglich, die amerikanische Regierung zu veranlassen, ihr Gebiet der japanischen Einwanderung zu öffnen. Japan muß daher seine Blicke auf das asiatische Festland für eine Gelegenheit territorialer Expansion lenken, und es muß dort in die Lage versetzt werden, in einem Umfange festen Fuß zu fassen, der es ihm gestattet, seine überschüssige Bevölkerung unterzubringen. Dies ist das erste Problem, das gelöst werden muß und dessen Lösung sich ja bereits durch das Vorgehen Japans in der Mandschurei vorzubereiten scheint.

Zu gleicher Zeit ist es aber notwendig, Deutschland zu der ihm gebührenden Rolle in Westeuropa zurückzuführen. Trotzdem es aus dem fernen Osten durch den Eintritt Japans in den Krieg an der Seite der Alliierten ausgeschaltet wurde, hat Deutschland doch keine Zeit verloren, um freundliche Beziehungen zu Japan einzuleiten, das auf der Seite seiner Feinde im Weltkriege stand und mit dem Frankreich ein Bündnis abzuschließen gehofft hatte.

Die Zeit allein wird die Haltung Deutschlands in einem Spiele zeigen, welches zwar Moskau eingefädelt zu haben behauptet, dessen wirklicher Verlauf jedoch

durch die Entwicklung der Tatsachen bedingt wurde. *Ein Deutschland, dem man in Westeuropa Hindernisse bereitet, muß notwendigerweise nach Osten blicken.*

Für Frankreich ergibt sich daher die Aufgabe, den wahren Wert der verschiedenen diplomatischen Vorgänge richtig einzuschätzen, um auf der einen Seite seiner Selbstachtung genügen und auf der anderen Seite Sicherheiten für die Zukunft erhalten zu können. Unsere künftige Politik sollte durch die mittlere Linie und durch den Ausgleich, den wir in den verschiedenartigen Beziehungen finden müssen, bestimmt werden.

In all diesen Fragen ist kein Prinzip von größerem Nutzen als das allbekannte und vielerprobte „Do ut des". Es ist in seiner Anwendung ein wenig unangenehm, besonders wenn man es mit ehrgeizigen Tyrannen zu tun hat, wie sie die augenblicklichen Beherrscher Rußlands sind. Die Beherrscher haben noch nicht ganz das Ausmaß innerer Schwierigkeiten gefühlt, bei dem die Parteiideale den Notwendigkeiten der nationalen Existenz des Landes zu weichen beginnen. Noch sind sie keineswegs geneigt, dem Nachbar, dessen Hilfe sie für die Aufrechterhaltung ihrer Wirtschaft brauchen, die notwendige Rücksicht zu gewähren. Sie stehen noch unter dem falschen Eindruck, daß sie ihn um seine Hilfe angehen und dennoch gleichzeitig seine Existenz bedrohen dürfen.

Die Ungewißheit bezüglich der Haltung Rußlands uns gegenüber erklärt Frankreichs Zurückhaltung in den Verhandlungen mit diesem Lande. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Tatsache, daß die Bolschewistenführer sich das Recht anmaßen, sich in die Angelegenheiten aller anderen Nationen einzumischen, ganz gleich in welchem Teile der Welt diese Nationen liegen, während sie allen anderen Völkern es strengstens verbieten, sich um russische Angelegenheiten zu kümmern und sei es auch nur in untergeordneten Fragen.

Daß die französisch-russischen Verhandlungen noch nicht abgebrochen sind, erklärt sich nur aus dem Umstande, daß Frankreich bisher noch immer die Hoffnung gehegt hat, Rußland werde zu seinem früheren Bündnisvertrage zurückkehren. Der Augenblick ist jedoch nicht mehr fern, in dem es notwendig sein wird, in nicht mißzuverstehender Weise den Vertretern der Sowjetregierung eine Alternative zu stellen. *Die französisch-deutsche Annäherung wird den Zeitpunkt bestimmen, an dem diese Frage gestellt werden muß.*

Ich behaupte keineswegs, daß es nicht auch ein innerchinesisches Problem zu lösen gibt, ein Problem, das unabhängig von allen anderen sonstigen weltpolitischen Fragen besteht. Die Aufrechterhaltung normaler Beziehungen zwischen China und den Westmächten wird aber vor allem davon abhängen, ob die europäischen Mächte unter sich zu einer Einigung gelangen. Korruption und zögernde Haltung sind jedenfalls heute ein genau so wenig empfehlenswertes diplomatisches System wie die längst überlebte Formel „Divide et impera".

Erich Obst:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Das Gefühl für die Notwendigkeit einer friedfertig-überstaatlichen Großraum-politik ist allenthalben wach geworden und scheint tatsächlich mehr als eine bloß Reaktion auf die Weltkriegskatastrophe zu sein. Politische, wirtschaftliche und sozial kulturelle Belange haben die Staaten und Völker des ganzen Erdenrundes dazu ge führt, im ureigensten Interesse gesicherten *Frieden* zu begehren. Dennoch werden vermutlich noch viele Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte vergehen, ehe das er habene Ziel auch nur annähernd erreicht wird, weil die Menschheit bei ihre Friedenssehnsucht das Maßstabproblem außer acht läßt. Wir werden nun in Bäld glücklich zwei weltumspannende Organisationen haben, die beide im Grunde das selbe wollen: Frieden auf Erden! Aber Genfer Völkerbund wie *Kellogg-Pak* kranken nach unserem Dafürhalten an dem nämlichen Grundübel, daß beide den Sprung vom individualistisch-egoistischen Einzelstaat zum Universalpakt für möglich und notwendig halten. Niemand wird das Konzert eines Massenchores in der Weis vorbereiten, daß er jedem einzelnen Sänger die Noten in die Hand drückt und dann nach einiger Zeit auffordert, nunmehr zum Massenchor zusammenzutreten; gelingen kann ein solches Unternehmen vielmehr nur, wenn allenthalben die Gruppen fü das Konzert gründlichst geschult und hernach als solche in den Massenchor ein gegliedert werden. Ähnlich scheinen uns die Verhältnisse in der Weltpolitik zu liegen Organisches und somit gesundes Hineinwachsen der gesamten Menschheit in einen universalen Friedenspakt setzt voraus, daß die kontinentalen Großräume und deren Staatenwelt zuvor den Weg zu Verständigung und Frieden finden. Erst wenn diese Schritt getan, könnte und sollte man meines Erachtens den Versuch machen, di verschiedenen in sich geeinten Staatenblöcke zu einem Weltbund zusammenzuschwei ßen, die politischen Ideen aller Teilräume der Erde auf den Generalnenner einer ehr lichen Friedenspolitik zu bringen. Der Genfer Völkerbund hat sein letztes Ziel nich erreicht, weil Europa für sich allein schon noch nicht reif ist für aufrichtige Zu sammenarbeit. Wir fürchten sehr, daß der Kellogg-Pakt als vermehrte und verbessert Auflage desselben Werkes einen ähnlichen Mißerfolg erleben wird. Wer der ge samten Welt Ordnung, Frieden und Freiheit bescheren will, der kehre zuvor in eigenen Hause. Und nicht nur Europa, sondern auch die Neue Welt und Ostasien bieten jedes für sich überreichlich Gelegenheit, dem Friedensgedanken im richtigen Maßstab zu dienen. Das Leben der Staaten dünkt uns gar zu sehr an die Gesetz organischen Wachstums gebunden zu sein, um offensichtlich unorganisch-konstruk tive Experimente zu vertragen.

Bezeichnend auf alle Fälle ist die Aufnahme der Kellogg-Note in Europa. Solang man in Genf unter sich war, konnten die abendländischen Regierungen um da Friedensproblem mit vielen schönen Worten herumreden. Nun, wo die Vereinigten

taaten, der einzige Sieger im Weltkrieg, die Stimme erhoben haben, wird die Sache renzlig, und man muß recht weitgehend Farbe bekennen. Für den Augenblick iögen noch derartige Phrasen genügen wie das kühne Wort von Austen Chamberlain n englischen Parlament: „England has never treated war as an instrument of policy England hat niemals den Krieg als ein Mittel der Politik angesehen)!“ Solche edensarten dürften bald nicht mehr verfangen. Mit Recht hat Stresemann in seiner ntwortnote an Kellogg betont, daß diese neue Garantie für die Erhaltung des Friens den Bemühungen um die Durchführung der allgemeinen Abrüstung einen euen Impuls geben müßte. Er berührt damit den Kern des Problems, und es versteht ich von selbst, daß der Kellogg-Pakt genau wie der Genfer Völkerbund mit der ösung der Abrüstungsfrage steht und fällt.

Inzwischen helfen die im Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit verinigten Kirchen den Boden vorbereiten, auf dem dermaleinst eine wirkliche Friensgemeinschaft erstehen kann. Es scheint uns hochbedeutsam für die zukünftige Entwicklung der christlichen Kirche, daß sich die deutsche Abteilung dieses Weltundes auf der Heidelberger Tagung (Ende April) nach dem Referat von Geheimrat Titius-Berlin einmütig zu einer Bejahung des Friedens- und Abrüstungsgedankens ekannt hat. Für den im August stattfindenden Weltkirchentag von Prag dürfte dieser Beschluß richtunggebend sein. Finden sich die politischen und kirchlichen Organiationen auf dem Boden eines starken Friedenswillens, so werden die Regierungen m Ende dem Drängen ihrer Völker nachgeben müssen, mögen sie sich im Augenlick auch noch so sehr dagegen sträuben. Der Weltkrieg bedeutet nun einmal Weltvende, und die Völker verlangen, daß die unvermeidlichen Gegensätze der Staatsnteressen anders als mit Kriegsmaschinen zum Austrag gebracht werden. Nur derenige Politiker wird in der Geschichte als wirklicher Staatsmann fortleben, der in iesem Sinne eine Aussöhnung und Überbrückung der scheinbar kontradiktorischen Gegensätze „National–International“ herbeiführt. Niemand will und soll sein Volksum zum Opfer bringen. Der internationalen Verständigung dient am besten der, ler fest und stark in seiner nationalen Kulturgemeinschaft wurzelt, denn farblose nternationalität ist unnatürlich und weckt nirgends ein Echo. Den nationalen Beangen vermag in unseren Zeiten nur derjenige wahrhaft gerecht zu werden, der mit ffenen Augen das Gesetz der wachsenden Räume erkennt und die Zusammenrbeit mehrerer, ihrer nationalen Eigenart froh bewußter Staatsindividuen bejaht.

Wie weit sind wir in Europa von einer allgemeinen Geltung solcher Grundsätze ntfernt! Wie sehr wird vor allem die Bedeutung der nationalen Minderleiten fast überall verkannt. Statt sie bewußt zu Mittlern zwischen Völkern und Staaten zu machen, hämmert man allenthalben auf die Bedauernswerten ein und ersucht, ihnen mit allen Mitteln das Leben sauer zu machen. Poincarés Rede in Carcassonne ließ hoffen, daß eine allmähliche Wandlung des führenden franösischen Staatsmannes zu erwarten sei. Die Art, wie der Autonomistenprozeß n Kolmar geführt wird, macht alle Hoffnungen wieder zuschanden. Wenn man len von den „Elsaß-Lothringer Heimatstimmen“ (Berlin W 30) dankenswerterweise in leutscher Sprache herausgegebenen französischen Anklageakt durchliest, stehen einem b der Fülle von Unverständnis und Borniertheit die Haare zu Berge. Will denn Paris nicht einsehen, daß in Elsaß-Lothringen Menschen anderer Art, anderen Kulurbewußtseins, anderer politischer Mentalität wohnen als im eigentlichen Frankeich? Glaubt man wirklich, mit elendem Spitzeltum und brutaler Gewalt Menschen u hundertprozentigen Franzosen machen zu können, die nun einmal auf Grund

der historischen Entwicklung zur deutschen Kulturgemeinschaft gehören und zäh an ihrer Muttersprache, ihren ererbten Sitten und Gebräuchen festhalten? Hat nicht der starke Wahlerfolg der elsässischen Autonomisten gezeigt, wie große Teile der Bevölkerung treu zu ihren jetzt auf der Anklagebank sitzenden Führern halten? Will man von Paris aus unter allen Umständen die Brücke zerstören, die schicksalhaft über Elsaß-Lothringen nach Deutschland hinüberführt?

Noch viel erschreckender ist das Wüten des Faschismus in Südtirol. Wie sollen Deutschland und Italien den Weg zu ehrlicher Zusammenarbeit finden, wenn sich Mussolini mit leidenschaftlichem Fanatismus bemüht, das völkische Bindeglied in Südtirol zu zerstören? Sinnlos, unmenschlich die fortwährenden Gewalttaten, die jetzt in einem Verbot aller Jugendverbände des deutschen Landes gipfeln. Die „Vossische Zeitung" tut gut daran, ihre Leser auf einen Aufsatz aufmerksam zu machen, den Mussolini am 11. September 1919 in seiner Zeitung, dem Mailänder „Popolo d'Italia", veröffentlichte:

„Eine Minderheit von Deutschen — 150 000 — sind seit gestern italienische Untertanen geworden. Auch auf diese Tatsache ist es nicht inopportun, von diesem Augenblick an die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu lenken. Wir gehören nicht zu jenen, die einen deutschen Irredentismus fürchten. Jedenfalls wird er keine gewalttätige Form annehmen, wird nicht zersetzend und nicht gefährlich sein, wenn Italien in den Gebieten der Oberetsch eine ehrliche und loyale demokratische Politik machen wird. Es ist von diesem Augenblick an notwendig, daß die Zeitungen und das Parlament den Deutschen der Oberetsch sagen, daß Italien nicht die Absicht habe, sie gewaltsam zu entnationalisieren. Daß es ihre Sprache und ihre Sitten respektieren, daß es ihnen die notwendige administrative Selbständigkeit zugestehen wird. Es ist möglich, daß sich Italien nicht beliebt machen wird, solange die alten Männer und die hinfälligen Systeme die Ursache von Irrtümern und Unverständlichkeiten sind, aber es wird sich nie durch Gewalttaten oder Repressalien verhaßt machen; das liegt nicht in unserem Temperament."

Das Temperament der Italiener und insbesondere das des Herrn Mussolini scheint sich gründlichst geändert zu haben. Wird der italienische Diktator nicht am Ende doch noch einmal einsehen, daß er mit seiner Gewaltpolitik in Südtirol Italien nicht im mindesten nutzt, Europa aber ungeheuerlich schadet?

Grau in grau das Bild, das sich uns beim Studium der deutschen Minderheiten auch sonst bietet, z. B. in Polen. Mit ewigen Schikanen treibt man die Menschen von Haus und Hof, verbittert das Deutschtum und hetzt es in die Opposition, statt mit kluger Toleranz die Deutschen in Polen zu nutzen als die gegebenen und unersetzlichen Mittler nach dem Westen. Immer wieder das gleiche törichte Bauprogramm: Schranken anstatt Brücken. — Für Ostoberschlesien ist nun endlich die Entscheidung in dem höchst unerfreulichen Schulstreit gefallen. Der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag hat am 26. April sein Urteil durchaus im Sinne des deutschen Stendpunktes gesprochen: weder dürfen Erklärungen über die Zugehörigkeit zur Minderheit nachgeprüft werden, noch dürfen für die zu den deutschen Schulen angemeldeten Kinder irgendwie und von irgendwelchen Behörden Sprachprüfungen vorgenommen werden. Leider kümmern sich die Polen nicht im mindesten um Wortlaut und Sinn dieses Gerichtsspruches. Die Familien, die ihre Kinder zur deutschen Schule anmelden, sind einem Terror ausgesetzt, wie er sonst nur noch in Italien vorstellbar ist. Daß eine solche Kulturschande im Zeitalter des Völkerbundes möglich ist, spricht gewiß nicht für dessen innere Kraft.

Die Lage der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei hat sich in
en letzten Monaten etwas gebessert, aber von einer zufriedenstellenden Lösung ist man
uch hier noch weit entfernt. Wie unwürdig ist es zum Beispiel, daß im Hultschiner Länd-
hen noch immer der Ausnahmezustand herrscht! Mit welch häßlichen Mitteln haben
ie Tschechen dort bei den Aprilwahlen operiert, und wie beschämend für sie ist
ie Tatsache, daß trotz allem die Deutschen einen vollen Wahlsieg errungen haben.
eutsch denkt und fühlt die Bevölkerung von Hultschin, und wir mußten das Länd-
hen hergeben, weil es angeblich von Tschechen besiedelt sein sollte!

In Nordschleswig ist Ende April die Sammlungsbewegung „Das dritte Schles-
ig“ nach längerer Vorbereitung mit Wünschen und Plänen an die Öffentlichkeit
etreten. Ohne die staatsrechtliche Verbindung Nordschleswigs mit Dänemark anzu-
asten, fordert man die Einsetzung eines „nordschleswigischen Rates“, dem die Auf-
tellung von Richtlinien zur Behebung der wirtschaftlichen und verwaltungstech-
ischen Nöte des Landes zufallen soll. Der Rat soll ferner dafür sorgen, daß bei der
esetzung von Dienst- und Amtsstellen in Nordschleswig in erster Linie Nordschles-
wiger berücksichtigt werden. Der Führer des Deutschtums in Nordschleswig, Pastor
Dr. Schmidt-Wodder, hat sich für Anschluß des Deutschtums an diese Bewegung
usgesprochen, weil er von ihr Verständnis für die deutsche Forderung nach kul-
ureller Autonomie erhofft.

Man wende nicht ein, daß wir immer nur auf die Lage der deutschen Minder-
heiten in den Nachbarstaaten hinweisen und für sie Forderungen erheben, ohne uns
um die fremdvölkischen Minderheiten innerhalb des Deutschen Reiches zu kümmern.
Stets haben wir verlangt, daß die deutsche Regierung alles tun müsse, um die Min-
derheiten im Reich so zu behandeln, wie wir es für die deutschen Minderheiten in
der Fremde begehren. Wir verzeichnen es daher mit aufrichtiger Freude, daß die
reußische Regierung — und sie kommt tatsächlich fast nur allein in Frage —
wichtige Beschlüsse über eine Neuregelung der Minderheitenrechte gefaßt hat.
Wir werden ausführlich darauf zu sprechen kommen, sobald die amtliche Veröffent-
lichung erfolgt ist. Die jetzt vorliegenden Äußerungen lassen aber bereits erkennen,
daß die preußische Neuordnung einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiete des
Minderheitenrechts bringen wird. Schon jetzt sind wir ja in vielfacher Beziehung
weitherziger als die Mehrzahl der Nachbarstaaten. Daß wir beispielsweise in der
Lausitz den wendischen Sokol gewähren lassen, obwohl er organisatorisch mit dem
allslawischen Sokol verbunden ist, steht gewiß einzig da und findet in Polen, der
Tschechoslowakei u. a. m. bestimmt kein Gegenstück. Einem Mißbrauch der Lausitzer
Sorben als Werkzeug allslawischer Propaganda und der tschechischen Forderung
nach Angliederung der Lausitz an die tschechoslowakische Republik werden wir aller-
dings nach wie vor bestimmt entgegentreten. Und dies nicht zuletzt im Interesse der
Wenden selbst.

Statt mit Hilfe der fremdvölkischen Minderheiten einer europäischen Staatenge-
meinschaft den Weg zu ebnen, verkrampft sich die Mehrzahl der abendländischen
Staaten darauf, nationalistischem Dünkel zu frönen. Die Folge ist im gesamtpoli-
tischen Leben ein chaotisches Durch- und Gegeneinander, das zu überschauen dem
Chronisten nicht immer leicht wird. Die glückliche Überwindung des Atlan-
ischen Ozeans durch das deutsche Flugzeug „Bremen“ wurde vielfach in
einer Weise besprochen, die kleinlichen Neid nur notdürftig verhüllte. Wenn man
verfolgt, welche Presse die Nordpolexpedition des italienischen Generals
Nobile findet, so begegnet man abermals einer nationalistischen Kleinlichkeit, für

die beispielsweise in Amerika kaum mehr Raum ist (vgl. die allgemeine Freude über Kapitän Wilkins Polarflug). Die Gegensätze verschärfen sich naturgemäß, sobald wir uns vollends den rein politischen Ereignissen zuwenden. Italien arbeitet mit Feuereifer an dem italienisch-türkisch-griechischen Dreibund, der ihm in Anbetracht seiner weitausgreifenden Orientpolitik unendlich viel wichtiger dünkt als die Beilegung des neuerdings wieder verschärften Konflikts zwischen Papst und Faschismus. Die Besprechungen, die Mussolini jüngst mit führenden Staatsmännern Ungarns, Polens und Rumäniens hatte, zeugen weiterhin von der erstaunlichen Aktivität der faschistischen Regierung und werden namentlich in Frankreich mit wachsender Sorge verfolgt. — Der französisch-italienische Gegensatz spielt naturgemäß auch bei der Lösung der Tangerfrage eine sehr wichtige Rolle. Italien fordert jetzt nicht nur die Leitung des Gesundheitsdienstes in der Stadt, sondern begehrt auch einen Anteil an der Finanz- und Zollverwaltung sowie an der Straßen- und Meerespolizei. Darüber hinaus sollen die italienischen Delegierten auf der Tangerkonferenz Forderungen erhoben haben, die den Rahmen der Konferenz zu sprengen drohen: Statut der in Tunis lebenden Italiener, endgültige Regelung der Südgrenze von Tripolis u. a. m. Wie sich Frankreich mit dieser italienischen Kompensationspolitik abfinden wird, ist im Augenblick nicht zu sagen. Auf alle Fälle wird Frankreich auch die Umstellung der italienischen Flottenpolitik in Betracht ziehen müssen, denn es ist klar, daß auch diese Maßnahme deutlich gegen Frankreich gerichtet ist. Italien verzichtet vollständig auf die Großkampfflotte und gründet seine Seestrategie künftighin auf die Zusammenarbeit der Unterseeboote, leichten Kreuzer und der Luftflotte. Augenscheinlich schwebt Mussolini ein von rücksichtslosem Angriffgeist beseelter Korsarenkrieg als Ziel vor, und die „Frankfurter Zeitung" trifft wohl das Richtige, wenn sie für die Zukunft die Störung der französischen Truppentransporte von Afrika nach dem Mutterlande als wichtigste Aufgabe der italienischen Seestreitkräfte anspricht.

Auf dem Balkan ist alles wirtschaftliche und politische Leben durch die schweren Erdbeben in Bulgarien (Philippopel) und Griechenland (Korinth) stark beeinträchtigt worden. — Rumänien hat mit äußerster Spannung den Bauernkongreß von Alba Julia erlebt. Zu dem gefürchteten Marsch der Bauernmassen nach Bukarest ist es zwar nicht gekommen, doch versichert der Führer Maniu, daß Alba Julia nur eine Etappe sei und daß man nicht ruhen werde, bis das gegenwärtige Regime gestürzt und dem Lande eine gerechte Regierung erkämpft sein wird. Die Lage in Rumänien bleibt also weiterhin höchst kritisch, und es zeugt nicht eben von der Stärke der augenblicklichen Regierung, daß sie wegen der Berichterstattung über Alba Julia eine ganze Reihe ausländischer Zeitungsreporter verhaften ließ, die nun wegen Verbreitung staatsschädlicher Nachrichten vor Gericht gestellt werden sollen.

Anfang Mai tagte in Wien der Mitteleuropäische Wirtschaftstag; er beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Donauproblem. Der zweitgrößte Strom Europas ist durch die sinnlosen Friedensdiktate derartig zerstückelt, daß seine wirtschaftliche Nutzung außerordentlich gelitten hat. Auf der Strecke Passau—Orsowa, die früher ohne jede Grenzformalität befahren werden konnte, prüfen heute fünf Staaten die Schiffsladung, einige sogar zweimal! Die Tagung erörterte sehr eingehend Mittel und Wege, um im Interesse einer Rationalisierung Mitteleuropas die Donauschiffahrt zu fördern (Zollfragen, Kanalbauten zu Rhein, Weser, Elbe und Oder, Ausbesserung des versandeten Sulinaarmes im Donaudelta u. a. m.). Werden die in Frage kommenden Regierungen die Ratschläge der Wiener Wirtschaftstagung befolgen? Wird die Donau

n europäischer Strom werden oder werden an ihr die mannigfachen Staatsschikanen eiterhin Orgien feiern?

Die polnisch-litauischen Verhandlungen sind nahezu ergebnislos verlaufen nd vorläufig auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Woldemaras hat den von Polen ngebotenen Nichtangriffspakt zurückgewiesen, weil dieser einem Verzicht Litauens uf Wilna gleichkäme. Auch über die Schadenersatzforderungen war eine Einigung icht zu erzielen. Der polnische Traum eines Baltenbundes dürfte damit endgültig rledigt sein, aber wie die Verhältnisse zwischen Polen und Litauen geregelt werden ollen, ist jetzt unklarer denn je.

In Sowjetrußland ist die von Trotzki ins Leben gerufene Opposition trotz der erbannung der Führer keineswegs gänzlich erstickt. Im Gegenteil, man spürt das eheime Wirken dieser radikalen Gruppen so stark, daß man es für richtig hält, sich ieder einmal revolutionärer denn je zu gebärden und den Ultrabolschewisten so den Wind aus den Segeln zu nehmen. Um ja nicht die Gunst der Fabrikarbeiter und der llmächtigen Tscheka einzubüßen, schlägt man wieder einmal auf den Mittel- und Großbauern los, bekämpft die „bürgerlich verseuchten“ Spezialisten in der Industrie nd drangsaliert den Privathandel. Die Folge ist natürlich ein wirtschaftlicher Rückchlag, der sich namentlich in den Städten geltend macht, sich aber auch in dem inken der Getreideausfuhr bedenklich widerspiegelt. — Der Prozeß gegen die Anestellten und Arbeiter aus dem Donjez-Revier wird demnächst beginnen. Es ist der eutschen Regierung leider nicht gelungen, auch nur die Haftentlassung der restlichen eutschen Angeklagten zu bewirken. Die deutsche Öffentlichkeit erwartet den Prozeß nit größter Spannung, und auch weite Kreise des Auslandes sind begierig darauf, zu ehen, in welchem Umfange Rußland den Titel eines Rechtsstaates verdient. Für die Beziehungen Rußlands zu Westeuropa und Amerika wird der Ausgang dieses Prozesses on weitreichender Bedeutung werden.

Die Nachricht, daß Afghanistan mit der Sowjetregierung ein Abkommen iber den Flugverkehr zwischen Kabul und Taschkent geschlossen hat, enttäuschte namentlich in London recht schwer. Da Afghanistan bekanntlich keinerlei Eisenbahnen besitzt und auch nur über wenige Autostraßen verfügt, so ist die Errichung mehrerer Flughäfen in Afghanistan gleichbedeutend mit einer handelspolitischen Orientierung Afghanistans nach Sowjetrußland. — Von einem englisch-afghanischen Militärabkommen, das eine Zeit lang als wahrscheinlich hingestellt wurde, hört man nichts mehr. Die Gerüchte sollen jeder Unterlage entbehrt haben.

Persien hat am 10. Mai mit dem Inkrafttreten der Verfassung die Kapitulatioen abgeschafft. England, Frankreich und Deutschland mußten sich den neuen Verhältnissen durch Abschluß vorläufiger Verträge anzupassen versuchen. — Der Bahnbau vom Kaspischen zum Persischen Meer scheint jetzt begonnen zu werden. Die Nordstrecke soll von einem deutschen Konsortium (Berger, Holzmann, Siemens-Bauunion), die Südstrecke von einer amerikanisch-englisch-französischen Gruppe errichtet werden. — Wie sehr sich das neue Persien bemüht, die Abhängigkeit vom Ausland einzuschränken, erhellt u. a. auch aus der Ausschreibung zur Errichtung eines Hochofen- und Hüttenwerkes.

In Arabien sind die Verhältnisse noch immer wenig geklärt. Sir Gilbert Clayton verhandelt zur Zeit mit Ibn Saud über die endgültige Abgrenzung des Irak und Transordaniens (Maan, Akaba!), Jacobs bespricht sich mit dem Imam von Jemen. Vermutlich wird noch einige Zeit vergehen, ehe in diesem Gebiet eine wirkliche Klärung der Machtverhältnisse und eine endgültige Abgrenzung der Interessensphären eintritt.

Inzwischen soll sich Ibn Saud bemühen, die Fäden zwischen seinem großarabischen Reich und Ägypten fester zu spinnen.

In der Türkei beschloß Mitte April die Nationalversammlung einstimmig die von Kemal längst angekündigte Verfassungsänderung, die endgültig die Trennung von Staat und Religion besiegelt. Der türkische Staat will keineswegs religionsfeindlich sein, noch der Religionslosigkeit Vorschub leisten. Er bricht nur mit dem Grundsatz, daß der Islam als Staatsreligion zu gelten habe, und proklamiert die Gleichberechtigung von Moschee, Kirche und Synagoge.

Jerusalem erlebte zu Ostern den Abschluß des Kongresses des internationalen Missionarausschusses. Wir dürfen an den dort gefaßten Beschlüssen nicht achtlos vorübergehen, weil sich Missionsarbeit und Politik oftmals berühren. Die in Jerusalem versammelten Missionare waren ersichtlich bemüht, eine friedliche Auseinandersetzung zwischen Okzident und Orient anzubahnen. Grundsätzlich erkennt man die Eigenwertigkeit der autochthonen Kulturen in Asien und Afrika an und wendet sich gegen Rassenhochmut, Imperialismus usw. Die wichtigste Aufgabe der Missionsarbeit wird nicht in der Gewinnung von Täuflingen erblickt, sondern in einer Synthese der Kulturen und darin, die wertvollen und tragenden Elemente der einheimischen Kulturen zu bewahren und sie durch Berührung mit dem Christentum noch tragfähiger zu gestalten. Die christliche Mission ist damit an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt, dessen politische Auswirkung kaum hoch genug eingeschätzt werden kann.

Der Konflikt zwischen England und Ägypten wegen des Versammlungsgesetzes ist beigelegt worden, indem Ägypten die Forderungen des britischen Ultimatums, wenn auch unter formalem Protest, angenommen hat. Noch immer erscheint England die Sicherung des Seeweges nach Indien von solcher Bedeutung, daß es, um die Herrschaft am Kanal aufrechtzuerhalten, vor Anwendung der äußersten Gewaltmittel nicht zurückschreckt. Wenn man die Deklaration vom 28. Februar 1922 so auslegt, wie die Briten es in diesem Falle tun, bleibt die Unabhängigkeit des ägyptischen Staates allerdings ein bloßer Schemen. Aber Gewalt geht vor Recht, trotz Völkerbund, und niemand wagt es vorerst, Großbritannien deswegen zur Rede zu stellen.

In aller Stille haben die Engländer an der Küste Westafrikas ein Werk vollendet, das für die weitere Entwicklung nicht nur der Goldküsten-Kolonie, sondern ganz Westafrikas von großer Bedeutung zu werden verspricht: den Tiefwasserhafen Takoradi. Das von zwei Wellenbrechern (2,4 bzw. 1,2 km lang) umrahmte Hafenbecken ist aufs modernste ausgestattet und gewährt für etwa ein Dutzend Schiffe selbst bei stürmischstem Wetter Schutz. Vier bis sechs Schiffe können gleichzeitig laden; die tägliche Ladefähigkeit beträgt zur Zeit 5000 t, soll aber noch erheblich gesteigert werden. In der unmittelbaren Nähe des Hafens soll auf höher gelegenem Gelände eine tropische Musterstadt erstehen. Die Engländer versprechen sich von dem am 3. April eingeweihten Tiefwasserhafen von Takoradi eine bedeutende Steigerung der Kakao-, Manganerz- und Bauxitausfuhr sowie eine Vermehrung des Exports von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus den Northern Territories.

Aus der Südafrikanischen Union verdient die Tatsache Erwähnung, daß das Gesetz über die Errichtung staatlicher Eisen- und Stahlwerke von beiden Häusern angenommen worden ist. General Smuts verlangte als Führer der Opposition, die Werke sollten nach einigen Jahren in Privathände übergehen. Die Regierung lehnte diese Einschränkung ab und setzte ihren Gesetzentwurf ohne jede Änderung durch. Die Enteuropäisierung der südafrikanischen Wirtschaft erfährt durch das neue Gesetz eine nicht unwesentliche Stütze.

K. Haushofer:

BERICHT ÜBER DEN INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Während sich die Entwicklung im ostasiatischen Sturmfelde auf den in den tzten Berichten gezeigten geopolitischen Kraftlinien weiter vollzog, so daß unsere eser vom Rückzug Chang Tso Lins, dem staffelweisen Vordringen der drei südchine- schen Machthaber auf Peking und der zum zweitenmal vollzogenen japanischen emmung dieser Bewegung im Shantung nicht überrascht sein werden, hat Japan n weiteren Verlauf dieses hemmenden Schachzuges auf Tsinanfu eine der folgen- hwersten Richtungsveränderungen und Schwenkungen seiner Reichspolitik gegen- ber China und den anderen dort gebundenen Mächtegruppen vollzogen, die es im ahmen seiner geopolitischen Möglichkeiten überhaupt vornehmen konnte. Diese Op- on ist so wichtig, daß wir sie als bedeutsamste Wendung dieses Frühjahrs im indo- azifischen Gesamtgebiet voranstellen müssen, weil sie Einfluß auf die ganze ortige zukünftige Raumverteilung üben kann.

Sie geht noch dazu aus von einem Ministerium, das auf schwankendem wirtschaft- chen Grunde stehend (Dr. Washio, Transpacific 17. 3. 28), bei Inflationsgefahr, mit nem aus dem vergangenen Jahr übernommenen Wehretat — zwischen Rechts- und inks-Radikalismus in die Enge getrieben — von der unsicheren Grundlage einer arlamentarischen Minderheit aus handelt. Nur durch ganz besondere Künste wurde n Mißtrauensvotum vermieden, das sich auf 218 Fortschrittler (Minseito), einen on den 4 Wirtschaftsparteilern (Doshikai), die 3 Reformer (Kakushin), die 4 Sozial- emokraten (Shakai-Minsuto), die 4 Vertreter der sozialen Arbeiter- und Bauern- inken (Ronoto) und 4 von den 11 Unabhängigen hätte stützen können, also aus 34 Stimmen gegenüber den 231 der Seyukai (Verfassungspartei des Beharrens) und ren 10 Freunden aus anderen Gruppen.

Eine solche Lage verführt leicht zu gewagten außenpolitischen Stützungsversuchen, uch wenn sie großen geopolitischen Richtlinien einer vieljährigen Reichserfahrung uwiderlaufen, wie das geräuschvolle Eingreifen Japans in Shantung, im besonderen n der Hauptstadt Tsinanfu am Hwangho-Übergang. Nicht umsonst ist in einer klugen ugenzeugen-Schilderung (Manch. Guardian, 5. 28:) „What happened at Tsinanfu" er Wortlaut „schwere und weitreichende Folgen" gebraucht worden, den der eng- sche Sprachgebrauch fast so ernst nimmt wie die „unfreundliche Handlung".

„Am 1. Mai waren die Süd-Truppen ohne Blutvergießen ruhig in der Hauptstadt on Shantung eingerückt, sichtlich bemüht, Zusammenstöße mit den zur Sicherheit er starken japanischen Kolonie in zwei Stadtbezirken verschanzten Japanern zu ver- neiden"; bis zum 2. Mai abends dauerte diese Schwebelage. Erst am 3. Mai morgens ntwickelte sich rasend schnell einer von den Zusammenstößen, die fast unvermeidlich ind, wenn fremde Truppen mit Maschinengewehren und unklaren Aufträgen in einem on Bürgerkrieg erfüllten Lande stehen, — in einer menschenwimmelnden Großstadt on immerhin etwa 621000 Einw. im hauptstädtischen Bezirk! Erst abends gelang Chiang Kai Sheck persönlich, die kämpfenden Chinesen abzulösen; aber der Streich egen sein weiteres Vorrücken war geschehen, die Führung des anschließenden Vor- ehens auf Peking war an die mittlere Gruppe unter Feng-Yu-hsiang abgeglitten, ie etwa 150000 Mann, davon 30000 verlässige Truppen, gegenüber den zwischen 00000 und 150000 Mann Chiang-Kai-Shecks und den zwischen 100000 und 00000 starken Streitkräften Yen-Shi-Shans von Shansi zählen mag.

In diesem rein innerchinesischen Vorgang hat Japan damit entscheidend einge-griffen, und zwar diesmal nicht so, wie 1927, blitzschnell, so daß man die das Glück korrigierenden Hände in Shantung kaum wahrnahm, als sie schon wieder weggezogen wurden, sondern derb, mit viel Geräusch und unverkennbarem imperialistischem Apparat. Kein Wunder, daß chinesischer Haß aufflammte, daß in Anschlägen die Anklage vom Verkauf der Mandschurei an die Japaner durch Chang-Tso-Lin auf-tauchte, der sich seiner gefährlichen Lage zwischen den drei Gruppen, noch mehr dem unsicheren Pekinger Boden durch Abzug dahin entzog.

Das ist der Tatbestand, wie sehr auch die Tatsachen nachher in ihre offiziellen Mäntelchen geschlüpft sein mögen, um mit Ian Hamilton zu reden. Damit stellte sich Japan in Nordchina in die vorderste Reihe des überseeischen Imperialismus und spielte doch seltsamerweise dem mehr kontinentalen unter den Führern des Südens, Feng-Yu-Hsiang, in die Hände; in Shantung öffnete es obendrein ameri-kanischer Einmischung einen offenen Spalt und band sich mit der sogenannten „aktiven Politik“ Hand und Fuß.

Gleichzeitig erhält Moskau freiere Hand als je zuvor; denn es braucht sich außer-halb der Mandschurei gegenüber bewaffnetem japanischen Vorgehen nicht an örtliche Versprechungen zu halten und findet in der notleidenden Landschaft von Shantung und am Hwangho keimgünstigere Nährböden für aufreizende Tätigkeit als im Süden.

Weite Kreise der japanischen öffentlichen Meinung sehen in der ohne Not voll-zogenen Option einen unheilschwangeren Mißgriff. Die innere Strukturgefahr für das Inselreich durch die sozialen Erschütterungen Ostasiens, mit der die japanische Rechte ihr Vorgehen zum Teil mitgegründet, wird im Lande selbst ganz verschieden angesehen. Baron Kijuro Shidehara, im früheren Kabinett langjähriger Außen-minister, der Groß-Industrie sehr nahestehend, hat den Wahlkampf in Nagoya, Osaka, Kawachi, Kanazawa und anderen Industriestädten aufmerksam verfolgt, fand die Massen zwar voll regstem politischen Anteil, aber gar nicht in Aufruhrstimmung, sondern voll Selbstbeherrschung, glaubt, daß die Arbeiterparteien sicher wachsen werden, jedoch mit zunehmendem politischen Einfluß ihren scharfen Radikalismus ablegen müssen und so voraussichtlich auf die Geleise der heutigen englischen kom-men. „Das politische Erwachen der Massen erfolgt rasend schnell, und sie suchen nun einfach die rechten Führer zu praktischer Arbeit. Alles in allem haben mich meine Wahleindrücke nur optimistisch über die Zukunft unseres Volkes gemacht.“ Ähnlich äußert sich Bunji Suzuki, der für Osaka gewählte Gewerkschaftsführer. Er sieht ein Drei-Parteien-System nach Art des englischen kommen, das sich in längstens zehn Jahren auswirken werde. Schon die nächste Wahl könne 30 bis 40 Arbeiterabgeordnete bringen. Auch eine starke Freihandelsbewegung, auf Osaka und Kobe gestützt, geführt von dem energischen Minderheitsvorkämpfer Sanji Muto, mit Stützpunkten in Tokio, Osaka, Kioto, Kobe, Nagoya steht als Strömung Tanaka entgegen. Viele Stimmen erklären die „rote Gefahr“ in Japan für weit übertrieben, und Hiroshi Saito, früherer Gen.-Konsul in New York, der F. Kuhara auf seiner Untersuchungsreise um die Welt begleitete, glaubte die Gefahr auch in Europa we-niger gefürchtet zu sehen als früher. Natürlich hält auch der landvertriebene Kom-munist Sen Katayama aus Moskau seine Hände im Spiel, und Stalin und Bucharin können seinen Einfluß so wenig verleugnen wie die Ronoto.

Natürlich steht hinter allen Versuchen der alten Kolonialmächte, kostspieligen und öffentliches Ärgernis erregenden Ausbrüchen eines gepeinigten Nationalismus in Asien vorzubeugen, neben der Furcht vor humaneren Parteien im eigenen Lande

nd amerikanischer Einmischung, auch das Unbehagen vor den kühnen Aufpeitchungsmethoden der Sowjets. Auch hier aber bei den Sowjets streitet die kluge olitik des russischen Außenkommissariates fortwährend mit dem derberen Zugreifen er III. Internationale — selten mit Glück! So auch bei dem neuesten von einer hinesischen Behörde der chinesischen Zeitung „Hankau Herald" in die Hand espielten Umwälzungsplan für China. Darin wird China, unter Leitung Boroins, der unter einem falschen Paß wieder in China sei — (leider unter einem deutsch lingenden Namen) — und sich das Yangtse-Becken selbst zur Bearbeitung vorbehalten at, in fünf weitere Revolutionierungsräume eingeteilt. Diese sind: Süd-Mandchurei von Mukden aus, Leiter: Yegoloff, Manager des Peking-Büros der Ostchineschen Bahn; Nordmandschurei, von Harbin aus; Honan; Shansi und Kansu; wangtung und Kwangsi, — für sämtliche werden die russischen Leiter mit amen genannt. Das Ziel ist eine Arbeiter- und Bauernrevolution größten Stiles, nter besonderer Kontrolle der beiden dafür wichtigsten Bahnen: Peking-Mukden, ie Chang-Tso-Lin, und Tientsin-Pukau, die Chiang-Kai-Sheck mattsetzen würde.

Das Ganze ist natürlich für Borodin und seine engeren Helfer, geradeso wie für hina, ein lebensgefährliches Unternehmen; und ein Probeaufstand in Süd-Kiangsi eigt in der Plünderung und Zerstörung von Wanan-Hsien, was allen denen dabei evorsteht, die noch etwas zu verlieren haben. Man versteht aus diesem Gesichtsunkt heraus auch die jähe Energie der japanischen Regierung, die ganz genau eiß, daß die Truppenleistungen sowohl Chang-Tso-Lins wie Chiang-Kai-Shecks biser das Aufgebot kriegsstarker japanischer Divisionen in Shantung nicht rechtfertigen ürden. Aber etwas ganz anderes wäre ein mit allen Mitteln der Sowjeterfahrung sgelassener chinesischer Arbeiter- und Bauernkrieg, wie er jüngst, zur Probe, urch Studenten der Sun-Yat-Sen-Hochschule in Moskau geleitet, in Süd-Kiangsi entsselt wurde und gewiß nicht leicht zu nehmen wäre. Der einzige unter den chineschen Machthabern, der ihn bisher ausparieren konnte, war der undurchschaubare eng-Yu-Hsiang, mit dem Japan verhandelt.

Man weiß eben in Moskau genau, daß die einzige Stelle der Erde, von der aus naher Zeit das gegenwärtig zuungunsten der Sowjets bestehende plutokratische lachtgleichgewicht zu deren Gunsten aus den Angeln zu heben wäre, die mehr als oo Millionen Menschen der Monsunländer sind, die eben deshalb — nach Lenins erühmtem Rezept — von Moskau aus „im Brodeln erhalten werden" — so viel lend sie dabei auch zu erdulden haben.

Das ist der letzte Schlüssel zum Verständnis der Lage in China, der indischen blehnung des Zusammenwirkens mit der zu weitem Entgegenkommen bereiten ritischen Verfassungskommission und deren Erfolg im großenteils mohammedanichen Penjab und im buddhistischen Birma, wie zu der Unruhenserie im nahen sten: im Irak, in Arabien, in Transjordanien, in Ägypten! Im Irak wäre pielend leicht durch die bloßen Flugstreitkräfte der indischen Geschwader Ordnung schaffen, wenn man nicht genau wüßte, daß die Mehrheit der Volksvertretung n Irak nur durch die gröbsten Künste zur vertragsmäßigen Ordnung der Mandatserhältnisse zu bringen war, und daß ein Araberaufstand wie eine Pulvermine durch as ganze wichtige Verkehrsgebiet Vorderasiens flammen würde. Dann aber wäre nternationale Einmischung: Frankreichs, der Vereinigten Staaten, Genfs, ja der Sowts unvermeidlich, und ihr will man in dem wichtigen Ölgebiet um jeden Preis usweichen. Keine einzige national-revolutionäre Einzelerscheinung im Orient könnte ch mit den Machtmitteln einer modernen Kolonialmacht, sei es Frankreichs, Eng-

lands oder selbst der Niederlande ernstlich messen, und sie werden meist sehr ohn-mächtig, wenn sie irgendwo die Küste erreichen und in den Bereich von Schiffs-geschützen gelangen; aber im Innern und durch ihr Zusammenspiel, durch ihre Unberechenbarkeit sind sie den gegenwärtigen Machthabern teils lästig, teils unheim-lich. Das erklärt ihre Wirkung im Nachrichtenspiel der Weltpresse, in dem der Be-such König Amanullahs in Moskau, — mit Parade der Roten Armee vor einem gekrönten Haupt —, eines der reizvollsten und interessantesten Satyrspiele war. Allerdings hat der kluge Herrscher des Pufferstaats Afghanistan die ihm zugedachten Bindungen und Optionen beiderseits vermieden.

Über den Aufeinanderprall westlicher und östlicher Zivilisation und Kultur hat der April zu diesem Maienspiel in Moskau einige westliche Vorklänge gebracht: den Internationalen Osterkongreß der Missionare in Jerusalem, Paneuropas Vergleich mit dem Völkerbund „zu freundschaftlicher Zusammenarbeit mit den übrigen poli-tischen Kontinenten im Rahmen des Völkerbundes" und andere Ausgleichsversuche.

Über die geopolitischen Seiten der Fortentwicklung der Kulturkrise in Ost-asien belehrt für Japan Dr. Ingram Bryans neues Buch: „The Civilisation of Japan" (Home University Library Serie), eine gedrängte historische Skizze, für China ein Vortrag von Dr. Hu-Shih über „Civilisations of East and West", (der als Absatz in einem Buch von Charles Beard erscheinen wird) worin der Unterschied des arbeiten-den Menschen im Verhältnis zu seinem Werkzeug, seinem Kulturapparat in öst-licher Kultur und westlicher Zivilisation in den Vordergrund gestellt wird. Auch zwei Aufsätze d. „Transpacific" v. 10. 3. 28: „Die Zukunft des Christentums in Japan", und „Das moderne Japan", dann über die Eta-Frage „The Outcasts of Japan", die es immer noch gibt, sind aufschlußreich über den Grad, in dem noch Altes und Neues unverbunden nebeneinanderläuft. Wieviel mehr in China und Indien! Dem-noch erzeugt die rastlose Bedrängung des Ostens durch den Westen auf geistigem Gebiete solche Rückschläge, wie den Gedanken von Imasatu über die Gegenmaß-nahme religiöser asiatischer Missionen in die andern Weltteile. Auch die Entstehung nationaler Kirchen in Japan, Korea, China, Indien hat doch dem Internationalen Osterkongreß der Missionäre in Jerusalem eine sehr eigenartige Note gegeben. Neben bedeutenden wirtschaftsbestimmten Aussagen Chinas über seinen gegenwärtigen Zu-stand, wie etwa Dr. T. H. Lee: „Vital Factors in Chinas Problems" Schanghai, 1928 oder D. K. Lieu's „Chinas Industry and Finance" (Chinese Government Bureau of Economic Information) und dem notwendigen Einblick in das neueste China Year Book v. 1928 (Tientsin Press, Woodhead) — 1439 S!! — dürfen so feine Wahr-nehmungen über geistige Strukturumschichtungen nicht vernachlässigt werden, wie sie etwa George E. Sokolsky (North China Herald v. 7. 4. 28) über „Verborgene Kräfte innerhalb der Kuo-Min-Tang" (Hidden Powers in the Kuo Min Tang), den Gegensatz zwischen radikalen und konservativen Mächten innerhalb derselben geistigen Strömung mitzuteilen weiß. Er meint, das Umformungswerk Borodins und seiner Russen an der Kuo Min Tang-Idee werde sich nicht ungeschehen machen lassen, so wenig wie die Einwirkung Sun Yat Sens auf das Erziehungswesen.

Wer aber der Meinung wäre, daß in China die Notwendigkeit des nackten Leben[s] bald dem Philosophieren ein Ende machen könnte und etwa auf die trostlosen Be-richte aus dem verhungernden Shantung hinweisen möchte, (wo 30 % der Bevöl-kerung ohne Unterhalt und nur etwa 10 % imstande sind, das Notjahr ohne Hil[fe] von außen zu überstehen) oder auf die steuerüberlasteten, verkehrshemmenden Zustän[de] am oberen Yangtse (mit seinen ständigen Räuber- und Piratenüberfällen zwische[n]

anhsien und Itchang, mit den 800 „eingetragenen“ [konzessionierten] Räuberchefs eneral Yang Sens, und einer Extra-Lotsen-Taxe von 800 $ für Dampfer an einer nzigen Gefahrstelle), — der halte sich die ausgezeichneten Ernteaussichten in innan, die steigenden Erträge der Mandschurei entgegen; er vergleiche die Berichte es „Economist“ v. 14. 4. 28 über die wirtschaftliche Lage in China mit der Stelle, e besagt, daß eben doch die Auslandschuld des Riesenlandes so klein ist wie die euseelands und ein Viertel der australischen mit ihren 6 Mill. Einwohner beträgt.

Der Aufschwung der Mandschurei wird trotz ihrem Münzelend auch in neueren erichten (Transpacific v. 7. 4. 28 z. B. „Where Three Nations Meet“ und „Manchu-ans pour into virgin lands“) in Farben geschildert, die an das Eröffnen der nord-nerikanischen Weizenstaaten oder Kaliforniens erinnern. Aber darüber schwebt en wieder neuerdings für die Chinesen die Drohung des herben japanischen Hände weg“, wie auch über Shantung. Gewiß ließen sich Chinas, Japans und Ruß-nds Interessen in dem reichen Lande ausgleichen, dessen Handel vor 15 Jahren ein chstel, nun ein Drittel des chinesischen Gesamthandels betrug. Aber der Stimmungs-ickschlag auf die Schüsse von Tsinanfu hin kann dafür ein unübersteigliches Hin-ernis schaffen, und die gefährliche amerikanische Anschauung eines praktischen no man's land“ lauert im Hintergrund! Das Vorrücken des wichtigsten Sturmfeldes ach Norden läßt Australien Zeit zu friedlichen Eroberungen ins eigene Innere. wei Arbeiten von Walter Geisler: „Die Wirtschafts- und Lebensräume des Fest-ndes Australien“ (Hans Meyer-Festschrift, Berlin 1928) und „Die wirtschaftlichen erhältnisse Australiens, „ihre Grundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten“, Ham-urg 1928 unterrichten über die Aussichten dazu nach eigenem Einblick und ıstralischen Quellen.

Ein Bericht aus Canberra (Times, 17. 4. 28) gibt ferner eine gute Übersicht, wie urray-Strom, Murrumbidgee und Darling zu Stauanlagen genutzt werden sollen, obei freilich das Zusammenwirken von Neu-Süd-Wales, Victoria und Süd-ustralien notwendig ist und die geopolitisch so bedeutsame Frage des Eigentums-chtes an Strom, Stromrinne, Verkehrs- und Kraftleistung zum Austrag kommt. Die raxis hat dann auch die zuerst etwas ausschweifenden Hoffnungen auf den Umfang es berieselbaren Landes auf zwei Siebentel des ursprünglich Erwarteten zurückge-hrt, und es entsteht die Frage, ob das nun Erreichbare die Unterbindung der chiffahrt wert ist. Teure Arbeit im „sozialen Erdteil“ und die Verkehrshemmung ırch 24 oder 36 Schleusen zwingen den Diktator Australiens zum Nachdenken.

An kurzen Notizen von geopolitischem Wert verzeichnen wir: Nachrichten über e beabsichtigte Errichtung einer Nord-Ostprovinz an der indischen Assam-Grenze, s Seitenstück zu dem Grenzorgan der N. W. Provinz — ein Zeichen, wie ernst künf-ge Chinagefahren gesehen werden. (Sir Laurie Hammond an dem Assam Legislative ouncil.) Eine vortreffliche Aufsatzreihe in dem Manchester Guardian „With the Simon-ommission“ (Frtlfd. im Mai). Persische Operationen in Luristan im April in er Gegend von Khurramabad. Luciano Magrinis gute Bücher „India“ und „In hina e in Giappone“ des Mailänder Promotrice-Verlags. Einen guten Aufsatz von ans Rohde, Berlin: „Indien—Ägypten—Arabien“, der die Grundlage zur Be-rteilung neuer Verhandlungen in Arabien zwischen Sir Gilbert Clayton und Ibn ıúd bildet, über die Hans Kohn aus Jerusalem der Frkf. Ztg. v. 5. 5. 28 in-ressant berichtet; beides dient auch zum Verständnis der scharfen Warnungen, e in der „Baghdad Times“ v. 28. 3. 28 an die Adresse der Politiker des Irak ge-chtet werden, von denen die Grenzreibungen zwischen Irak und Nedjd als be-

stellte britische Arbeit bezeichnet wurden, was sie wirklich nicht sind — denn sie bedeuten für England nur Kosten und Verlegenheit.

Kulturgeographische indopazifische Symptome für Vordringen oder Abschwellen geopolitischer Vorgänge sind u. a. die Erfolge der am 16. 4. erneut von Kalgan in die Mongolei aufgebrochenen wissenschaftlichen Expedition von Dr. Andrews, nachdem er in zäher, zweijähriger Arbeit die politischen Schwierigkeiten überwunden hatte, nach Bezahlung einer stattlichen Summe an den „Räuber-Verbindungs-Offizier in Kalgan" (wie sich Times v. 17. 4. 28 zutreffend ausdrückt). Arbeitsziel ist das Suchen von Spuren der Urmenschen südlich des Altai, aber auch der höhere Ruhm der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika in Nord-Ost-Asien!

Ein Notruf der „Times of India" v. 21. 4. 28 „Universitäten-Babel" gibt mit Recht der Befürchtung Raum, daß der Forderung der Telugu-Gammelan auf Anerkennung des in Bombay von einigen 140 000 Menschen gesprochenen Telugu als Universitätssprache für Examina wenigstens zehn ähnliche Verlangen für andere wichtige Umgangssprachen Indiens folgen könnten. Eine babylonische Sprachverwirrung droht an den Universitäten, z. B. Allahabad, Lucknow und Benares, die bereits das Zugeständnis gemacht haben. Marathi, Gujerati werden für Bombay, Puna, Ahmedabad, Canarese für Mysore und Belgaum-Dharwar dieselbe Forderung stellen, und schließlich wird eben Sprachverwirrung entstehen, was auf ein ernsthaft zu nehmendes Grundproblem für Indien hinführt: seinen Sprachenwirrwar und das Fehlen eines wirklich allgemeinen Verständigungsmittels, außer — Englisch!

Religonsgeographisch bemerkenswert, als Anzeichen des Wiederauflebens bodenwüchsiger Weltanschauungen gegenüber der Überwallung durch den Konfuzianismus einerseits, westliche Lehren andererseits, sind neue Interpretationen des Lao Tse, wenn auch nicht immer glückliche, und Dr. Genchi Katos Arbeiten über die „Shinto-Lehre und ihre Geschichte und gegenwärtige Geltung", in deren Ablauf „die Lehre des Shinto immer untrennbar und in innigster seelischer Verbindung die japanische Nation als strenge Nationalreligion begleitet hat", — als solche zweifellos eine Quelle ihrer Stärke und Geschlossenheit, die auf dem weiteren Wege durch die Weltgeschichte schwer ersetzbar wäre und jetzt nötiger sein wird als je zuvor!

OTTO MAULL:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Der amerikanische Paktvorschlag. — Vertrag zwischen Deutschland und Amerika. — Ein iberoamerikanisches Institut in Berlin. — Brasilien und der Völkerbund. — Amerikas Interessen in China. — U. S. A.-Abteilung der Internationalen Handelskammer über Deutschlands Entwicklung

Mit knapper Not hat im nahen Orient die Absetzung der Beratungen der von England beanstandeten im ägyptischen Parlament eingebrachten Gesetze eine britische Flottendemonstration vor der ägyptischen Küste vermieden, die sicherlich nicht dazu bestimmt war, den unverbrüchlichen Friedenswillen Großbritanniens zu bekunden. Nicht viel später sind im fernen Osten unvorsichtigerweise die Gewehre zwischen Japan und China losgegangen. Jeder größere Erdraum hat eben sein Nicaragua! Im gleichen Augenblick liegen die Paktvorschläge zur Ächtung des Krieges in Washington und Paris, in London und Berlin, in Rom und Tokio zur Diskussion zwischen den Großmächten vor. Darf man aus dieser Gegenüberstellung den schroffen

egensatz von Idee und Wirklichkeit sehen? Muß man darum die Brücken, die im
au sind, leugnen, ja, sie verstandesmäßig abbrechen wollen, weil sie sich zur Zeit
och nicht als bequem gangbar erweisen? Wir meinten schon gelegentlich unserer
tzten Berichterstattung: nein; und wir sahen dort die inneren Beziehungen zwischen
en gegenwärtigen Machtverhältnissen auf der Erde und den sachlichen Vorteilen des
riedenswunsches. Ebensowneig stellen wir aber in Abrede, daß nicht etwa die hohe
dee eines allgemeinen Friedens, sondern die allgemeine Kriegsmüdigkeit jedes Auf-
ackern von ernsthaften Konflikten rasch wieder unterdrückt. Man ist heute schneller
ı Verhandlungen bereit als jemals, unendlich breiter als vor Jahren ist der Boden
er Verständigung geworden. Im Grunde ist das aber nur die äußere Gunst, die der
n sich aus ganz anderen Quellen herauswachsenden Friedensidee zuteil wird. Wo
ie Hemmungen liegen, die sich ihrer Entwicklung entgegenstemmen, zeigen am
esten die bisherigen Antworten. Im Grunde ist es nicht so verwunderlich, wie es
nigen der europäischen Mächte erschien, daß Deutschland am raschesten und zudem
ustimmend auf die Kelloggvorschläge geantwortet hat. Machtpolitisch betrachtet, ver-
ichtet natürlich ein Staat, der fast keine offiziellen Machtmittel mehr hat, am besten
uf den Krieg. Denn er muß in dem Kriegsverzicht der anderen willkommene
icherung seines eigenen, sonst ungemein gefährdeten Daseins erblicken. „Deutschland
at kein höheres Interesse, als die Möglichkeit kriegerischer Konflikte ausgeschaltet
nd im Leben der Völker eine Entwicklung zu sehen, die den friedlichen Ausgleich
ller Gegensätze zwischen den Staaten gewährleistet.“ Deutschland bekräftigt dieses
nteresse durch den Hinweis auf die Völkerbundssatzung und den Rheinpakt von
ocarno. „Die Achtung der Verpflichtungen aus der Völkerbundssatzung und dem
heinpakt muß nach Ansicht der deutschen Regierung unverrückbar feststehen. Die
eutsche Regierung ist aber der Überzeugung, daß diese Verpflichtungen nichts ent-
älten, was mit den Verpflichtungen, welche der Paktentwurf der Vereinigten Staaten
orsieht, irgendwie in Widerstreit geraten könnte. Im Gegenteil glaubt sie, daß die
indende Verpflichtung, den Krieg nicht als ein Werkzeug nationaler Politik zu be-
utzen, nur geeignet sein würde, den Grundgedanken der Völkerbundssatzung und
es Rheinpaktes zu verstärken.“ Selbstverständlich wird der Verteidigungskrieg als
kt der Selbstverteidigung gebilligt und als souveränes Recht eines jeden Staates an-
esehen. Erst vollkommen erreicht scheint der deutschen Regierung das Ziel des
orschlags, wenn der Pakt Universalität angenommen hat und wenn er auch seinen
influß auf die allgemeinen Abrüstungen nicht verfehlt hat. Selbstverständlich hat diese
lare, eindeutige und zustimmende Antwort in Amerika einen freundlichen Wider-
all ausgelöst. Doch auch in Frankreich hat die Note eine verständige Aufnahme
efunden, weil sie, ohne diese allerdings zu erwähnen, inhaltlich auf die französischen
orbehalte eingehend Rücksicht nimmt. Besonders das bestimmte Einstehen für alle
erpflichtungen, die sich aus den europäischen zwischenstaatlichen Abmachungen
rgeben, beantwortet die Fragen schon, die Frankreich in seinen Vorbehalten nur
ufgeworfen hatte, in französischem Sinne. In Deutschlands Nähe steht unstreitig
nglands Stellungnahme zu dem Antikriegspakt. Soweit bis jetzt aus Chamberlains
rklärungen im Unterhause geschlossen werden kann, dürfte England sich zu-
timmend zu den amerikanischen Vorschlägen ohne Vorbehalt erklären. Nach den
isherigen Symptomen zu urteilen, dürfte auch die Antwort der Dominions eine glatte
ustimmung sein.

Es ist ungemein bezeichnend, daß die Militärmächte Europas, die mit ihren Heeren
en Erdteil in Schach zu halten gedenken, gegenüber solch glatter Zustimmung sich

hinter ihre Vorbehalte verschanzen. Frankreich hat diese in seinen Gegenvorschlägen zusammengefaßt, die aber im Grunde ebenso durch Kelloggs Antwort wie durch die der deutschen Regierung entkräftet worden sind. Charakteristischerweise hat sich ebenso Frankreich wie auch Italien für die einen Augenblick von England erwogene, aber dann wieder fallengelassene Juristenkonferenz entschieden, von der ein Schaffung eines Kompromisses zwischen den amerikanischen und französischen Vorschlägen erwartet wird. Eine solche Konferenz wird ausdrücklich in der italienischen Antwort gefordert und Amerika zur Teilnahme an ihr eingeladen, während im allgemeinen der amerikanische Pakt Italiens volle Sympathie erworben hat. Doch viel mehr als Mitarbeit an dieser Friedensbewegung verspricht Italien trotzdem nicht. So gruppieren sich außerordentlich deutlich in ihren Antworten bzw. ursprünglichen Stellungnahmen die Mächte: Amerika-England-Deutschland auf der einen, Frankreich-Italien auf der anderen Seite. Innerhalb dieser Reihen darf freilich keinerlei innere Bindung gesehen werden. Es sind nur Mächtekategorien, die sich aus ihrem Verhältnis zum Krieg oder aus der Möglichkeit der Kriegführung ergeben. Daß dabei den Insel- bzw. Weltinselmächten der Gedanke des Verzichts auf den Krieg näher liegt, als den von politischen Raumproblemen umhegten europäischen Mächten, drückt sich in dieser Einteilung sehr deutlich aus. Das nahezu entwaffnete Deutschland nimmt dabei sicherlich eine Zwangsstellung ein.

Auch der Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen Amerika und Deutschland ist zum Abschluß gekommen. Der Vergleichsvertrag bestimmt, daß alle zwischen den Vertragspartnern entstehenden Streitigkeiten, wenn sie auf gewöhnlichem diplomatischem Weg oder durch Entscheidung eines zuständigen Gerichts nicht ausgetragen werden können, einer ständigen internationalen Kommission unterbreitet werden sollen. Soweit solche Streitfragen durch eine Vergleichskommission nicht gelöst werden können, sollen sie einem ständigen Schiedsgerichtshof, in erster Linie dem im Haag, oder einem anderen Gericht vorgelegt werden. In seinen Grundzügen stimmt er mit dem amerikanisch-französischen und dem amerikanisch-italienischen Vertrag überein. Von dem Schiedsgerichtsvertrag bleiben unberührt die Verpflichtungen Deutschlands gegenüber der Völkerbundssatzung ebenso wie die inneramerikanischen Fragen. Das letztere wird mit ausdrücklichem Hinweis auf die Monroedoktrin betont. Die schiedsgerichtliche Entscheidung ist zudem nur für Rechtsfragen vorgesehen, während sich der Vergleichsvertrag auf Streitfragen aller Art erstreckt, die zwischen Regierungen entstehen können. Einen ganz besonders herzlichen Charakter haben die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland anläßlich der Ehrenpromotion des amerikanischen Botschafters in Heidelberg gewonnen. In der Rede des Amerikaners wird die Übereinstimmung Amerikas und Deutschlands in den Friedensbewegungen nachhaltig betont. „Deutschland und die Vereinigten Staaten marschieren vorwärts in einem großen und edlen Abenteuer für die Sache der menschlichen Kultur. Universelle Zusammenarbeit in der Sache des Friedens wird sich an und für sich schon als schöpferisch und fördernd für die internationalen Freundschaften erweisen.“

Als gewisse auch auf die Dauer wirkende Parallele in der kulturellen Annäherung der Völker darf auch die Schöpfung des neuen ibero-amerikanischen Instituts in Berlin betrachtet werden, das durch die hochherzige Schenkung von 82 000 Bänden des Argentiniers, Professors Dr. Ernesto Queseda, möglich geworden ist. Besonders reich sollen in der Bibliothek die lateinamerikanischen Geisteswissenschaften vertreten sein, über die Queseda an der Berliner Universität auch lesen wird.

Brasilien hat die Aufforderung zur Rückkehr in den Völkerbund abgelehnt, dagegen will es seine zivilisatorische und humanitäre Mitarbeit an den großen Organisationen des Völkerbundes weiter fortsetzen und auch dem Internationalen Gerichtshof im Haag weiter angehören. Es ist nicht zu verkennen, daß hier der allgemein-amerikanische Gedanke, wie er besonders die Einstellung der Union zu den europäischen Fragen bestimmt hat, auch für die Stellungnahme des südamerikanischen Staates maßgebend geworden ist. An sich wäre ein Anschluß Brasiliens, wie Südamerikas überhaupt, an den Völkerbund aus dem Antagonismus gegenüber der nordamerikanischen Union höchst verständlich; und tatsächlich hat auch der Völkerbund in der ersten Zeit hohe Sympathien in ganz Lateinamerika gehabt, weil man in ihm eine Schutzorganisation gegenüber eventueller vereinsstaatlicher Übergriffe zu sehen glaubte. Um diese Hoffnungen zu erfüllen, fehlte es dem Völkerbund aber ebensosehr an wirklicher Universalität wie an dem Willen zum Eingreifen in amerikanische Verhältnisse. Diese von dem Völkerbund mit Rücksicht auf die Vereinigten Staaten geübte Reserve hat die anfänglichen Sympathien, die er in Lateinamerika genoß, recht abgekühlt und den Gedanken an eigene Organisationen innerhalb der amerikanischen Welt wieder stärker aufkeimen lassen. Während vornehmlich die kleineren Staaten bezeichnenderweise Völkerbundsmitglieder geblieben sind, haben sich einige der größeren von der Organisation zurückgezogen. Der Austritt Brasiliens ist ja außerdem durch die Ablehnung der Forderung eines ständigen Ratssitzes veranlaßt worden. Auch hat dabei Brasilien nicht die Unterstützung des gesamten Lateinamerikas gefunden, auf die es anscheinend gehofft hatte, als es sich bei der Bewerbung um diesen Ratssitz als Vertreter Lateinamerikas präsentierte. So verhindert einmal die Zersplitterung der politischen Interessen in Lateinamerika eine klare Stellungnahme. Immer mehr scheint aber auch innerhalb der lateinamerikanischen Welt aus diesen Gegensätzen heraus Brasilien eine isolierte Stellung — freilich mit Rückendeckung an die nordamerikanische Union — einnehmen zu wollen. Es wird so verständlich, daß Brasilien gerade in seiner Völkerbundspolitik im Fahrwasser der Union segelt, um hier Konflikte mit dieser zu vermeiden.

Mit besonderem Interesse verfolgt auch der amerikanisch orientierte Beobachter die Vorgänge im fernen Osten, weil sich hier unter Umständen jetzt zeigen muß, wie groß die amerikanischen Interessen in China sind. Freilich wird ein solcher Aufschluß vollkommen von der Entwicklung der Kriegslage in China abhängen. Bis jetzt läßt sich nur feststellen, daß die Amerikaner anscheinend gewillt sind, für ihre Interessen bis aufs letzte einzustehen. So heißt es, daß die Regierung der Vereinigten Staaten fest entschlossen ist, bei einer eventuellen Einnahme Tientsins durch die Südarmeen ihre Staatsangehörigen zu schützen, d. h. sich so zu verhalten, wie es auch gegenüber den Nationalisten bei der Besetzung von Schanghai getan hat. Die amerikanischen Seestreitkräfte haben darum den klaren Befehl erhalten, ihr Äußerstes zum Schutz des Lebens und Eigentums der amerikanischen Bürger einzusetzen und sich darin unabhängig von dem militärischen Vorgehen der übrigen Mächte zu verhalten. Zunächst gilt die vielgebrauchte Formel — Schutz des Lebens und Eigentums der amerikanischen Staatsangehörigen — als Orientierung für die stolze Republik. Man darf auf die weitere Entwicklung sehr gespannt sein.

Für den deutschen Beobachter ist es von besonderem Interesse zu hören, wie amerikanische Wirtschaftskreise über die derzeitige Wirtschafts- und Kulturgeltung Deutschlands denken. In einem Bericht der amerikanischen Abteilung der Internationalen Handelskammer heißt es, daß Deutschland das modernste

aller europäischen Länder sei. Nirgendwo anders habe eine solche Reorganisation der Industrie hinsichtlich Rationalisierung und Anwendung wissenschaftlicher Methoden stattgefunden wie in Deutschland. Nirgends anders in der Welt sei außerdem das Moderne in Kunst, Wissenschaft und neuer Lebensgestaltung kühner entwickelt worden, als in Deutschland. Die Zukunft Europas wird in ganz enger Verknüpfung mit der Zukunft Deutschlands gesehen. Deutschland sei heute mehr denn je das Herz des industriellen Europas. Das moderne Europa würde von einem Zusammenbruch Deutschlands weit mehr betroffen, als von dem irgendeines anderen Landes des Erdteiles. Der Beweis dafür sei die Erholung des Wirtschaftslebens in Europa, als der Dawesplan die Ruhrbesetzung abgelöst habe. In engem Zusammenhang sieht der amerikanische Beobachter die weitere wirtschaftliche Entwicklung mit den innerpolitischen Problemen Deutschlands, mit der angestrebten Entwicklung zum Einheitsstaat, der zunehmenden Bedeutung Berlins, von der immer stärkere Konzentrationswirkungen ausgehen. Gebührend wird von der Bedeutung der deutschen Luftfahrt, der dominierenden Stellung der chemischen Industrie und dem Wiederaufbau der Handelsflotte gesprochen. Die deutsche Handelsflotte besitze beinahe die frühere Höchstzahl an Tonnage wieder, und zwar fast durchweg in neueren und größeren Schiffen. Besondere Erwähnung findet neben den Seehäfen auch der gewaltige Binnenhafen Duisburg-Ruhrort. Nicht entgeht dem Amerikaner der hohe Steuerdruck, der vornehmlich auf der Industrie und dem Handel lastet. Die passive Handelsbilanz stimmt den Kritiker nicht besonders pessimistisch. Deutschlands Kredit wird im Hinblick auf die auswärtigen Kapitalanlagen als gut bezeichnet. In diesem Zusammenhang wird auch die Zunahme der deutschen Sparguthaben hervorgehoben. Die Belebung der Wirtschaft sei auf die trotz der weiteren Verteuerungen des Lebens wieder erstarkt, innere deutsche Kaufkraft zurückzuführen. Die Lage der deutschen Valuta wird als gesichert angesehen; die Position der Valuta wird sogar als außergewöhnlich stark bezeichnet; sie werde es auch bleiben, solange das Gleichgewicht im Staatshaushalt aufrechterhalten bleibe und solange das Wirtschaftsleben in vollem Fluß sei. Ernst stimmen die schweren Reparationslasten. Der amerikanische Beobachter schließt seine Betrachtungen mit der Feststellung ab: Deutschland habe wohl sein Haus wieder in Ordnung gebracht, aber der kritische Punkt der Entwicklungslinie sei noch nicht überwunden. Diese Ungewißheit läge besonders auf politischem Gebiet. Es sei eine Dreiheit der Fragen, die beängstigend auf Beantwortung warte: Rheinlandbesetzung, Schicksal Ostpreußens und Höhe der Reparationsschuld und Dauer ihrer Zahlungen.

OSWALD ZIENAU:

DIE ZIFFERN DES DEUTSCH-RUSSISCHEN HANDELS

Die gegenwärtigen deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen gelten der Revi-
ierung des deutsch-russischen Wirtschaftsvertrages vom 12. Oktober 1925. Bekannt-
ich ging die Anregung zu diesen Verhandlungen von deutscher Seite aus, da nach
Meinung ausschlaggebender deutscher Wirtschaftskreise der deutsch-russische Handels-
ertrag von 1925 den Handelsbeziehungen und der Handelspraxis beider Länder
nicht gerecht werden konnte. Die deutsche Industrie insbesondere klagte über Hem-
mungen des Absatzes und über Einfuhrerschwernisse und sprach als erste offen den
Wunsch nach neuerlichen Wirtschaftsverhandlungen mit der Sowjet-Union aus, den
doch die die deutsche Industrie nicht befriedigende Geschäftsbetätigung aus der 300-Mill.-
nleihe vertieft hat.

Es ist hier nicht beabsichtigt, nun etwa während dieser schwebenden Verhand-
ungen irgendwelche kritische Betrachtungen zu den Meinungen der einen oder
nderen Partei anzustellen; in einem solchen Augenblicke derartige Betrachtungen
u veröffentlichen dürfte eher Schaden als auch nur den geringsten Nutzen ein-
ringen. Über die Grundursachen der bestehenden Unstimmigkeiten in den Handels-
eziehungen beider Länder ist nicht zu diskutieren, diese stehen einwandfrei fest und
erden auch von den vorurteilsfreien Sachkennern der Gegenseite anerkannt. Beab-
ichtigt ist vielmehr, mit dem einschlägigen Ziffernmaterial eine allgemeine Orien-
ierung über den Umfang der deutsch-russischen Handelsbeziehungen zu geben, das
owohl was die deutsche Einfuhr in die Sowjet-Union als auch umgekehrt die Aus-
uhr der Sowjet-Union nach Deutschland betrifft. Die Ziffern sind zwei Spezialabhand-
ungen entnommen, die das letzte Heft der Zeitschrift der Handelsvertretung der UdSSR.
n Deutschland, „Die Volkswirtschaft der Sowjet-Union“, brachte. Abhandlungen,
ie um so mehr verdienen zitiert und bekannt zu werden, da den Aufstellungen die
ffizielle Bearbeitung des deutschen Statistischen Reichsamts zugrunde liegen, so daß
er Vorwand irgendwelcher Schönfärberei und dgl. mehr gegen die amtliche Sowjet-
tatistik hier nicht erhoben werden kann.

Die Haupteinfuhrwaren aus der Sowjet-Union nach Deutschland sind nach dieser
usammenstellung Weizen, Roggen, Futtergerste, Butter, Eier, geschlachtetes Geflügel,
auchwaren, Flachs, Schmieröl und Leichtbenzin. Für diese Einfuhrwaren gibt die
tatistik Menge und Wert der Einfuhr nach Deutschland für 1913 und für 1925
nd 1926 insgesamt und anteilig der UdSSR. an.

Auf eine eingehendere Analyse dieser Einfuhrstatistik soll hier verzichtet werden.
s genügt hier die Feststellung, daß, abgesehen von vereinzelten Positionen, der An-
il Rußlands an der deutschen Gesamteinfuhr außerordentlich zurückgegangen ist
egenüber der Vorkriegsziffer, wobei natürlich die verminderte Exporttätigkeit der
dSSSR. gegenüber dem vormaligen Rußland entsprechend zu berücksichtigen ist.

	Einfuhr nach Deutschland insgesamt dz	insgesamt 1000 M.	aus der UdSSR. dz	aus der UdSSR. 1000 M.	Anteil der UdSSR. in % des Gewichts
			1913		
Weizen	25 459 586	417 303	5 193 001	81 790	20,3
Roggen	3 525 339	42 169	3 043 973	35 919	86,3
Futtergerste	—	—	—	—	—
Butter	542 394	118 704	299 217	62 836	55,2
Eier	1 667 510	188 185	722 380	80 329	43,3
Geschlacht. Geflügel	85 891	12 884	46 406	6 960	54,0
Rauchwaren	32 231	183 240	4 176	20 634	12,9
Flachs	671 237	57 267	627 747	52 731	93,5
Schmieröl	2 480 352	56 619	905 730	18 115	36,5
Leichtbenzin	81 743	2 698	887	29	1,8
			1925		
Weizen	16 780 484	471 291	190 668	4 972	2,8
Roggen	3 607 636	79 045	156 564	2 703	4,3
Futtergerste	2 844 489	45 335	1 165 473	17 957	40,0
Butter	966 131	372 335	71 584	25 487	7,4
Eier	1 432 680	276 416	173 239	33 895	12,0
Geschlacht. Geflügel	78 714	13 669	10 270	1 590	13,0
Rauchwaren	26 180	121 864	2 752	11 839	10,5
Flachs	116 961	26 929	33 412	7 511	28,6
Schmieröl	3 055 141	5 960	264 926	5 960	8,6
Leichtbenzin	1 736 759	39 701	273 058	6 281	15,7
			1926		
Weizen	21 722 052	584 525	1 396 725	36 448	6,4
Roggen	2 455 992	46 370	477 516	9 181	19,0
Futtergerste	14 984 260	239 546	5 602 492	17 957	37,4
Butter	977 884	329 222	54 326	15 973	5,6
Eier	1 413 959	234 317	147 203	24 460	10,4
Geschlacht. Geflügel	87 369	16 277	1 096	1 586	11,5
Rauchwaren	22 321	92 308	2 968	19 157	13,3
Flachs	94 128	13 273	14 424	1 903	15,3
Schmieröl	3 245 076	56 619	395 229	6 887	12,3
Leichtbenzin	2 292 196	48 854	365 827	7 884	15,9

Nach diesem zitierten Material kann aber auch nicht von einer allgemeinen Aufwärtsbewegung der sowjetrussischen Ausfuhr nach Deutschland gesprochen werden. Steigt beispielsweise der Einfuhranteil der UdSSR. für Weizen und Roggen und für Rauchwaren und Schmieröl, so zeigen andere Positionen geringere oder auch recht beträchtliche Abwärtsschwankungen, die bei Flachs sogar von 28,6 auf 15,3% heruntergehen. — Bedeutungsvoll und beachtlich ist die allgemeine Kurve des Außenhandels der UdSSR. insofern, als es das Bestreben der bolschewistischen Wirtschaftsführung ist, nach Möglichkeit aktive Handelsbilanzen zu erzielen, so daß bei sinkender Exportkurve mit Hilfe des Außenhandelsmonopols eine Drosselung der Einfuhr in die UdSSR. als obligatorisch zu beobachten ist.

In solchem Zusammenhange ist eine Darstellung der deutschen Ausfuhr in die UdSSR. von gegenwärtigem Interesse. Wenn diese nachfolgende Darstellung außer den Bruttoziffern der großen Haupteinfuhrgruppen auch noch eine Reihe von Einzelpositionen zitiert, so das aus verschiedentlichen Gründen: einmal soll dem Vorwurf begegnet werden, daß gerade die Tagespresse in der Behandlung der deutsch-russi-

ischen Handelsbeziehungen nicht mit der notwendigen Sorgfalt verfährt, zum anderen, um wirklich einmal auch fernerstehenden Kreisen den Umfang der deutschen Ausfuhr in die UdSSR. überhaupt und anteilig zu veranschaulichen. Die Beschränkung auf die größeren ausführenden Industriezweige war hierbei nur aus Raumgründen vorgenommen. Die Berechnungen umfassen den Zeitraum des sowjetischen Wirtschaftsjahres (vom 1. Oktober bis zum 30. September), wozu die amtliche deutsche Zollstatistik Umrechnungsgrundlage war.

Die Gesamtausfuhr Deutschlands in die UdSSR. verteilt sich auf die vier Hauptgruppen: Fertigfabrikate, Rohstoffe und Halbfabrikate, Lebensmittel und Tiere. Nach einer Berechnung für das Wirtschaftsjahr 1926/27 entfallen auf Fertigfabrikate 83,7% der gesamten Ausfuhr Deutschlands in die UdSSR., auf Rohstoffe und Halbfabrikate 15,3, auf Tiere 0,6 und auf Lebensmittel 0,4%. Nach Hauptgruppen, Fertigwaren und einige Positionen der Rohstoffe und Halbfabrikate, — auf die wir uns entsprechend der Bedeutung für den deutschen Rußlandexport hier beschränken können — geordnet, zeigt der deutsche Rußlandexport folgende Entwicklungstendenzen (in Mill. Mark und Anteilprozenten):

Hauptgruppe	1926/27		1925/26		1913		1926/27 in % zu 1913
	Nach der UdSSR.	Anteil vom Gesamtexport	Nach der UdSSR.	Anteil vom Gesamtexport	Nach Rußland	Anteil	
Fertigwaren	223,7	3,1	267,2	3,8	760,8	6,8	29,4
Rohstoffe und Halbfabrikate	40,8	1,6	34,5	1,6	253,9	7,7	16,1
Einzelne Fertigwaren:							
Maschinen insgesamt	94,2	12,5	58,9	8,4	170,5	16,7	55,2
Davon:							
Werkzeugmaschinen	34,9	28,0	9,6	8,6	30,2	18,6	115,6
Textilmaschinen	5,8	4,0	9,7	6,7	31,8	17,6	18,2
Landmaschinen	5,8	17,6	13,9	33,9	13,8	33,3	42,0
Elektrische Maschinen	11,5	18,0	3,1	5,5	8,2	9,6	140,2
Eisenwaren	51,3	3,8	59,5	4,4	97,4	5,5	52,7
Davon:							
Kessel-, Maschinenteile und -zubehör	17,1	11,0	8,1	5,8	21,9	10,6	78,1
Röhren und Walzfabrikate	8,0	6,3	3,5	2,8	3,2	2,4	242,4
Sonstige Eisenwaren	14,4	2,4	34,1	5,2	61,0	8,0	23,6
Autos und Motorräder	2,2	9,2	7,8	33,9	29,3	29,0	7,5
Feinmechanische Erzeugnisse	4,8	6,5	8,5	12,1	11,7	17,3	41,0
Farben und Lacke	8,9	2,8	33,4	11,4	30,6	3,5	29,1
Garne (Wolle, Baumwolle, Leinen)	2,8	2,1	8,3	5,5	41,9	12,8	6,7
Gewebe und sonst. Textilien	1,1	0,1	7,7	0,7	52,6	2,2	2,1
Filme	3,5	12,1	2,2	9,6	0,5	6,2	700,0
Diverse Fertigwaren	3,9	1,6	6,1	2,3	19,6	4,2	19,9
Einzelne Rohstoffe und Halbfabrikate:							
Nichteisenmetalle (Kupfer, Blei, Zinn, Aluminium usw.)	8,0	5,0	9,5	7,7	22,2	12,6	36,0
Chem. Rohstoffe u. Halbfabrik.	5,4	4,9	2,1	2,7	10,0	13,7	54,0
Zellulose	0,4	0,7	3,7	5,4	0,5	1,0	80,0
Gummi	1,6	13,3	0,9	9,0	5,0	19,1	32,0
Sämereien	0,8	3,0	0,8	3,3	5,4	8,0	14,8
Wolle	10,3	6,5	10,1	7,8	40,5	14,8	25,4

Daß Deutschland die erste Stelle unter den nach der UdSSR. imponierenden Ländern einnimmt, ist zur Genüge bekannt. Nach den obigen statistischen Unterlagen berechnet der Verfasser dieser Zusammenstellung, daß Deutschland auch noch im Import aller Arten von Maschinen, von Kesseln, Maschinenteilen und -zubehör, Autos und Motorrädern, Röhren und Walzfabrikaten und Filmen diese erste Stelle behauptet. Die genauere Durchsicht der vorstehenden statistischen Übersicht gibt einen interessanten Einblick in das Wesen des deutschen Exports nach der UdSSR. Erkennbar wird vor allem, daß die deutsche Maschinenindustrie an der vor sich gehenden Neuinstallation der sowjetrussischen Industrie hervorragenden Anteil nimmt, wie überhaupt die beträchtliche Einfuhrbetätigung in verschiedenartigen Maschinen das Tempo und den Umfang des industriellen Aufbaus in der UdSSR. gut charakterisiert. Im übrigen ist hier von einem Kriterium, wie schon eingangs betont, abgesehen worden, beabsichtigt ist nur, die Ziffern des deutsch-russischen Handelsverkehrs in zusammenhängender Darstellung einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzumachen.

DR. MARIA CASTELLANI / OTTO OVERHOF:

ITALIENISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Es gibt wohl niemanden, der sich irgendwie mit politischen und sozialen Problemen befaßt hätte, ohne zu der Erkenntnis durchgedrungen zu sein, in welch hohem Maße das wirtschaftliche Gedeihen eines Landes die Grundlage bildet für jeden nationalen Aufstieg, für politische Machtentfaltung sowohl wie für das gesamte kulturelle Leben eines Volkes, und wie eine ganze Reihe der furchtbarsten Völkerkonflikte im letzten Grunde nichts anderes sind als eine gewaltsame Lösung der dahin gehörigen Probleme. Mit höchster Anteilnahme sollte man daher allerseits die Verhandlungen auf den internationalen Wirtschaftskonferenzen verfolgen und prinzipiell alle Bestrebungen begrüßen, wie sie der Völkerbund betätigt im Abschluß von Konventionen, die dazu dienen sollen, einen Konflikt zwischen den wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Staaten zu vermeiden.

Doch kann es hier nicht unsere Absicht sein, eine Analyse der Wirtschaftspolitik in ihren internationalen Beziehungen zu versuchen. Nur auf Italien allein soll sich unsere Untersuchung beziehen, wobei wir das Problem des weiteren als ein rein ethnisch-geographisches fassen wollen.

Das führt uns von selbst darauf, den Blick zunächst auf die natürlichen Hilfsquellen Italiens zu richten, also zuallererst auf seine Ausdehnung und Bodenbeschaffenheit.

Der Flächeninhalt der Halbinsel beträgt rund 310 000 qkm, wovon 39,5 % Gebirgsland, 40 % Küstenland und 20,5 % Ebene ausmachen. Um aber einen richtigen Begriff davon zu bekommen, wie dieser Grund und Boden Italiens ausgenutzt werden kann, dürfte es angebracht sein, hier einige statistische Mitteilungen anzuführen, die das Internationale Ackerbau-Institut nach den Erhebungen von 1925 ausgearbeitet hat, und in denen die Bebauungsmöglichkeit der italienischen Scholle mit derjenigen anderer Länder in eine interessante Parallele gebracht wird.

Die hervorragende Stellung, die Italien zwischen den anderen Ackerbau treibenden Ländern einnimmt, tritt hier klar zutage. Ganz gering hingegen sind seine Bodenschätze an Kohle und Mineralien. Von einzelnen Artikeln wie Schwefel und Marmor

bgesehen, woran Italien bekanntlich einen hervorragenden Reichtum besitzt, bleibt
ı der Tat die gesamte Bergbauproduktion weit hinter dem Landesbedarf zurück.
Vir lassen zur Orientierung im einzelnen die Hauptergebnisse der italienischen Berg-
auproduktion hier folgen.

Verteilung der Bodenfläche im Jahre 1925

Länder	a Ackerland		b Wiesen- u. Weideland		c Busch- u. Hochwald		d Sonstiges		Gesamt-Flächeninhalt
	in 1000 ha	%	in 1000 ha	%	in 1000 ha	%	in 1000 ha	%	in 1000 ha
eutschland	20 483	43,4	7 938	16,8	18 738*)	39,8	(siehe c)		47 204
rankreich	22 906	42,1	11 023	20,3	10 347	19,0	10 129	18,6	54 405
roßbritannien . .	5 515	23,9	12 633	54,8	4 914*)	21,3	(siehe c)		23 062
alien	13 227	42,7	6 853	22,1	5 585	18,0	5 344	17,2	31 009
panien	16 030	31,7	25 281**)	50,1**)	(siehe b)		9 756	19,3	50 510

So ist Italien also gezwungen, seine hauptsächlichsten Rohstoffe und Rohfabrikate,
ber auch seine wichtigsten Nahrungsmittel wie Getreide, Mais und Fleisch aus dem
uslande zu beziehen.

Produktion der Bergbau- und Hüttenbetriebe in t.

	1913	1924	1925	1926
Eisen- und Manganeisen-Erze . . .	603 116	237 668	513 250	504 556
Mangan-Erze	1 622	12 189	14 984	32 240
Kupfer-Erze	89 487	6 840	10 120	13 346
Blei-Erze	44 654	40 878	51 362	54 206
Zink-Erze	158 278	151 473	177 085	177 932
Eisen- und Kupferpyrit	317 334	515 781	533 737	594 479
Quecksilbermetall	1 004	1 641	1 833,57	1 871
Schwefel und Schwefelerde.	406 406	317 199	290 842	305 012
Steinkohle usw.	701 079	1 047 763	1 296 696	1 400 702
Petroleum	6 572	5 212	6 203	5 405
Asphalt und Bitumen.	56 750	187 244	94 150	109 559
Graphit	11 145	7 740	9 937	7 325
Gußeisen.	426 754	303 972	481 799	513 425
Eisen und Stahl	933 500	1 358 853	1 785 532	1 779 519
Kupfer.	2 091	10	578	420
Blei	21 674	22 062	24 475	23 590
Zink	—	5 959	6 478	7 670
Spießglanz.	76	385	352	393
Aluminium	874	2 058	1 880,5	1 929
Rohsilber	13 094	15 458	9 977	16 154
Marmor	509 342	468 398	577 640	634 162
Porzellanerde (Kaolin)	11 920	34 185	20 712	19 894
Talk	24 001	32 168	33 620	43 035
Bimsstein	14 973	31 094	47 900	45 308

Wie aus diesen Zahlennachweisen hervorgeht, sind es in der Hauptsache Kohle
ınd Getreide, die als Einfuhrartikel ein bedeutendes Gewicht auf der italienischen
Handelswage ausmachen und somit die wirtschaftliche Lage der Halbinsel stark be-
influssen können. Es besteht daher ein Getreideproblem und ein Kohleproblem.

*) Sonstiges einbegriffen.
**) Busch- und Hochwald einbegriffen.

Beide muß eine wachsame Regierung, welche die Interessen des Landes im Aug hat, erfassen, und beide ist in der Tat die faschistische Regierung auch bestrebt zu lösen.

Einfuhr im Jahre 1926

	Wert in 1000 £	Menge		Wert in 1000 £	Menge
Fleisch	299 565	135 508 dz	Seide und Kunstseide	572 491	—
Stockfisch	161 422	393 486 „	Stangeneisen und Stahl	295 673	6 834 959 dz
Kaffee	550 241	437 312 „	Gußeisen	97 411	1 767 236 „
Getreide	3 536 166	2 146 317 t	Kupfer	544 652	690 138 „
Mais	497 885	476 901 „	Maschinen	1 090 653	—
Tabak	107 090	58 832 dz	Wissensch. Instrumente	254 395	—
Ölfrüchte	582 544	2 215 878 „	Kohle u. Kohlenprodukte	2 016 623	9 345 563 t
Jute	271 237	442 216 „	Holz	855 154	1 796 018 „
Roh-Baumwolle	3 004 552	2 394 406 „	Maschinenöl	161 863	773 324 dz
Rohwolle	755 478	412 157 „	Petroleum	136 342	1 353 724 „
Gewaschene Wolle	158 358	53 968 „	Benzin	420 553	2 167 863 „
Gekämmte Wolle	95 361	19 568 „	Häute	494 759	395 864 „
Abfallwolle	164 382	44 344 „	Kautschuk	304 608	102 377 „
Wollgewebe	189 010	14 380 „	Zellulose	260 893	1 373 665 „

Was die Getreidefrage angeht, so ist die Inlandserzeugung mit einem Jahresbetrag von durchschnittlich 49 Millionen Doppelzentnern in den Jahren 1909—1914 und von durchschnittlich 58 Millionen Doppelzentnern in den Jahren 1923—1926 nicht ausreichend für die Bedürfnisse des Landes. Italien zählt vielmehr, wie schon oben erwähnt, zu den Ländern, die dieses wichtigste Nahrungsmittel zum größten Teil importieren müssen, und zwar in dem nachstehend dargestellten Verhältnis.

Getreide-Einfuhr in den Haupt-Import-Ländern
(in 1000 dz)

Länder	Durchschnitt 1909—13	1921	1922	1923	1924	1925
Deutschland	20 899	22 792	13 883	4 743	7 074	14 662
Belgien	14 756	9 795	9 818	10 809	12 092	11 145
Frankreich	10 341	11 090	6 568	14 057	14 449	12 116
Großbritannien und Irland	52 084	40 290	48 786	50 594	59 248	48 517
Italien	15 526	29 053	26 794	27 653	21 221	22 396
Niederlande	3 674	4 915	5 041	5 479	6 315	5 973
Schweiz	4 503	4 116	3 800	4 723	3 869	4 084

Hinsichtlich der Kohle ist die Abhängigkeit Italiens vom Ausland noch greifbarer. Die jährliche Brennkohlengewinnung in Italien betrug vor dem Kriege nicht einmal ganz eine Million Tonnen. Die für allerlei Bedarf während des Krieges gemachten Anstrengungen ließen diese Produktion im Jahre 1918 auf ein Maximum von 2 450 000 t steigen. Aber nach dem Kriege ist die Kohlengewinnung wieder zurückgegangen; im Jahre 1922 blieb sie wie früher unter einer Million Tonnen, dann folgte eine neue leichte Steigerung, im Jahre 1925 auf 1 300 000 t und im Jahre 1926 auf etwa 1 500 000 t.

Aus dem Ausland also hat Italien seinen Kohlenbedarf zu decken, wobei es verständlicherweise seine Einfuhrpolitik in Ansehung der von den einzelnen Produktions-

aaten ihm jeweils gebotenen Bedingungen zu orientieren bestrebt ist. Im Jahre 1924 B. entfielen bei einer Kohlen-Einfuhr von rund 11 Millionen Tonnen etwa ?,7 % auf England, 32,3 % als Reparationsleistung und weitere 6,7 % durch Anauf auf Deutschland, 4,8 % auf die Vereinigten Staaten, 2,6 % auf Frankreich, 3 % auf die Tschechoslowakei und 0,6 % auf die übrigen Länder. Im Jahre 1926 at sich die Verteilung der italienischen Kohleneinfuhr auf die einzelnen Länder esentlich geändert. Die lange Krise im englischen Bergbau hat eine Reihe nationaler estrebungen zur Folge gehabt, die dahin gingen, günstigere Bedingungen für die inführ aus anderen Ländern zu schaffen, so insbesondere hinsichtlich Polens, wo chon seit geraumer Zeit eine regelmäßige Versorgung der italienischen Staatseisenahnen eingeleitet worden war, so daß dieselben im Betriebsjahr 1925/26 über oo 000 t polnische Kohle im Betrage von 14 600 000 Lire bezogen haben.

Bisher haben wir darzustellen versucht, was bei einem Überschlag der Aktiva und assiva in der italienischen Produktion als Passiva von heute angesehen werden uß.

Wäre Italien ein stationäres Land, so bliebe das Problem von heute gewissermaßen uch das von morgen. Italien ist hingegen nicht nur ein Land, das wirtschaftlich ortschreitet, wobei es zugleich bestrebt ist, den „standard of life", d. h. die Lebensedingungen des einzelnen zu verbessern, was ja wiederum das beredteste Zeichen st für die wirtschaftliche Entwicklung des Staates selbst, sondern es ist zugleich ein and von rapidem demographischen Wachstum. Und darum steht es in doppeltem inn vor der Notwendigkeit, seine Erzeugung in ganz erheblicher Weise zu steigern, m auch den aus dieser letztgenannten Erscheinung sich ergebenden Ansprüchen ewachsen zu sein.

In der Tat belief sich die durchschnittliche Volksvermehrung in den Jahren 1921 is 1925 auf 439 000 jährlich, während sie innerhalb der alten Landesgrenzen in en Jahren 1911—1921 nur 235 745 jährlich betrug.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts führte Italien jährlich für eine Milliarde Goldlire Rohstoffe und Rohfabrikate ein; im Jahre 1926 erreichte der Einfuhrwert das Dreiache dieser Summe.

Die jährliche Zunahme der Produktionstätigkeit des Landes muß sich in einem Maße bewegen, daß nicht nur den Lebensbedürfnissen der Nation Genüge geschieht, ondern daß zugleich der Export mit dem dadurch anwachsenden Import von Rohtoffen und Nahrungsmitteln Schritt halten kann.

Wo liegen nun die Kräfte, die Italien in diesem Sinn suchen muß auszunützen? Vor allem in seinem Grund und Boden. Läßt sich doch in der Tat die Ausfuhr taliens nach den hauptsächlichsten Artikeln geordnet mit folgenden für sich selbst prechenden Ziffern angeben.

Angesichts dieses Tatbestandes kann eine nationale Regierung, geschweige daß sie dem Ackerbau ihr besonderes Interesse zu versagen vermöchte, nicht bei den diesbezüglichen Aufgaben und Maßnahmen nur allgemeiner Natur stehen bleiben. Eine ganze Reihe von Einzelproblemen gilt es in Erwägung zu ziehen und der Lösung zuzuführen, wie Entwässerung, Bodenverbesserung, Wasserlauf-, Wald- uud Gebirgsregulierungen, Umgestaltung des Großgrundbesitzes, Bebauung von schlecht oder noch garnicht ausgenützten Gebieten und anderes mehr.

Von dem Grundsatze ausgehend, daß Erschöpfung von Grund und Boden immer ein relativer Begriff bleibt und daß eine vernünftige Agrarpolitik den Ertrag immer noch um ein Beträchtliches steigern kann, hat die Regierung Mussolinis daher eine

erste kraftvolle Schlacht ausgefochten wissen wollen, die vielgenannte Getreideschlacht, durch die der Bodenertrag Italiens in drei Jahren faschistischer Regierung eine jährliche Zunahme von durchschnittlich 9 Millionen Doppelzentnern erfahren hat. Auch im Jahre 1927 hat man trotz des wenig günstigen Sommers rund 55 Millionen Doppelzentner Getreide ernten können; und wenn man dazu in Erwägung zieht, daß die Nachbarstaaten eine im Verhältnis weit ungünstigere Ernte zu verzeichnen hatten, so dürften die befriedigenden Resultate dieser Getreideschlacht außer Zweifel stehen, ganz abgesehen davon, daß sie in sämtlichen Ackerbaugebieten des Landes einen Eifer der Betätigung geweckt hat, durch den die rationellen Bewirtschaftungsmethoden zur Kenntnis gelangt und zur Durchführung gekommen sind.

Ausfuhr im Jahre 1926.

	Wert in 1000 £	Menge
Eier	259 230	214 564 dz
Käse	455 707	330 610 „
Reis	443 946	181 472 t
Kartoffeln	193 413	256 413 „
Orangen und Mandarinen	333 154	1 356 668 dz
Zitronen	346 786	2 352 215 „
Mandeln	402 053	222 955 „
Tomatenkonserven	323 313	1 006 572 „
Wein	194 461	859 407 hl
Oliven-Öl	98 379	96 672 dz
Hanf	415 715	536 273 „
Baumwollfaden	266 156	133 088 „
Baumwollgewebe	1 756 560	484 648 „
Wollgewebe	423 590	76 068 „
Seide	2 228 679	58 389 „
Abfallseide	828 381	34 885 „
Kunstseide	540 621	9 791 078 kg
Seidengewebe	283 309	985 078 „
Halbseidengewebe	499 017	3 353 111 „
Seidentüll und Krepp	225 025	516 478 „
Automobile	709 829	34 194 Stück
Marmor und Alabaster	249 567	1 795 659 dz
Häute	352 034	269 883 „
Pneumatiks	327 502	79 254 „
Herrenhüte	453 050	17 498 531 Stück

Wir sehen hier ab von einem zahlenmäßigen Nachweis der Produktionsvermehrung, wie sie unter der faschistischen Regierung z. B. auch im Mais-, Reis- und Weinbau stattgefunden hat, und wollen stattdessen wenigstens noch kurz das Augenmerk hinlenken auf die durchgreifenden Bodenverbesserungsarbeiten, durch die dem Ackerbau neue weite Länderstrecken erschlossen worden sind.

Dabei gilt es sich zunächst den wesentlichen Unterschied zu vergegenwärtigen, der zwischen den Bodenverbesserungen in Ober- und Mittelitalien und denjenigen in Süditalien besteht. In Ober- und Mittelitalien ist der dafür in Betracht kommende Boden im allgemeinen entweder seiner natürlichen Beschaffenheit nach für jede Bebauung geeignet und nur infolge mangelnder Entwässerungsanlage, womit es der Ungunst der Niveauverhältnisse abzuhelfen gilt, unergiebig geblieben, oder es handelt sich um wirkliche Sumpfgebiete, die trocken zu legen sind. Unter solchen Bedingungen ist das Problem der Bodenverbesserung sehr einfach zu lösen und der Erfolg

von vornherein gesichert; gilt es da doch nur unschwer auszuführende Arbeiten von mehr oder weniger kurzer Dauer, nach deren Beendigung die betreffenden Ländereien sofort und unmittelbar der rationellen Bewirtschaftung zugeführt werden können.

In Süditalien und auf den Inseln dagegen gewinnt das Problem der Bodenverbesserung einen weit größeren Umfang.

Das erste ausführliche Gesetz über Bodenverbesserung ist bereits vom 25. Juni 1882, jedoch blieb die in seinem Sinne ausgeübte Tätigkeit in diesem Anfangsstadium eine höchst unbedeutende. Ende 1922 betrug die Gesamtfläche der in Melioration befindlichen Ländereien 1 220 000 ha, wovon rund 600 000 ha als zu Ende geführt betrachtet werden konnten. Anfang 1927 hingegen waren es bereits 900 000 ha mit einem entsprechenden Gewinn nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in gesundheitlicher Beziehung. Umschreiben doch in der Tat die absoluten Ziffern der an Malaria Gestorbenen eine Abnahme von 4 085 im Jahre 1922 auf 3 588 im Jahre 1925. Von nicht zu übersehender Bedeutung sind die wirtschaftlichen Vorteile in jenen ausgedehnten einer ergiebigen Bebauung zugeführten Gebieten, in denen die Gründung ganz neuer Dorfansiedelungen erfolgen konnte, wodurch gleichzeitig auch wieder den Handwerkern Arbeitsgelegenheit in reichem Maße geboten wurde. Gerade in diesen Tagen erst fand die Einwanderung von hundert Familien in einen durch Bodenverbesserung erschlossenen Landstrich Sardiniens statt.

So zeigt es sich deutlich, wie die demographisch orientierte Politik der faschistischen Regierung in der Tat eine Wertumsetzung des demographischen Reichtumes der Nation ist, von dem Grundsatz ausgehend nämlich, daß diese gesunde Volkskraft eine politische Macht darstellt, wenn sie weise genützt wird durch eine wohlüberlegte und geleitete Verteilung, Beschäftigung und Ausbeutung dieser lebendigen Kräfte im eigenen Lande. Denn wer ist es, der sonst auswandert? Die Jugend, die Gesundheit und die Kraft der Nation. Auswanderung ist gleichbedeutend mit Kraftverlust für das eigene Land. Der Italiener ist ein guter Arbeiter, ist sparsam und entsagungsfähig, wie er sich z. B. willig zum Kriegsbrot bequemt hat, dessen Einführung die faschistische Regierung zum Überwinden einer wirtschaftlich schwierigen Situation für nötig befunden. Die italienische Arbeitskraft ist darum die beste und billigste. Aber diesem Vorteil, der sich vor allem in der Industrie Italiens auswirkt, halten das Gegengewicht die größeren Auslagen seitens Italiens für den Transport der einzuführenden Rohstoffe und Brennmaterialien, sowie die Besteuerung, die höher ist als in anderen Ländern, und Ähnliches mehr. In welchem Maße aber das italienische Volk ein Volk von Arbeitern genannt werden kann, dazu noch die folgenden Zahlen.

Verteilung der arbeitenden Bevölkerung in %

Länder	Ackerbau Forstwirtschaft Fischfang	Bergbau und Industrie	Handel	Andere Beschäftigungen	% der Gesamtbevölkerung	
					Männer	Frauen
Österreich	35,2	40,0	12,4	12,4	61,5	43,5
Dänemark	42,7	24,9	14,9	17,5	62,0	26,1
Frankreich	40,7	35,8	9,8	13,7	68,7	38,7
Deutschland	35,2	40,0	12,4	12,4	61,1	30,4
Großbritannien und Wales	7,5	51,1	22,4	19,0	67,0	25,6
Schottland	10,1	54,5	20,7	14,7	65,7	25.1
Italien	55,5	27,5	8,1	8,9	66,1	29,0
Norwegen	36,8	29,4	19,7	14,1	59,8	21,9
Schweden	46,2	25,7	10,5	17,6	58,8	21,7

Eine wahrhaft weise Politik ist in der Tat die des Faschismus, diese Fähigkeiten des italienischen Volkes zu seinem eigenen Besten voll auszunützen, indem sie — und damit kommen wir zum zweiten Punkt der italienischen Wirtschaftspolitik — neben dem bisher Geschilderten auch jene großen gemeinnützigen Unternehmungen zur Vollendung zu bringen strebt, unter denen die sog. „problemi del mezzogiorno" d. h. die süditalienischen sowie der Bau elektrischer Kraftanlagen die erste Stelle einnehmen.

Betreffs Süditaliens ist es in der Tat ein Problem von weittragendster Bedeutung, daß die dort ruhenden Möglichkeiten in weit höherem Maße als bisher ausgenützt werden. Zwei große Unternehmungen sind hier tatkräftig in Angriff genommen worden, die Anlage der Sila-Stauseen und der Bau der Apulischen Wasserleitung.

Diese letztere soll den von der Sonne ausgedörrten Ebenen Apuliens das lebenspendende Element zuführen, wonach sie dürsten. Sie nimmt ihren Anfang bei den Quellen des Sele im neapolitanischen Appennin, und wenn sie ganz fertig gestellt sein wird, wird ihre Länge ungefähr 1600 km betragen, ohne die örtlichen Verzweigungen, die nötig sind, um ihr Wasser auf mehr als 270 Gemeinden zu verteilen, die in einem Gebiet von rund 19000 qkm zerstreut liegen.

Die ersten Pläne zu diesem grandiosen Werk gehen auf das Jahr 1896 zurück, und seine Vollendung war für das Jahr 1916 vorgesehen. Krieg und Kriegsfolgen aber legten die Bauarbeiten völlig lahm, bis sie mit Eintritt des Faschismus tatkräftig wieder aufgenommen wurden. Am 31. Dezember 1923 konnten bereits 62 Gemeinden gezählt werden, für die der Anschluß fertig gestellt war, mit 541 öffentlichen Entnahmestellen und 6087 Hauswasserleitungen, wovon 4107 zu Trinkwasserzwecken. Nach den letzten zur Verfügung stehenden Nachrichten ist die Zahl der angeschlossenen Ortschaften bis heute auf 80 gestiegen.

Die Sila-Stauseen hingegen bilden einen Teil jener großangelegten Politik, welche die faschistische Regierung mit der Anlage elektrischer Wasserkraftanlagen betreibt. Durch ganz besondere Beschaffenheit wird dieses grandiose Unternehmen eine der umfassendsten und stärksten elektrischen Wasserkraftanlagen Europas darstellen. Soll dieselbe doch nach ihrem vollen Ausbau mindestens vier Zentralen umfassen mit einer Gesamterzeugungskraft von ungefähr 190000 HP, was einer Kapazität von fast einer Milliarde Kilowattstunden gleichkommt. So allein wird es möglich sein, die Zunahme der Kohleneinfuhr trotz der oben dargelegten Produktionsvermehrung weiterhin auf ein verhältnismäßig geringes Maß zu beschränken.

In der Tat ist der elektrische Kraftverbrauch in Italien von 1098 Millionen Kilowattstunden in den Jahren 1908/09 auf 7355 Millionen in den Jahren 1925/26 gestiegen, während die Kohleneinfuhr nur eine Steigerung von 8 1/2 Millionen Tonnen im Jahre 1908 auf 12 Millionen im Jahre 1927 aufweist.

Nach der „United States Geological Survay" erreichte die tatsächlich in der ganzen Welt gewonnene und verwertete Wasserkraft Ende 1926 eine Gesamtsumme von rund 33 Millionen HP gegenüber 29 Millionen Ende 1923 und 23 Millionen Ende 1920. Diese 33 Millionen HP verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Erdteile: Nordamerika 16800000, Südamerika 750000, Europa 13100000, Asien 2100000, Afrika 10000, Oceanien 240000 HP. In Europa steht an erster Stelle Italien mit 2300000 HP. Es folgen Frankreich mit 2000000, Norwegen mit 1900000, die Schweiz mit 1850000, Schweden mit 1350000, Deutschland mit 1100000 usw. Während sowohl Frankreich wie Deutschland angesichts ihrer unermeßlichen Bodenschätze immer noch in hohem Maße die Kohle verwenden, erleben wir in Italien

und der Schweiz eine unaufhörlich steigende Nutzbarmachung der Wasserkräfte und einen rapiden Ausbau der diesbezüglichen Anlagen.

Was Italien betrifft, so wurde festgestellt, daß die in den elektrischen und thermischen Zentralen installierte Potenz von 82 268 Kilowatt im Jahre 1898 und 426 054 im Jahre 1908 auf 1 240 333 im Jahre 1918 und weiter auf 2 400 000 im Jahre 1926 angewachsen ist. Die Gesamtsumme von rund 7000 Millionen Kilowattstunden, die im Jahre 1925 in Italien gewonnen und verbraucht wurden, verteilt sich folgendermaßen: 9 % auf Beleuchtung, 8 % auf Transport und der Rest auf die verschiedenen Industriezweige. Die stufenweise fortschreitende Unabhängigkeit der Staatseisenbahnen von der Kohle ergibt sich aus folgender Aufstellung.

Kohlen- und Elektr. Kraftverbrauch auf den Italienischen Staatseisenbahnen

	Kohlenverbrauch in 1000 t	Elektr. Kraftverbrauch in 1000 Kw. Std.	Kohlenersparnis in t
1918—19	2 553	77 300	154 600
1919—20	2 341	70 100	151 890
1920—21	2 779	71 810	203 460
1921—22	3 163	86 157	236 145
1922—23	2 882	106 295	251 730
1923—24	2 617	137 096	320 200
1924—25	2 951	161 110	325 876
1925—26	2 994	223 621	360 000

Aber noch eine Quelle des Reichtumes ist von der faschistischen Regierung ausgiebig in Wirksamkeit gesetzt worden, die Handelsflotte. Während Italien vor dem Kriege nach Tonnengehalt seiner Dampf- und Motorschiffe an achter Stelle stand, konnte es 1925 den sechsten und 1926 mit Überflügelung Deutschlands den fünften Platz einnehmen; 1927 rückte es noch vor Frankreich und steht somit an vierter Stelle unter den ersten Seemächten der Welt, hinter England, den Vereinigten Staaten und Japan, an zweiter unter denen Europas. Hier die Tonnengehalt-Skala vom 30. Juni 1927, die deutlicher und unwiderleglicher spricht als Worte: England 19 179 000, Vereinigte Staaten 11 171 000, Japan 4 033 000, Italien 3 396 000, Frankreich 3 362 000, Deutschland 3 320 000.

An Übersee-Tonnengehalt hat Italien sogar den dritten Platz der Welt erobert. Denn tatsächlich wird der Prozentsatz der einzelnen Großstaaten mit Bezug auf die nach Größe und Alter für Überseefahrten in Betracht kommenden Schiffe durch folgende Ziffern ausgedrückt: England 37,72 %, Vereinigte Staaten 22,18 %, Italien 6,79 %, Deutschland 6,17 %, Frankreich 6,08 %, Japan 6,04 %.

Diese Entwicklung der Handelsflotte und das um ein beträchtliches gewachsene Ansehen der italienischen Handelsflagge hat in der Zahlungsbilanz ein Gegengewicht geschaffen für die Abnahme der Auswanderer-Ersparnisse, wie sie aus dem Rückgang der Auswanderung selbst mit Notwendigkeit folgen mußte. In der internationalen Zahlungsbilanz Italiens für das Jahr 1924 finden wir die Ausgaben der Ausländer in Italien mit 2900 Millionen, die Geldsendungen der italienischen Auswanderer mit 2600 Millionen, die Einnahmen der Handelsmarine mit 700 Millionen Lire angesetzt.

Damit dürfte in großen Linien zur Darstellung gebracht sein, wie die faschistische Wirtschaftspolitik Italiens bezüglich der Ausbeutung aller von der Natur und den Bewohnern des Landes gegebenen Quellen orientiert ist. Wir sehen hier ab von einer Erörterung alles dessen, was in die Finanzpolitik gehört, da wir, wie zu Anfang bemerkt, das Problem als ein rein geopolitisches betrachten wollten, Dabei waren wir bestrebt, zugleich jede wissenschaftliche Erörterung auszuschalten, damit auch der im allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Problemen Fernstehende sich ein klares Bild machen könne, soweit das im engen Rahmen eines Artikels möglich ist, vom Wesen des wirtschaftlichen Lebens im heutigen Italien und von dem, was Italien auch auf diesem Gebiete und wahrlich nicht an letzter Stelle auf diesem Gebiete seiner gegenwärtigen Regierung verdankt.

SCHMIDT-WODDER:

SKANDINAVIENS EUROPÄISCHE STELLUNG UND NORDSCHLESWIG

Skandinaviens europäische Stellung, und ich möchte ruhig hinzufügen, Skandinaviens Geltung überhaupt, ist nicht entscheidend bestimmt durch die Frage Nordschleswig. Es ist natürlich, wenn man von Schleswig-Holstein aus die Stellung zum Norden sehr stark dadurch bestimmt sein läßt, wie der Norden sich zu Nordschleswig stellt. Aber ganz unnatürlich muß es einem weitblickenden Politiker erscheinen, wenn Skandinavien selbst Nordschleswig zu einer solchen Hauptfrage zu machen sucht. Wenn man sagen muß, daß das bisher leider geschieht, dann ist natürlich durchsichtig genug, daß es auf Dänemarks Drängen und Werben hin geschieht, aber man folgt dem bisher in einem Maße, das dem Weitblick der Skandinavier nicht gerade das beste Zeugnis stellt.

Es trägt schon mehr den Charakter einer romantischen Exkursion, wenn die skandinavischen Staatsmänner auf Einladung von H. P. Hanssen, dem früheren nationalpolitischen Führer der Dänen in Nordschleswig und als solcher deutscher Reichstagsabgeordneter und dann dänischer Minister, um den Übergang Nordschleswigs an Dänemark zu ordnen, sich auf Düppel versammelten, um zu erklären, daß dänische Südgrenze skandinavische Grenze sei. Und ähnlich darf man etwas erstaunt fragen, ob der schwedische Minister beim Austausch von Neujahrsglückwünschen nichts besseres zu sagen wußte, als von dem gemeinsamen Interesse an der südlichen Grenze zu sprechen.

In Wirklichkeit stellt Nordschleswig den Rest einer Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Dänemark dar, die zu einer Zeit, als Dänemark skandinavische Vormacht war, ihre große Bedeutung hatte, dann noch einmal geschichtlichen Rang bekam, als Deutschland sich zum Nationalstaat rundete und zu Beginn dieses Prozesses Schleswig-Holstein sich von Dänemark löste, nun aber eine Grenzfrage geworden ist, die allerdings ihre richtige Ordnung noch nicht gefunden hat, aber sie doch wohl leichter finden wird als so manche andere Grenzfrage.

Ich komme darauf noch später zurück, möchte aber doch gleich dem Mißverständnis vorbeugen, als ob ich die Bedeutung der Frage Nordschleswig deswegen für eine geringe ansehe. Für die politische Auseinandersetzung zwischen Dänemark und Deutschland bedeutet Nordschleswig allerdings nur ein schwaches Nachspiel gegenüber den Kämpfen der Vergangenheit, aber ein wichtiges, das die Frage

aufwirft, wie Staaten zu bauen und abzugrenzen sind und wie man Völkerbeziehungen regelt. In einer Zeit nämlich, wo Deutschland das Opfer schwerster politischer Zusammenstöße nach anderen Richtungen geworden ist und mühsam wieder seine Kräfte sammelt, ist im deutschen Leben auf der einen Seite sehr stark das Streben erwacht, die nationalen Beziehungen der Völker, wo sie sich ineinanderschieben, auf eine rechtlich gesunde Grundlage zu stellen. Auf der anderen Seite führte die Selbstbesinnung des deutschen Volkes zu einem ständig wachsenden Interesse für die Kulturschätze germanischer Vorzeit, die nirgends so reich vorliegen als in Skandinavien, und zu dem Wunsche, mit diesen Völkern auch direkt in ihrem Gegenwartsleben in geistige Beziehungen zu treten. Die machtpolitische Auseinandersetzung wird damit in der Hauptsache abgelöst durch eine geistige Auseinandersetzung, und Nordschleswig hat dafür seine große Bedeutung, deren Wirkung auch allgemein auf die Völkerbeziehungen Europas Einfluß gewinnen könnte.

Ich sage für Leser der „Geopolitik" fast etwas Selstverständliches, wenn ich noch hinzufüge, daß die Beziehungen von Skandinavien zu Deutschland sehr stark auch ein wirtschaftliches Problem sind, und daß die jüngste Entwicklung das immer deutlicher werden läßt.

Man kann gelegentlich der Auffassung begegnen, als ob Skandinavien überhaupt endgültig aus großer Politik ausgeschieden sei und in der Beziehung kein Interesse mehr beanspruche. Ich bin nicht dieser Auffassung, und die Hauptfrage dieses Aufsatzes ist gerade, welche Bedeutung Skandinavien zukommt. Wer sind zunächst die Nachbarn Skandinaviens? Wir sind es an einer schmalen Landgrenze, sind es als Anlieger an demselben Binnenmeere, der Ostsee. Aber westlich von Skandinavien, getrennt durch die Nordsee, oder wie man heute ebensogut sagen kann, verbunden durch die Nordsee, liegt England und im Osten Rußland, und wenn man es auch in Deutschland nicht gerne hören wird, in Wirklichkeit liegt es heute so, daß England mehr bedeutet für Skandinavien als Deutschland, und daß das Interesse für Rußland, soweit man überhaupt außenpolitisches Interesse in Skandinavien aufbringt, stärker ist als das für Deutschland. Man darf das jedenfalls sagen für Norwegen und Schweden. Für Dänemark gilt es nicht in gleichem Maße, aber auch da ist die Verschiebung deutlich genug zu spüren. Man kann allerdings diese Feststellung etwas in Frage stellen, wenn man auf eine Erscheinung hinweist, die noch jetzt, 10 Jahre nach dem Weltkrieg, immer wieder offenbar wird, daß man nämlich auf Deutschland sieht als auf den kranken Löwen, der nicht mehr beißen kann und deswegen stark ausgeschieden ist aus dem Kräftespiel der europäischen Mächte, aber doch den Löwen. Manchmal hört man das mit unverhohlener Genugtuung, manchmal auch mit Bedauern. Immer aber liegt in diesem Blick nach dem Süden die offene Frage, ob nicht Deutschland wieder berufen ist, die ihm gebührende Stellung einzunehmen.

Wie aber ist die Haltung Skandinaviens diesen zwei großen europäischen Reichen, man kann ja auch sagen, diesen zwei Zentren einer ganz besonderen Lebens- und Weltanschauung Rußland und England gegenüber? Ein Schwede hat Ende 1927 Briefe eines französischen Diplomaten aus Stockholm herausgegeben in Albert Bonniers Verlag, Stockholm. Dieser Franzose, der viele Länder und Völker gesehen und einen scharfen Blick mit einer anerkennenswerten Unbefangenheit vereinigt, sagt jedenfalls von den Schweden, daß ihr außenpolitisches Interesse außerordentlich gering entwickelt sei, wenn sie auch oft leidenschaftlich für oder gegen Stellung nehmen in Dingen, die ihr eigenes Land wenig angehen. Gerade wo ihr eigenes Intesse vorläge, fänden sie keine einmütige Stellungnahme und deswegen auch keinen Entschluß zum Handeln. Als die Finnen sie riefen im Weltkrieg, seien sie nicht gekommen; als sie um die Aalandsinseln sich bemühten, wären sie zu spät gekommen. Ich glaube, daß der Franzose richtig gesehen hat, und daß man etwas Ähnliches auch von den andern skandinavischen Ländern sagen kann. Mir kommt es vor, als ob man in Schweden sehr geneigt ist zu urteilen, daß Rußland Schicksal sei, und daß man auf der Hut sein müsse; in Norwegen, daß England Schicksal sei, in das man sich fügen müsse; in Dänemark, daß man verhindern müsse, daß Deutschland je wieder Schicksal werde. Aber das ist ja in allen drei Fällen eine negative Stellungnahme, und wenn man fragt, was hat denn Skandinavien selbst für Ziele, was wünscht es in der Welt zu bedeuten, dann ist es eine peinliche Entdeckung, daß man so schwer eine Antwort auf diese Frage findet. Man hat fast den Eindruck, daß Skandinavien seit dem Weltkriege glaubt, von dieser Frage dispensiert zu sein, weil jetzt ja der Völkerbund existiere und es künftig nur auf die Ordnung der Rechtsverhältnisse der Völker und Staaten ankomme, die man von diesem Bund erwarten müsse. Man hat wirklich mit fast kindlicher Gläubigkeit sich an diesem Bund als Garanten für Frieden und Recht geklammert. Die Frage, was man vom Völkerbund zu erwarten hätte und welche Stellung und welche Pflichten der Bund Dänemark zuweist, waren z. B. bis jetzt absolut beherrschend in der dänischen Außenpolitik.

Welche Stellung man im Bund für sich verlangt oder erstrebt, davon hörte ich selten etwas. Ich habe oft genug gesagt, auch im dänischen Parlament, daß ich nicht glaube, daß der Völkerbund Europa zu einem neuen Bau zusammenfügen kann, weil er zu offenkundig aus dem Willen der Siegerstaaten hervorgegangen und sich zum Zweck gesetzt, ihre durch den unerhörtesten Bruch von Treue und Glauben errungenen Vorteile sich zu sichern. Ich glaube nicht an die Möglichkeit, sich von so üblen Grundlagen aus zu etwas Segensreichem entwickeln zu können. Ich glaube aber wohl, daß wir größeren Zusammenfassungen und Rechtsordnungen in der Völker- und Staatswelt zustreben. Wenn man aber von Rechtsordnungen spricht, dann bedeutet das, daß jedem Glied im ganzen Bau

die ihm zukommende natürliche Stellung gewährt wird. Die Fundamente müssen richtig liegen. Weil aber die Fundamente hier gleichzeitig Träger und Mitarbeiter am ganzen Bau sind, so müssen sie selber ein Wissen und einen Willen haben von dem, was ihre Linie sein muß und ihr Interesse erfordert. Man kann nicht Recht und Interesse einander so gegenüberstellen, als ob das Recht eben die Interessenfrage ausscheide. Vor allem hat man wohl ein Recht und ein Lebensinteresse daran, sein Selbst zur Entfaltung bringen zu können und nicht lähmen oder verwischen zu lassen. Wenn das nicht anerkannt wird, dann bedeutet Völkerbund oder alles, was an diese Stelle treten könnte, nur eine tiefe Demütigung und Entwürdigung Europas und gleichzeitig eine Entmannung. Eine Rechts- oder Völkerordnung muß von der Selbstbesinnung, Selbstbestimmung und der Selbständigkeit der einzelnen Teile, die als solche frei in die erstrebte Ordnung hineintreten, ausgehen, und deshalb bleibt die entscheidende Frage für Skandinavien und an Skandinavien: was seid ihr selbst, was sollt ihr sein im Rate der Völker, was traut ihr euch zu?

Aber kann man diese Frage an Skandinavien richten, gibt es überhaupt ein Skandinavien; muß man sie dann nicht richten an die einzelnen Teile, an Dänemark, Norwegen, Schweden, Island und an Finnland, an jeden Einzelnen? Es gab regelmäßige Zusammenkünfte der drei Könige während des Krieges. Es gibt hin und wieder Zusammenkünfte der leitenden Minister der Länder. Man erstrebt eine Annäherung der inneren Gesetzgebung namentlich auf sozialem Gebiet; auf dem Gebiet des Münzwesens war man schon ziemlich zu einer Einheitlichkeit gekommen; der Paßzwang zwischen diesen Ländern wurde zuerst aufgehoben; auf dem Gebiete der Wissenschaft versucht man zusammenzuarbeiten, aber außenpolitisch als ein Ganzes aufzutreten, das scheint den meisten Skandinaviern ein allzu kühner und auch mit dem Sonderinteresse und dem Selbstbewußtsein jedes Einzelnen nicht vereinbarter Entschluß. Ja, dann schleicht sich mit einemmal der wenig würdige oder stolze Gedankengang ein, daß man wohl besser durch die Klippen und das Gedränge hindurch käme, wenn jeder einzelne Teil schwach und für sich bleibe, und aus derselben Empfindung heraus verschweigt man sich selbst, wie man schon im Weltkrieg fast vollständig um seine Unabhängigkeit kam und sich in alles fügte, was andere von einem verlangten. Es war ja zu verschmerzen, denn man verdiente gut dabei. Der isländische Dichter Gunnar Gunnarsson nennt das allerdins eine hündische Denkweise, mit der er nichts zu tun haben wolle, und weil er die Gefahr sieht, daß eine solche Gesinnung in den skandinavischen Völkern das Beste verderben könnte, will er das nordische Reich und predigt es leidenschaftlich, man kann allerdings nicht sagen, mit großem Erfolg. Man würde nun den Skandinaviern sicher Unrecht tun, wenn man ihnen Stolz, Bewußtsein ihres Wertes und Mut abspräche, aber es fehlte schon lange der große Zug, man scheut den Einsatz und kennt das Opfer nicht mehr. Man träumt von Idealbildern und

weiß nicht mehr, daß man um sie ringen muß. Grundtvig noch, der Däne, sah tief in die Seele seines Volkes hinein, erweckte sie zum neuen Leben und sah gleichzeitig das Ganze des skandinavischen Lebens und wollte, daß es zusammenfände. Klein sah er nur, wenn er auf Deutschland sah. Bjørnstjerne Bjørnson hatte auch Grundtvigs Blick auf sein eigenes, das norwegische Volk und auf das Ganze der skandinavischen Welt, und er hatte das Grundtvig voraus, daß er unbefangen auf Deutschland sah. Aber Grundtvig und Bjørnson waren ebenso wie Gunnarson Dichter, allerdings deswegen auch Seher. Kjellén, der Schwede, hatte politischen Blick, aber starb zu früh. Aall, der Norweger, der das ausgezeichnete Buch schrieb „Schicksal des Nordens" und jetzt das Buch über „Neutrale Komitees und Gelehrte über die Kriegsschuld", hat auch politischen Blick, aber es ist doch in erster Linie Gelehrter und lebt in einer Zeit der politischen Resignation.

Es gibt auch Fragen genug, die Spannungen darstellen zwischen den einzelnen skandinavischen Teilen, so die der Färörinseln, Islands, der Aalandsinseln, selbst Schonens, aber was jetzt Spannung zwischen den einzelnen Staaten bedeutet, würde da bei engerem Zusammenschluß des Ganzen ganz ungefährlich sein, ja nur Reichtum bedeuten, aber ich hörte noch nie, daß man das so sah.

So findet man kaum eine Antwort auf die Frage, was Skandinavien will, ob es sich selbst will als Ganzes, oder ob es sich als Objekt fühlt im politischen Geschehen. Als kürzlich im Dänischen Folketing über eine neue Heeresvorlage verhandelt wurde, wurde kaum ein Wort von Schweden gesprochen, das doch auf der anderen Seite der Meeresstraße liegt, die an Dänemark vorbeiführt. Skandinavien weiß offenbar selbst nicht, was es will, und das ist immer eine üble Lage, in der der Wille anderer leichtes Spiel hat, sich aufzuzwingen. Es fehlte bisher der Staatsmann, der zusammenzubinden versuchte, was die Dichter und Seher und die geistig Überragenden in Skandinavien schon immer zusammen sahen. Es fehlt ein Mann wie der deutsche Liszt, der den Fragen nachginge, was durch wirtschaftlichen Austausch und Zusammenschluß von Erzen, Wald, Wasserkräften, Landwirtschaft, Möglichkeiten zur See, erreicht werden könnte.

Es gibt wenige Teile von Europa, die so wertvolle Völker auf ihrem Boden ernähren, wie die skandinavischen Völker es zweifellos sind. Man möchte schon um Europas willen wünschen, daß sie ein kraftvoller Teil des Ganzen würden und sich die Unabhängigkeit ihrer Entwicklung sicherten. Wir Deutschen, die wir keinen Ausdehnungsdrang nach dem Norden haben, müssen das unbedingt wünschen. Skandinavien hat heute kaum eine Antwort auf die Frage, welche Bedeutung es in Europa sich selbst zuspricht, aber Skandinavien kommt um diese Frage nicht herum, wenn es nicht will, daß andere diese Frage beantworten, und das kann Skandinavien doch nicht gut wünschen.

Europa kommt auch nicht zu einer guten Ordnung, ohne daß seine Teile ihre besondere Aufgabe erkennen und wollen. Soll ein Völkerbund diese Aufgaben

einseitig von sich aus anweisen und aufzwingen, ist es vom Übel. Bestimmt es der Wille einer einzelnen überragenden Macht, ist es noch schlimmer.

Erst nachdem dies mit aller Deutlichkeit gesagt ist, kann noch einmal mit größerer Ruhe an die Frage herangetreten werden, was Nordschleswig für das Verhältnis Deutschlands zu Dänemark und im weiteren zu Skandinavien bedeutet.

Zu allererst ist zu konstantieren, daß Dänemark seit Versailles in sehr bedenklicher Weise die alte Linie seiner Politik aufgegeben hat. Vor Versailles galt es als selbstverständlich, daß alles, was man Nordschleswig betreffend anstreben möchte, in erster Linie eine Frage zwischen Deutschland und Dänemark sei, wenn es auch zu einer Verständigung nicht kam und auf nationalem Gebiet ein heftiger Kampf geführt wurde, in dem das dänische Volk gut bestand. Versailles bedeutet dann, daß Dänemark im Gefolge der Entente glaubte, über Deutschland zur Tagesordnung hinweggehen zu können. Die neue Entscheidung betreffend Nordschleswig und wie sie vorzubereiten sei, wurde ohne Deutschlands Mitwirkung oder Zustimmung herbeigeführt. Sie ist, wie alles in Versailles, Deutschland aufgezwungen. Es sagt demgegenüber wenig, daß eine Abstimmung angeordnet wurde, denn grade diese Abstimmung brachte zum schärfsten Ausdruck, daß Deutschland als Subjekt dabei völlig auszuscheiden hätte, während Dänemark durchaus als Beratender und Handelnder auftrat. Bei diesem Mitberaten und Mitbestimmen verleugnete Dänemark dann auch noch die Grundtätze, die es im Verlauf des Weltkrieges mit den andern skandinavischen Völkern als die beste Form für eine Grenzabstimmung aufgestellt hatte, nämlich die Abstimmung nach Gemeinden. Seit Versailles handelt Dänemark in Abhängigkeit von andern Mächten, und hat eine Grenzziehung als Lösung der deutsch-dänischen Frage uns aufgedrängt, die wir nicht als geeignet ansehen können.

Diese Ordnung ist vor allem auch deshalb verhängnisvoll, weil dadurch einem andern Gedanken zunächst der Weg gesperrt worden ist, der eine bessere und ruhigere Lösung des Problems versprochen hätte. Das ist der Gedanke, daß in einem solchen Grenzgebiet für die kulturellen Verhältnisse der nationalen Minderheit ein klares freiheitliches Recht zu schaffen ist. Dieses Recht muß aussprechen, daß die andersnationale Volksgruppe ihre eigenen Schulen und Kultureinrichtungen schaffen und selbst verwalten darf im Auftrag und unter Aufsicht des Staates. Dieser Gedanke hat gleich zu Anfang des Zusammenpralls der nationalen Bewegungen von Deutschland und Dänemark aus neben den anderen Erwägungen gestanden, daß eine neue Grenzziehung wohl unumgänglich sei. Der Kieler Professor Falk, ein gebürtiger Nordschleswiger, vertrat vor allem diesen Gedanken. Die vielen Versuche, durch eine neue Grenzziehung die nationale Spannung aus dem Wege zu schaffen, gelangen nicht. Dänemark allerdings gelang es jetzt, eine neue Grenzziehung herbeizuführen, aber nur dadurch, daß es Deutschland ignorierte und sich an Deutschlands Gegner wandte. Natürlich ist es Dänemark auch

icht gelungen, mit dieser Grenzziehung den nationalen Streit zu beseitigen. Was ur Ordnung des nationalen Kampfes geschehen konnte, ist nur halb und nur ngstlich geschehen. Selbstverwaltung ist nicht gegeben, und die Parole der Aufaugung ist proklamiert.

Dafür hat Dänemark aber den Beweis geliefert, daß eine solche neue Grenzehung, selbst wenn wir davon ausgehen, daß der größere Teil der Bevölkerung ch dafür erklärte, für die Bevölkerung die verhängnisvollsten Folgen haben ann. Nordschleswig, das mit einem Male aus seiner 450jährigen Verbindung nit Schleswig-Holstein und deutscher Wirtschaft herausgerissen wurde, steht nahe or seinem wirtschaftlichen Ruin und trägt die Kosten einer Verwaltung, die unleich teurer ist und dabei weniger befriedigend funktioniert als die frühere eutsche. Das sind Dinge, die die nordschleswigsche Bevölkerung eigentlich in ihrer esamtheit glatt zugibt. Man hält deswegen in steigendem Grade die Wiederufnahme der alten wirtschaftlichen Verbindung mit Deutschland für den besten, ielleicht den einzigen Weg zu Rettung. Sicher ist er es auch. Bei solcher Lage der Dinge legt sich die Frage immer näher, ob die Lösung durch eine Grenzveränerung allein, die die politische Spannung zwischen Deutschland und Dänemark o Jahre hindurch beherrscht hat, überhaupt möglich ist, und ob nicht die wirtchaftliche Verbindung mit dem alten Landesteil unter gleichzeitiger freiester Ordnung der nationalen Verhältnisse das entscheidende ist. Beide Teile hätten dann national freie Bahn. Nordschleswig aber würde aus wirtschaftlicher Berängnis gerettet. Zum mindesten sollte man die Voraussetzungen schaffen, ehe man die eigentliche Grenzfrage bereinigt.

Man darf kaum erwarten, daß die Dinge schnell diesem Ziel zureifen, wenn man auch dringend wünschen muß, daß mindestens auf wirtschaftlichem Gebiet eine freiere Verbindung mit Deutschland geschaffen wird. Aber man soll mit Ruhe schon jetzt aussprechen, was politischer Einsicht sich nicht verschließen wird. Die ganze Frage Nordschleswig muß wieder unter den Gesichtspunkt gestellt werden, wie das Verhältnis von Deutschland zum Norden auf die ruhigste Grundlage gestellt werden kann und was in der Geschichte dafür die besten Anknüpfungspunkte bietet. Die Versailler Entscheidung hat sich weder von der einen noch der andern Rücksicht bestimmen lassen, und das Wort Wilsons über geschichtliche und wirtschaftliche Zusammenhänge, die man nicht zerreisen dürfe, hat man kaum einer Beachtung gewürdigt.

Es ist ein gutes Zeichen, daß Schleswig-Holstein sich weniger befangen gezeigt hat, als man es im Norden noch durchweg ist. Schleswig-Holstein hat trotz der Wunde Nordschleswig begriffen, daß eine nähere geistige Verbindung mit dem skandinavischen Norden eine natürliche und erstrebenswerte Sache ist, unabhängig von allen politischen Differenzen, die zwischen Deutschland und Dänemark oder Skandinavien, soweit es sich mit Dänemark solidarisch erklärt, bezüglich Nord-

schleswigs bestehen. Dr. Schifferer, der verdiente Organisator der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft, und Professor Scheel, gebürtiger Nordschleswiger, bekannt als bedeutendster Lutherforscher unserer Zeit, Inhaber des Lehrstuhls für schleswig-holsteinische und nordische Geschichte in Kiel, haben Verbindungen gesucht mit den geistigen Vertretern in Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland. Auch mit Island wollte man Beziehungen aufnehmen, doch ergab sich dazu noch nicht Zeit und Gelegenheit. Befangenheiten in Dänemark wurden zurückgestellt. Befangenheiten in Schleswig-Holstein sind beglichen. Gleichzeitig sind in Kiel die „Deutsch-Nordischen Blätter" von Professor Scheel unter lebhafter Mitarbeit von Pastor Tonnesen-Rendsburg, Dr. Waschnitius, einem Deutsch-Österreicher in Kopenhagen und Harry Schmidt herausgegeben, die ein wertvolles geistiges Band zu werden versprechen. Ein Treffen der gesamten deutschen und der gesamten nordischen Kulturwelt in Kiel ist vorgesehen und wird voraussichtlich auch durchgeführt. Das sind Vorgänge, die durchaus ihren Wert in sich haben. Ich erwähnte schon, daß seit Ernst Moritz Arndts Tagen in immer neuen Vorstößen von deutscher Welt aus versucht wird, das unschätzbare germanische Erbe, das im Norden in Edda und Sagas seinen Niederschlag fand, auch für uns zu heben und fruchtbar zu gestalten. Ich erinnere dabei nur an Namen wie Lagarde; Hebbel, der Schleswig-Holsteiner; Arthur Bonus, Eugen Diederichs; Schillings Königslied, das jetzt herauskommt und ähnliches. Ich möchte aber auch darauf aufmerksam machen, daß namentlich in Norwegen ein starkes Besinnen auf die eigene Art eine geradezu überraschende Fülle hochwertiger geistiger Werte hervorbringt, die kennenzulernen für uns von großem Wert ist. In Dänemark und wohl auch in Schweden ist die geistige Lage eher so, daß man nach einer Zeit, in der man sich auf sich selbst besonnen — ich erwähnte schon Grundtvig in Dänemark —, in eine Zeit der inneren Unsicherheit hineingekommen ist. Vielleicht steht doch eine Scheidung der Geister bevor, derer die von ihrem eigenen Volkstum ausgehend, in der Welt Umschau halten und dabei auch wieder unbefangen sich auf die vielfach verlorenen Verbindungen mit deutschem Leben besinnen werden und derer, die unter dem Banne westlerischer Ideen zu keinem Eigenbewußtsein kommen.

Man soll den Vorstoß Schifferer-Scheel nicht überschätzen. Die Möglichkeiten einer engeren Fühlungnahme deutscher und nordischer Welt werden wahrscheinlich auf stilleren Wegen durch persönliche Verbindungen vieler einzelner durch das nicht zu organisierende Hinundherfluten geistiger und seelischer Verbindungen wirksamer hergestellt, aber er bedeutet doch wiederum nicht wenig als öffentlicher Ausdruck für einen Willen in einer für uns und den Norden natürlichen Richtung.

Kehren wir noch einmal zurück zu der großen Frage, wodurch Skandinaviens europäische Stellung bestimmt wird und was dafür Nordschleswig bedeutet, dann

[m]öchte ich kurz zusammenfassen: Was Skandinavien für Europa bedeutet, das [w]ird und muß vor allem von Skandinavien selbst abhängen, und Skandinavien [lä]ßt bis jetzt nicht erkennen, daß es das begriffen hat.

Für Skandinaviens Verhältnis zu Deutschland bedeutet Nordschleswig eine [A]ufgabe, die bei gutem Willen und größerer Unbefangenheit als bisher zu lösen [se]in müßte; aber auch da gilt es, daß Dänemark und Skandinavien aus der inneren [A]bhängigkeit von Versailles loskommen müssen.

Die Frage ist ja nur zusammen mit Deutschland zu lösen.

Nachsatz: Dieser Aufsatz ist Anfang Februar geschrieben, konnte aber erst jetzt gebracht [w]erden. Die neue Sammlungsbewegung, die inzwischen in Nordschleswig Dänen und Deutsche um [ei]n gemeinsames Programm zu sammeln sucht und starken Anschluß findet, konnte vom Ver[fa]sser nicht mit berücksichtigt werden, geht ja auch direkt von der unmittelbaren Not aus, ohne [w]eitgehende politische Zukunftslinien, aber sie bestätigt doch manches, was vom Verfasser ausge[sp]rochen wird. *Die Schriftleitung.*

O. Welsch:

NEUE WEGE UND PLÄNE IN VORDERASIEN

Es ist noch nicht allzulange her, daß eine Orientreise, soferne sie sich nicht [a]uf die Küsten der Levante oder höchstens Ägypten bezog, noch als etwas Be[s]onderes betrachtet wurde, weil sie sowohl an Zeit als an Geld für den Durch[s]chnittsmenschen zu hohe Anforderungen stellte. In den letzten Jahren ist nun [d]ie verkehrstechnische Aufschließung des Orients einen so großen Schritt vor[w]ärts gekommen, daß die Länder Vorderasiens dem Touristenstrom fast ebenso zu[g]änglich sind, wie andere Erdteile. In erster Linie haben dazu natürlich die großen [i]nternationalen Zubringerlinien durch die Luft beigetragen: Berlin—Warna, Paris—[b]zw. Brindisi—Konstantinopel und Moskau—Baku, die die Reise nach dem Nahen [O]sten, dem Schwarzen und Kaspischen Meere um mehrere Tage abkürzen. Außer[d]em wurden aber auch sowohl von den Mandatsregierungen der türkischen Nach[f]olgerstaaten, als von der Türkei und von Persien große Anstrengungen gemacht, [u]m ihre Länder durch eine entsprechende Verkehrspolitik in engere wirtschaft[l]iche Beziehungen mit Europa zu bringen.

Das von der Türkei vor einem Jahre begonnene Eisenbahnprogramm von [.]500 km Schienenlänge schreitet rüstig vorwärts. Die von der Gesellschaft Julius [B]erger, Berlin, gebaute Strecke Kutahia—Balikessir soll im Juli bereits befahren [w]erden. Der von Angora ausgehende Hauptstrang, der Anatolien der Länge nach [d]urchziehen und an Persien bzw. das Kaspische Meer anschließen wird, ist bis [S]iwas in eigener Regie fertiggestellt, die Trassierung der Linie Siwas—Erzerum

soll noch dieses Jahr beendet werden. Auf den schwedischen Baustrecken (Angora—Eregli und Diarbekir—Malatia) wird stellenweise mit dem Legen der Schienen begonnen. Nur die belgische Baugesellschaft, welche die Nord-Südbahn vom Schwarzen zum Mittelmeere übernommen hatte, hat versagt. Sie wird nunmehr in türkischer Regie gebaut, Teilstrecken davon sind bereits eröffnet worden.

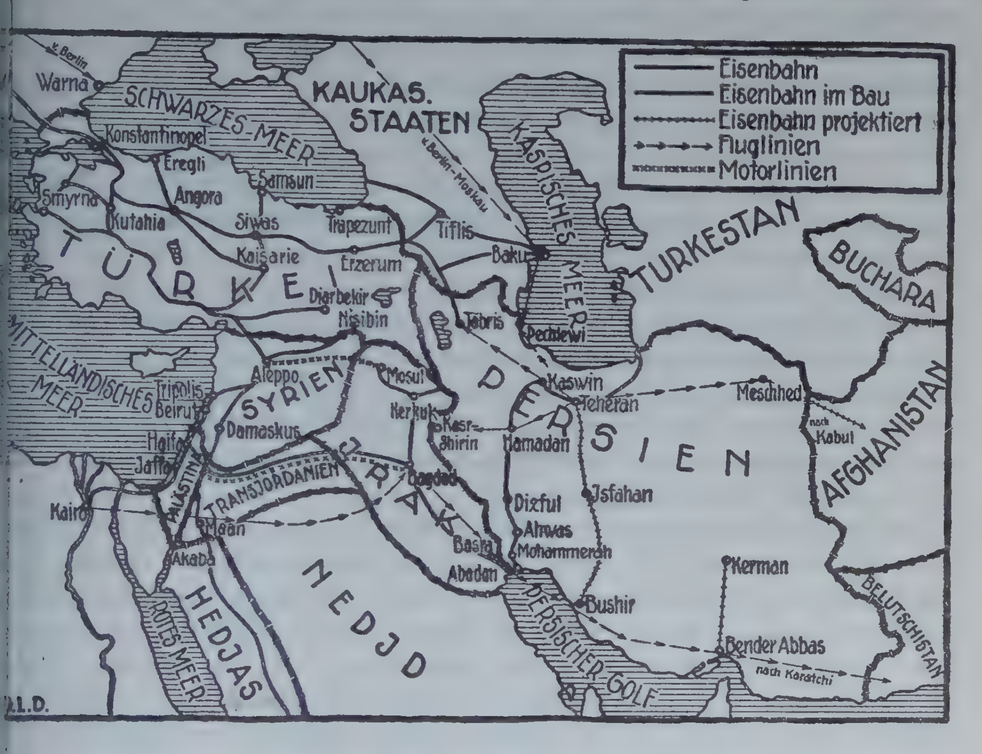
In Syrien haben die Franzosen als Ersatz für den durch die politischen Umwälzungen zum Verdorren verurteilten Ast Aleppo—Nisibin der deutschen Bagdadbahn einen regelmäßigen Kraftwagenbetrieb zwischen Aleppo und Mossul eingerichtet. Nachdem zweimal in der Woche ein durchgehender Schlafwagenzug von Konstantinopel bis Aleppo verkehrt, ist Mossul dadurch von München oder Berlin in 5—6 Tagen zu erreichen, was gegenüber dem Wasserwege eine Verkürzung um mehr als die Hälfte an Zeit bedeutet.

Noch wichtiger für den Touristenverkehr ist der französische Plan einer Küstenbahn von Tripolis nach Haifa, der nahe vor der Ausführung stehen soll. Sie entspricht insoferne einem lange gefühlten Bedürfnis, als die bisherigen syrischen Bahnen zwischen Aleppo und Haifa verschiedene Spurweiten besaßen. Die Bedeutung des neuen Projektes, das die landschaftlich schönen Abhänge des Libanon und die berüchtigte „Syrische Treppe“ nördlich Akka in einer Länge von nur 200 km überqueren wird, liegt jedoch vor allem darin, daß es die letzte Lücke zu einer zusammenhängenden Durchgangslinie London—Paris über Konstantinopel nach Kairo schließt, indem die Engländer ihre strategische Wüstenbahn schon längst mit Schnellzügen bis Haifa verlängert haben.

In Palästina ist Haifa von der britischen Mandatsregierung zum Mittelpunkt ihrer Verkehrs- und Durchdringungspolitik ausersehen worden. Es wird Jaffa, das bisher trotz seiner schlechten Reede als Hafen von Jerusalem eine ziemliche Rolle gespielt hatte, in wenigen Jahren den Rang ablaufen und zeigen, daß die Zionistenstadt Tel Aviv am falschen Platze steht. Für den Hafen von Haifa, der mit modernen Docks und Lagerhäusern sowie einem besonderen Ankerplatz für englische Kriegsschiffe ausgestattet wird, sind 1 Million £ ausgeworfen. Haifa wird das englische Einfallstor nicht nur für Palästina, sondern für den ganzen Nahen Osten werden. Die Eisenbahn von Haifa nach Bagdad ist eine beschlossene Sache. Desgleichen wird hier später einmal das Mossul-Öl aus einer 1000 km langen Leitung direkt in die Bunker der britischen Mittelmeerdivision fließen. Heute ist die Verbindung mit Bagdad durch eine regelmäßige Kraftwagenlinie von Haifa, und eine Luftlinie von Kairo über Gaza vorhanden, deren Stationen und Stützpunkte in der ehemaligen Syrischen Wüste, in dem zu diesem Zwecke geschaffenen Königreiche Transjordanien liegen.

Und noch ein anderer englischer Plan muß hier erwähnt werden, der zwar wahrscheinlich in den gerade jetzt in Djidda stattfindenden Besprechungen zwischen Ibn Saud und Sir Henry Clayton vorläufig aufgeschoben, aber nicht auf-

hoben werden wird. Er betrifft den Ausbau des Hafens von Akaba, nebst einer ichbahn von dort nach Maan an der Hedschasbahn. Dadurch würde Transrdanien einen Ausgang zum Meere, England aber, wie ein Blick auf die Karte igt, einen Reserveweg aus dem Mittelmeere zum Roten Meer, also nach dien erhalten, für den Fall, daß der Suezkanal einmal aus irgendeinem Grunde cht benützbar sein sollte. Aber Ibn Saud reklamiert sowohl Akaba als Maan r den Hedschas, zu dem beide noch zu Husseins Zeiten gehört hatten, und



ngland wird daher diesen Plan des Friedens halber daher wohl zunächst fallen ssen müssen.

Im Irak wurde englischerseits bereits während des Krieges eine Schmalspurahn von Basra am Tigris entlang vorgetrieben. Sie hat Bagdad längst erreicht nd ist darüber hinaus nach Kerkuk — dem neu entdeckten Ölgebiete — sowie egen das persische Grenzgebirge bei Chanikin verlängert worden. Es besteht auch e Absicht, den ersteren Weg anstatt der Bagdadbahnstraße als Haupteisenbahnnie nach Mossul auszubauen. In Kerkuk schließt eine moderne Autostraße in ichtung nach Täbris an, mit welcher der Handel aus dem nördlichen Persien den Persischen Golf nach Basra abgelenkt werden soll. Die schon probeweise eflogene englische Luftlinie von Basra über Bushir nach Karatschi konnte bis

heute nicht in Betrieb genommen werden, weil die Regierung des erwachenden Persien aus Mißtrauen gegen die englischen Ziele ihre Einwilligung zum Überfliegen persischen Gebietes verweigert hat.

Dagegen hat die Regierung von Teheran auch selbst in den letzten Jahren eine große Aktivität in bezug auf die Entwicklung ihrer Verkehrseinrichtungen entfaltet. Zunächst wurden die alten Handelsstraßen von Täbris nach Trapezunt und Mossul, sowie von Teheran nach Mohammerah bzw. nach Kerman als Automobilwege ausgebaut. Außerdem aber ist seit kurzer Zeit auch der Bau einer transpersischen Bahn vom Kaspischen See nach dem Persischen Golf definitiv beschlossen und bereits in Angriff genommen. Sie verdient nicht nur als Kulturwerk (etwa 1700 km in meist bergigem Lande) volle Beachtung, sondern wird auch in wirtschaftlicher und politischer Beziehung einen Wendepunkt in der Geschichte des neuen Persien bedeuten. Sie wird vor allem dem englisch-irakischen, ohnehin nicht sehr blühenden Handel scharfe Konkurrenz bereiten, während sie dem russischen einen neuen Ausweg ans Meer eröffnet. Die Bahn soll an der Südostküste des Kaspischen Meeres beginnen und nach Teheran führen. Von dort läuft sie über Kaswin nach Hamandan—Dizful—Ahwaz — wo sich die Ölfelder und Niederlassungen der Anglo-Persian-Oil befinden —, um südöstlich von Basra in der Nähe von Abadan am Persischen Golf zu enden. Die Ausführung erfolgt im südlichen Trakte durch eine anglo-französische, im Norden durch eine deutsche Gruppe, an welch letzterer die Firmen Philipp Holzmann, Siemens Bauunion und Julius Berger beteiligt sind.

Auch die Luftfahrt hat sich in Persien überraschend und schnell entwickelt. Sie liegt vollkommen in den Händen der Junkersgesellschaft. Seit Februar 1927 sind bereits 4 regelmäßige Linien in Betrieb, nämlich: Teheran—Kaswin—Pechlewi, Teheran—Täbris, Teheran—Kamadan—Kirmanshah—Kasr—Shirin (Irakgrenze) und Teheran—Meshed (Grenze gegen Afghanistan). Auf diesen Linien wurden im ersten Jahre ihres Bestehens in 1050 Flügen über 200 000 km zurückgelegt, 2850 Personen, 757 kg Post und 27 600 kg Frachtgüter befördert. Daneben sind die Linien Teheran—Bushir und Kerman—Bender—Abbas im Stadium der Vorbereitung. Andernteils wurde bei Jahresbeginn die russische Baku-Linie mit der von Pechlewi vereinigt, so daß eine durchgehende Flugverbindung Berlin—Moskau—Teheran besteht. Damit ist Persien, das bisher nur schwer auf dem Umwege über See oder im mühseligen Karawanenverkehr zugänglich war, heute vom Herzen Europas aus in nur 3 Tagen zu erreichen, und wird sich künftig wahrscheinlich in gesteigertem Tempo dem abendländischen Wirtschaftsleben anpassen.

Daß König Amanullah beabsichtigt, auch seine Hauptstadt Kabul in Teheran an das internationale Luftnetz anzuschließen, und daß er diesbezüglich während seines Aufenthaltes in Deutschland bereits mit Professor Junkers unterhandelt

it, dürfte allgemein bekannt sein. Damit würde die Verkehrsaufschließung noch eitere 1500 km in den asiatischen Kontinent vorstoßen, und die Zeit immer äher rücken, wo ein kurzer Urlaub genügen wird, um exotische Länder und ölker kennenzulernen, welche für unsere Begriffe bisher in nebelhafter Ferne gen.

PAUL FREYE:

BRITISH-MALAYA

Verhältnismäßig spät sind die Länder Hinterindiens in den Bereich der Kolonitionspolitik europäischer Nationen einbezogen worden. Grund dazu war zunächst re geographische Lage, abseits von der durch die Meerenge von Malakka nach en Ländern des fernen Ostens, nach China und Japan führenden Schiffahrtsraße, und dann der Ruf kriegerischer Tüchtigkeit, den die hinterindischen ölker mit mehr oder weniger Berechtigung während des Zeitalters der Entckungen und auch noch später besaßen. Das betrifft vor allem das Königlich Siam im Herzen der Halbinsel sowie die unter französischer Herrschaft ehenden Länder Kambodscha, Cochinchina, Anam und Tongking im Südosten, sten und Nordosten. Das frühere Königreich Birma gehört heute politisch und irtschaftlich zu Britisch-Vorderindien.

Wie ein riesiger Arm erstreckt sich aus dem Rumpflande vom 14. nördl. Breitenade nach Süden zu bis zum Äquator die Malaiische Halbinsel und umfaßt im Vesten den Golf von Siam, der vom Südchinesischen Meer aus nach Norden weit s Land hineinragt.

Ausläufer des Himalaja, die nach Hinterindien und durch die gesamte Länge er Malaiischen Halbinsel verlaufen, geben den Ländern in vielen Teilen einen ebirgigen Charakter, der nur unterbrochen wird durch die Talebenen der Flüsse, e sich an den Unterläufen der Hauptströme, so am Irawadi und Salween in irma, am Menam-Chowphya in Siam und an dem aus Tibet herabfließenden ächtigen Mekong im südlichen Französisch-Indochina zu weiten, äußerst fruchtaren Schwemmlandgebieten bis zum Meere hin ausbreiten.

Die Länder Hinterindiens sind überhaupt von der Natur reich gesegnet. Dabei t kaum die Hälfte des bestellbaren Bodens unter Kultur, und weite Waldungen it starken Beständen an Hart- und Edelhölzern, darunter vor allem das so sehr ertvolle Teak, bedecken große Teile dieser trotz ihrer großen Fruchtbarkeit ennoch verhältnismäßig dünnbevölkerten Gebiete. Nicht mit Unrecht hat man e Malaiische Halbinsel als das Paradies Ostasiens bezeichnet.

Heute erstrecken sich in Französisch-Indochina, in Siam, in Birma und in ritisch-Malaya Eisenbahnen tief ins Land. Hinterindien erschließt seine schon lzulange von der Außenwelt abgetrennten reichen Gebiete, und zweifellos wird

es noch in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Ost- und Südasiens eine wichtige Rolle spielen.

Mit dem Namen British-Malaya bezeichnet man heute die gesamten unter britischer Herrschaft oder britischem Einfluß stehenden Gebiete im Süden und in der Mitte der Malaiischen Halbinsel. Die Straße von Malakka zwischen Sumatra und der Malaiischen Halbinsel bildet das für den Handel mit den fernöstlichen Ländern so außerordentlich wichtige Durchgangstor vom Indischen Ozean zum Südchinesischen Meer und weiterhin zum Stillen Ozean. Schon 1511 hatten die Portugiesen den Hafen von Malakka erobert und sich dort einen für ihren Handel sehr wichtigen Stützpunkt geschaffen. Mitte des 17. Jahrhunderts ging die Stadt an die Holländer über, die aber schließlich in den napoleonischen Kriegen ihre Rechte dort verloren.

Im Jahre 1819 erwirbt Großbritannien die an der äußersten Südspitze der Malaiischen Halbinsel gelegene Insel Singapore, den Schlüsselpunkt der Meeresstraße, vom Sultan von Johore. Damals unterstand die gesamte Malaiische Halbinsel, einschließlich der Kleinsultanate im südlichen Teile, noch der siamesischen Oberhoheit. 1824 erwarb England auch den Hafen von Malakka sowie die weiter nördlich in der Meeresstraße gelegene Insel Penang. Dieses gesamte Gebiet wurde dann als Kronkolonie Straits-Settlements zusammengefaßt. Mit der Zeit kamen dann die malaiischen Kleinsultanate Johore, Pahang, Negri-Sembilan, Selangor, Perlis und Perak als Federated Malay States mit der Hauptstadt Kuala-Lumpur unter britische Schutzherrschaft. Als schließlich England durch den Vertrag vom Jahre 1909 unter gewissen Vorbehalten und Sicherheitsklauseln seine exterritorialen Rechte im Königreiche Siam aufgab, da trat Siam auch die ihm bis dahin noch unterstehenden Kleinsultanate Kedah, Kelantan und Trengganu in der Malaiischen Halbinsel an England ab.

Heute umfaßt der gesamte, unter dem Namen British-Malaya zusammengeschlossene Besitz einen Flächenraum von 137 000 qkm mit 3¾ Millionen Einwohnern.

Die außerordentliche Fruchtbarkeit des Bodens und ganz besonders aber der Zinnreichtum des Landes haben schon früh die chinesische Auswanderung angezogen. Mehr als die Hälfte der Einwohner besteht daher aus Chinesen, die ganz besonders stark in den großen Hafenstädten Singapore (250 000 Einwohner) und Penang mit Georgetown (60 000 Einwohner) sowie in den Inlandsplätzen, darunter der Hauptstadt Kuala-Lumpur (90 000 Einwohner), in den Bergwerksdistrikten und auf den Plantagen vertreten sind.

Allein im Jahre 1923 wanderten 132 000 Chinesen im Gebiete von British-Malaya ein. Auch der Zuzug von Vorderindern, die sich besonders auf den Plantagen und im Handel betätigen, ist stark. Insgesamt zählt man heute 400 000 Inder. Gegenüber der starken Einwanderung betrug die Gesamtrückwanderung

vorigen Jahre nur rund 40000. Die malaiische Bevölkerung verliert dadurch mer mehr an Bedeutung.

In Handel und Wirtschaft des Landes ist der chinesische Einfluß überragend: n politischer Bedeutung ist es dabei, daß die Chinesen seit der Revolution in ina ganz besonders stark auf die Erhaltung ihrer Nationalität durch eigene hulen und andere rein chinesische Institute im Ausland bedacht sind. Sehr beutend ist auch die chinesische Einwanderung in den übrigen Ländern Südasiens, so vor allem in dem sehr fruchtbaren, aber verhältnismäßig volksarmen nigreich Siam (1 Million Chinesen und chinesische Mischlinge), in Französischlochina und in Niederländisch-Indien (2 Mill. Ch.). Hat sich erst aus dem genwärtigen Chaos ein starker, chinesischer Großstaat entwickelt, so wird sich ssen wirtschaftliches und politisches Interesse auch sicherlich auf das von der tur so gesegnete und an Bodenschätzen so reiche Hinterindien richten.

In der Landwirtschaft British-Malayas überragen die Gummi- und Kokosntagen alle anderen Zweige, wie z. B. Gewürze, Tabak u. a.

An der auf 620000 Tonnen geschätzten Gummiproduktion der Welt im Jahre 26 beteiligte sich British-Malaya mit 391000 Tonnen. Es produzierte also weit er die Hälfte der Gesamtmasse. Der Weltverbrauch an Gummi steigt gewaltig rch das rapide Anwachsen des Autoverkehrs. Die jetzigen Pflanzungen werden ld nicht mehr zur Deckung des Bedarfes genügen. Daher ist die Zahl der ntagen auch in British-Malaya ständig im Wachsen begriffen. Verglichen mit m Jahre 1924 stieg die Gummiproduktion von Britisch-Malaya im vorigen hre um nicht weniger als 130000 Tonnen. Solange es den Erfindern nicht gegt, ein dem Naturgummi an Qualität gleichstehendes Kunsterzeugnis herzustellen, rd die Gummiproduktion der Welt auch weiterhin wachsen.

Von der auf rund 120000 Tonnen geschätzten Weltproduktion an Zinn liefert e Malaiische Halbinsel fast die Hälfte. Dabei nimmt die Förderung von Zinn rt noch dauernd zu. Sehr viel verspricht man sich auch in dieser Beziehung n den siamesischen Gebieten der Halbinsel. Der Abbau geschieht sowohl in fenen Gruben als auch mit Hilfe von Stollen unter der Erde. Schon seit einigen hren vor dem Kriege wird zinnhaltige Erde auch durch Bagger gewonnen, so B. in der Bucht des siamesischen Hafens von Puket an der Straße von Sumatra. s den zinnhaltigen Gängen des Gesteins an den Berghängen gewinnen die Einborenen das Metall durch Wasserspülung und Hacke. Dabei muß das Wasser von weit her durch Rohrleitungen, die auf geschickt errichteten Bambusgerüsten hen, herangeführt werden. Der Zinnbergbau liegt zumeist in Händen von inesen sowie von europäischen Gesellschaften.

Einen wachsenden Wert für Malaya hat die Gewinnung von Bau- und Nutzlzern aus den großen Waldgebieten. Durch ein chemisch-maschinelles Verfahren rd neuerdings auch Baumöl aus ölhaltigen Hölzern gewonnen.

Der Gesamthandel von British-Malaya zeigt eine dauernde Zunahme. Das Land ist verhältnismäßig wohl die reichste und ergiebigste Kolonie des britischen Weltreiches. Im Jahre 1926 hatte die Ausfuhr einen Wert von 1 261 000 000 Straits-Dollar (1 Straits-$ = sh. 2/4 d) und die Einfuhr von 996 000 000 Straits-Dollar. Das ist ein gewaltiges Überwiegen der Exportziffer und zeigt die bedeutende Produktionskraft dieses kleinen Landes.

Das Budget des vorigen Jahres betrug an Einnahmen 102 000 000 Straits-Dollar und an Ausgaben 103 000 000 Straits-Dollar für die Federated Malay States. Der Staatsrat in der Hauptstadt Kuala-Lumpur bewilligte 2 Millionen Pfund Sterling Beitrag zum Ausbau Singapores als Großkriegshafen.

Das Land ist finanziell sehr stark. So konnte es 1909 an Siam eine Anleihe von 4 Millionen Pfund Sterling für den Bau der heute vollendeten Halbinselbahn bewilligen, wodurch die direkte Gleisverbindung zwischen Bangkok, Penang und Singapore hergestellt wurde. Im Weltkriege schenkte die Kolonie dem Mutterlande den Schlachtkreuzer „Malaya".

Neben Schanghai und Hongkong ist heute Singapore der bedeutendste Handelshafen im fernen Osten. Sehr wichtig für Singapore ist auch der Umschlagshandel, denn große Mengen der ein- und ausgehenden Waren von hinterindischen Gebieten, so vor allem von und nach Siam sowie Niederländisch-Indien, gehen über Singapore. Auf der Reede dieses Hafens könnten die gesamten Kriegsflotten der Welt Platz finden, so außerordentlich günstig und ausgedehnt sind die Ankerverhältnisse. Singapore ist der natürliche strategische Zentralpunkt der britischen Gebiete in Süd- und Ostasien bis hinüber nach Afrika und Australien. Die Arbeiten zum Ausbau Singapores als Hauptbasis für die britischen Flotten- und Luftstreitkräfte im Indischen und Pazifischen Ozean sind jetzt im vollen Gange.

Vor dem Kriege war Deutschland durch eine Reihe teils sehr bedeutender Firmen am Ein- und Ausfuhrhandel sowie auch an der Bodenwirtschaft in British-Malaya stark beteiligt. Seit 1924 sind Deutsche dort wieder zugelassen, und unser Anteil am Handel und an der Schiffahrt ist wieder im Steigen begriffen.

WALTER KNOCHE:

DAS NUMERISCHE VERHÄLTNIS DER GESCHLECHTER IN CHILE II

In Chile herrscht nach dem letzten Zensus im Jahre 1920 fast Gleichheit der Zahl der Männer und Frauen; auf 101,2 Frauen kommen 100 Männer, d. i. der mittlere Frauenüberschuß vieler Länder. Praktisch besteht diese Gleichheit aber nur in einigen Landesteilen, beispielsweise in den Provinzen Colchagua, Arauco und Bio-Bio. In dem Territorium Magellanes ebenso wie in den Pr

inzen Tacna und Antofagasta ist hingegen ein starkes Mißverhältnis zugunsten es Mannes vorhanden. Hier finden sich 66 resp. 71 und 73 Frauen auf 100 Männer, mgekehrt zu den Provinzen Coquimbo, Santiago und Maule mit im Mittel 116, 13 und 108 weiblichen Personen auf 100 männliche.

Diese Unterschiede bestehen noch betonter in den Kommunen. So gibt es in Cobija kaum 57, in Chincolco 42, in Machali 57, in Punta Arenas (Land) 46, n Porvenir 29, in Minas (Magellanes) 28, in Navarino (Magellanes) 34 Frauen uf 100 Männer. Das entgegengesetzte Verhältnis ist in Achao mit 125, in Chillan 28, Curepto 125, Curico 137, Vichuquen 128, San Lazaro (Santiago) 141, Universidad (Santiago) 131, Maestranza (Santiago) 127, Portales (Santiago) 129, Ovalle 35, La Pampa 127, La Serena 159 Personen weiblichen Geschlechtes festzustellen. Entnehmen wir diesen statistischen Angaben die Extremwerte, so ergibt sich, daß, während in Minas 72 Frauen fehlen, in La Serena 59 überschüssig sind.

Die Tabelle gibt für die einzelnen Kommunen der Republik Chile die Anzahl der Männer, der Frauen und das Verhältnis Frau : Mann in Prozenten. Besser llustriert werden diese Angaben auf der beigegebenen Karte, für welche folgende Farbenskala gilt:

	Kommunen	Männer	Frauen	%		Kommunen	Männer	Frauen	%
1	Tacna	11 663	7 398	63,4	24	El Tránsito	1 403	1 490	106,2
2	Arica	8 838	6 510	73,7	25	La Serena	5 888	9 352	158,8
3	Pisagua (U)*)	1 214	935	77,0	26	La Higuera	2 058	1 899	92,3
	Pisagua (R)	11 565	7 469	64,6	27	La Compañía	2 994	2 966	99,1
4	Iquique (U)	19 239	18 573	96,5	28	Algarrobito	1 237	1,096	88,6
	Iquique (R)	24 920	16 638	67,7	29	La Pampa	1 715	2 184	127,3
5	Tocopilla	9 692	6 525	67,3	30	Coquimbo	8 476	9 556	112,7
6	Cobija	4 881	2 767	56,7	31	Andacollo	2 079	2 164	104,1
7	Antofagasta (U)	26 607	24 924	93,7	33	Vicuña	4 244	4 601	108,4
	Antofagasta (R)	32 302	20 083	62,4	34	Paihuano	3 236	2 946	91,0
8	Calama	10 334	6 857	66,4	35	Ovalle	3 964	5 355	135,1
9	Taltal	4 340	4 412	101,7	36	Sotaquí	2 707	3 167	117,0
10	Santa Luisa	9 830	6 227	63,3	37	Monte Patria	2 712	2 815	103,8
11	Aguada	1 605	1 044	65,0	38	Rapel	3 596	4 086	113,6
12	Chañaral	2 888	2 261	78,3	39	Samo Alto	2 661	2 775	104,3
13	Copiapó	5 888	6 684	113,5	40	Tongoy	3 010	3 163	105,1
14	Caldera	1 277	1 304	102,1	41	Punitaqui	5 491	6 377	116,1
15	Tierra Amarilla	1 237	1 119	90,5	42	Combarbalá	4 278	5 097	119,1
16	San Antonio	802	804	100,2	43	Chañaral Alto	2 689	2 968	110,4
17	Chañarcillo	385	272	70,6	44	Illapel	3 124	3 708	118,7
18	Puquios	571	346	60,6	45	Cuz-Cuz	657	674	102,6
19	Freirina	1 608	1 659	103,2	46	Salamanca	4 132	4 687	113,4
20	Huasco	1 215	1 361	112,0	47	Canela	3 485	4 287	123,0
21	Carrizal Alto	307	330	107,5	48	Petorca	2 026	1 259	111,5
22	Vallenar	4 989	5 776	115,8	49	Chincolco	1 424	595	41,8
23	San Félix	1 157	1 280	110,6	50	Longotoma	2 088	1 978	94,7

*) (U) = Stadt, (R) = Land. Für die Kommunen 78 (Puchucavi), 96 (Lo Espejo), 115 (La Cisterna), 127 (Santo Domingo), 136 (Codegua), 169 (Tinguiririca), 170 (Poblacion), 201 (Tonlemu), 202 (Toconey), 288 (Cholchol) waren Zensus-Werte nicht vorhanden; sie wurden in der Farbe (Schraffur) den benachbarten Gemeinden angeglichen.

Kommunen	Männer	Frauen	%
51 Quilimarí	771	858	111,3
52 Los Vilos	3 223	3 247	100,7
53 Tunga	2 155	1 747	81,1
54 El Tambo	1 923	1 861	96,8
55 La Ligua	3 365	4 053	120,4
56 Zapallar	1 392	1 333	95,8
57 Cabildo	3 588	3 545	98,8
58 Putaendo	2 328	2 742	117,8
59 Lo Herrera	2 266	2 347	103,6
60 Catemu	3 118	5 886	92,6
61 San Felipe	6 131	7 395	120,6
62 Santa María	3 023	3 338	110,4
63 Las Juntas	3 980	3 907	98,2
64 Los Andes	4 736	5 750	121,4
65 Curimón	2 144	2 180	101,7
66 Panquehue	1 897	1 446	77,0
67 Rinconada	2 130	1 959	92,0
68 Calle Larga	3 384	3 414	100,9
69 Quillota	8 564	9 912	115,7
70 La Cruz	2 193	2 345	106,9
71 La Calera	3 302	3 254	98,5
72 Llay-Llay	4 007	3 644	90,9
73 Ocoa	1 655	1 347	81,4
74 Las Hijuelas	1 353	1 459	107,8
75 Los Nogales	2 559	2 425	94,8
76 El Melon	1 212	1 106	91,3
77 Quinteros	3 585	3 334	93,0
79 Limache	3 040	3 280	107,9
80 San Francisco	2 540	2 509	98,8
81 Olmué	1 713	1 617	94,4
82 Concón	1 031	860	83,4
83 Quilpué	2 671	2 958	110,7
84 Villa Alemana	1 742	2 002	114,9
85 Valparaiso			
Las Zorras	13 470	14 122	104,8
Cordillera	25 828	24 094	93,3
San Agustín	21 948	25 276	115,2
Las Delicias	13 698	16 264	118,7
Barón	14 226	14 986	105,3
86 Viña del Mar	19 225	21 514	111,9
Juan Fernández	122	97	79,5
Pascua (Isla)	143	156	109,1
87 Casablanca	2 547	2 220	87,2
88 Lagunillas	3 242	2 848	87,8
89 Marga-Marga	678	475	70,1
90 Santiago			
Santa Lucia	8 314	10 920	131,3
Santa Ana	14 698	22 614	153,9
Portales	21 377	27 636	129,3
Estación	16 505	18 624	112,8
Cañadilla	16 788	19 238	114,6
Recoleta	21 332	25 952	121,7
Maestranza	34 466	43 704	126,8
Universidad	12 932	16 929	130,9
San Lázaro	15 913	22 416	140,9
Parque Cousiño	29 558	32 459	109,8
91 Las Condes	2 885	2 343	81,2
92 Providencia	11 831	12 548	106,1
93 Nuñoa	7 900	8 509	107,7
94 San Miguel	5 683	5 871	103,3
95 Maipú	6 181	5 782	93,5
97 Quinta Normal	2 043	2 196	107,5
98 Barrancas	2 642	2 248	85,1
99 Yungay	7 218	7 892	109,3
100 Renca	3 880	3 881	100,0
101 Quilicura	2 880	2 683	93,2
102 Lampa	998	885	88,7
103 Colina	4 840	3 480	71,9
104 Tiltil	2 009	1 815	90,3
105 San Bernardo	9 599	8 880	92,5
106 Santa Cruz	1 774	1 349	76,0
107 Peñaflor	2 908	2 653	91,2
108 Talagante	2 863	2 930	102,3
109 Isla de Maipo	1 198	1 332	111,2
110 Calera de Tango	3 671	2 825	77,0
111 Puente Alto	2 344	2 231	95,2
112 San José de Maipo	3 032	2 239	73,8
113 La Florida	1 491	1 240	83,2
114 La Granja	3 681	3 409	92,6
116 Melipilla	6 129	6 441	105,1
117 El Monte	4 029	3 677	91,3
118 María Pinto	2 704	2 207	81,6
119 Curacaví	3 789	3 410	90,0
120 Chocalán	4 801	4 289	89,3
121 Alhué	1 906	1 911	100,3
122 San Antonio	5 333	4 712	88,4
123 Cartagena	2 234	2 257	101,0
124 Loica	5 282	5 100	96,6
126 Buin	1 659	1 779	107,2
127 Linderos	1 344	1 318	98,1
128 Maipo	2 285	2 140	93,7
129 Valdivia de P.	680	665	97,8
130 Hospital	3 162	2 607	82,4
131 Paine	4 695	3 854	82,1
132 Pirque	2 498	2 150	86,1
133 Santa Rita	1 432	1 218	85,1
134 Rancagua	11 826	12 679	107,2
135 Machalí	10 628	6 083	57,2
137 Mostazal	3 311	2 934	88,6
138 Graneros	5 135	4 829	94,0
139 Doñihue	2 463	2 724	110,6
140 Peumo	1 295	1 474	113,8
141 La Rosa	2 133	1 905	89,3
142 Llallauquén	3 765	3 771	100,2
143 Coitauco	4 051	4 099	101,2
144 Rengo	4 768	5 022	105,3
145 Chanqueahue	1 625	1 606	98,8
146 Pichiguao	2 954	2 668	90,3
147 Requinoa	4 553	3 977	87,3
148 Olivar	1 732	1 525	88,0
149 Coinco	1 716	1 858	108,3
150 Tilcoco	2 601	2 503	96,2
151 Malloa	4 200	4 346	103,5
152 San Vicente	6 678	6 973	104,4
153 Zúñiga	1 711	1 872	109,4
154 Pichidegua	3 952	3 837	97,1

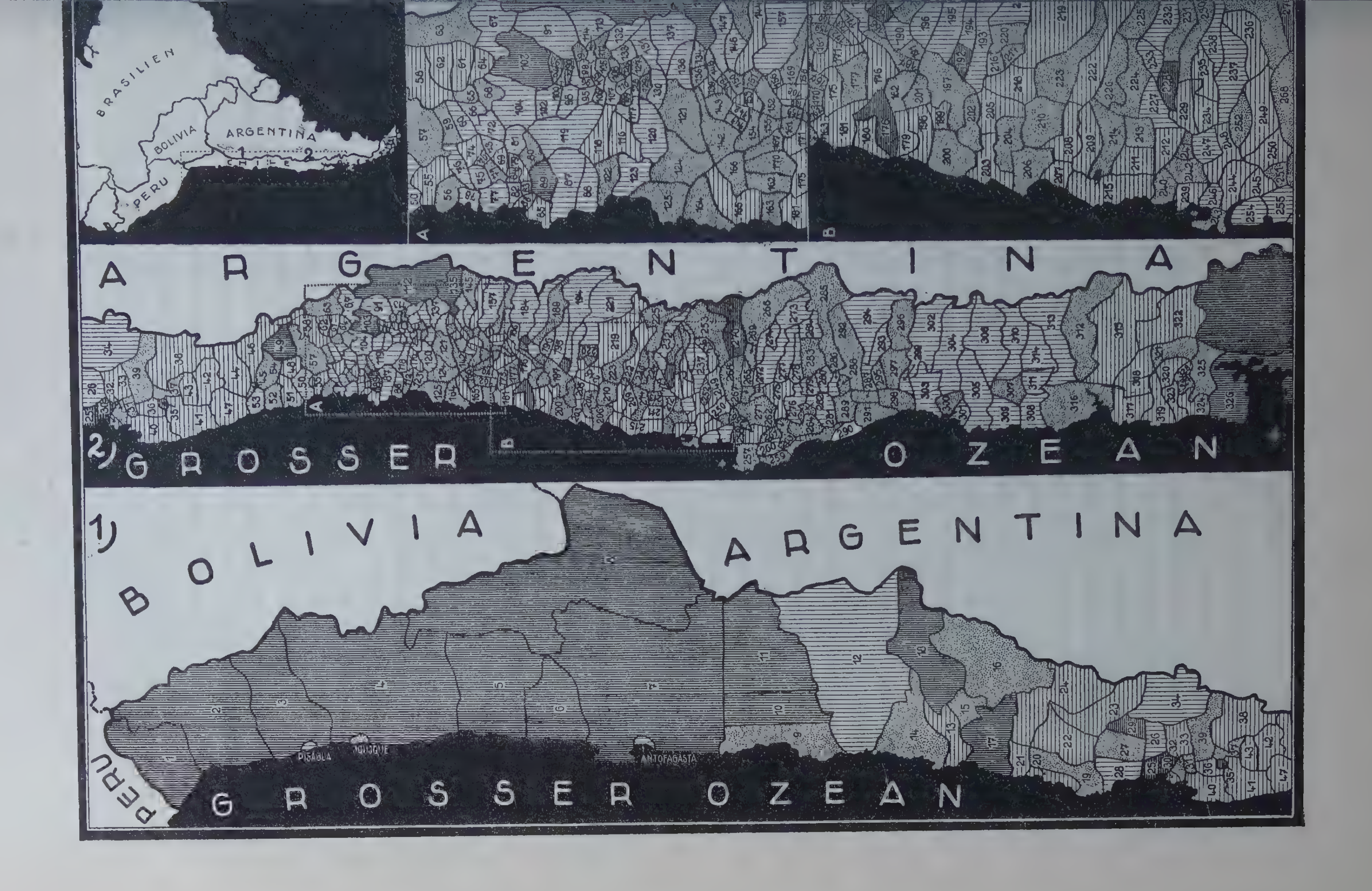
	Kommunen	Männer	Frauen	%		Kommunen	Männer	Frauen	%
55	Huique	1 498	1 449	96,7	217	Villa Alegre	5 497	5 526	100,5
56	San Fernando	5 342	6 143	115,0	218	Huerta de Maule	3 878	4 110	106,0
57	Roma	3 979	3 766	94,6	219	Linares	19 902	21 361	107,3
58	Chimbarongo	7 392	6 970	94,3	220	Yerbas Buenas	3 146	3 097	98,4
59	Nancagua	2 702	2 746	101,6	221	Panimávida	4 385	3 915	89,3
60	Cunaco	2 448	2 153	87,9	222	Parral	9,915	10 787	108,8
61	Palmilla	3 329	3 464	104,1	223	Rinconada	7 457	7 221	96,8
62	Peña Blanca	2 321	2 343	100,9	224	San Carlos	9 465	10 444	110,3
63	Pichilemu	3 744	3 680	98,3	225	San Fabián	3 174	3 152	99,3
64	Matanzas	5 084	5 277	105,8	226	San Gregorio	6 485	6 358	98,0
65	Rosario	1 226	1 412	115,2	227	San Nicolás	4 099	3 850	93,9
66	Estrella	1 950	1 952	100,1	228	Chillán	16 948	21 740	128,3
67	Calleuque	2 884	2 781	96,4	229	Chillán Viejo	4 800	5 499	114,6
68	Placilla	2 717	2 913	107,2	230	Pinto	3 819	3 837	100,5
71	Santa Cruz	2 752	3 006	109,2	231	Coihueco	5 057	5 210	103,0
72	Quinahue	624	595	95,3	232	Niblinto	2 921	2 738	93,7
73	Chépica	3 041	3 237	106,4	233	Cato	1 139	904	79,4
74	Auquinco	1 386	1 500	108,2	234	Bulnes	5 858	6 478	110,6
75	Lolol	3 367	3 623	107,6	235	San Ignacio	4 873	5 295	108,7
76	Ranguil	1 037	1 104	106,5	236	Yungay	4 077	4 439	108,9
77	Pumanque	1 568	1 618	103,2	237	Pemuco	4 246	3 857	90,8
78	Vichuquén	2 070	2 652	128,1	238	El Carmen	5 074	4 589	90,4
79	Licantén	1 626	1 759	114,7	239	Tomé	4 328	4 777	110,4
80	Llico	1 955	2 243	114,7	240	Coelemu	4 016	4 136	103,0
81	Paredones	2 352	2 685	114,2	241	Ranquil	2 435	2 452	100,7
82	La Huerta	2 040	1 978	97,0	242	Rafael	2 122	2 145	101,1
83	Curicó	6 703	9 176	136,9	243	Talcahuano	14 858	15 240	102,6
84	Villa Alegre	3 848	3 557	92,4	244	Concepción	29 896	37 168	124,3
85	Upeo	3 430	2 942	85,8	245	Gualqui	2 703	2 882	106,6
86	Teno	7 673	6 999	91,2	246	Penco	5 213	4 800	92,1
87	Rauco	3 238	3 299	101,9	247	Florida	4 224	3 931	93,1
88	Tutuquén	3 652	3 813	104,4	248	Quillón	4 293	4 622	107,7
89	Molina	8 357	7 970	95,4	249	Yumbel	5 823	6 121	105,1
90	Valdivia	3 435	3 061	89,1	250	San Luis Gonzaga	4 604	4 880	106,0
91	Villa Prat	1 550	1 555	100,3	251	Talcamávida	2 673	2 635	98,6
92	Talca	16 713	21 464	128,4	252	Las Perlas	4 260	4 181	98,1
93	Duao	4 910	4 583	93,3	253	Tucapel	3 566	3 615	101,4
94	San Clemente	8 463	7 797	92,1	254	Coronel	10 555	9 407	89,1
95	Pelarco	4 437	2 393	90,0	255	Lota	9 650	8 331	86,3
96	Río Claro	3 190	2 744	86,0	256	Santa Juana	5 005	5 123	102,4
97	Pencahue	3 808	3 880	101,9	257	Arauco	4 177	4 330	103,7
98	Curepto	3 163	3 948	124,8	258	Carampangue	4 233	4 685	110,7
99	Gualleco	3 050	3 588	117,6	259	Lebu	4 748	4 756	100,2
00	Putú	4 116	4 182	101,6	260	Los Alamos	2 191	1 990	90,8
03	Constitución	5 617	6 967	124,0	261	Curanilahue	6 611	6 430	97,3
04	Empedrado	3 054	3 030	99,2	262	Cañete	3 019	3 038	100,6
05	Nirivilo	2 191	2 325	106,1	263	Contulmo	1 315	1 285	97,7
06	Chanco	7 254	7 016	96,7	264	Quidico	3 731	3 694	99,0
07	Curanipe	1 760	1 902	108,1	265	Los Angeles	12 502	13 803	110,4
08	Cauquenes	8 123	9 745	120,0	266	Santa Bárbara	7 014	6 761	96,4
09	Coronel de Maule	3 097	3 278	105,8	267	Santa Fe	2 641	2 642	100,0
10	Sauzal	3 708	3 826	103,2	268	Rinconada	3 677	3 852	104,8
11	Quirihue	4 944	5 380	108,8	269	Quilleco	5 176	4 982	96,3
12	Portezuelo	4 962	5 242	105,6	270	Antuco	936	1 201	128,3
13	Ninhue	3 466	3 535	102,0	271	Nacimiento	8 069	8 102	100,4
14	Pocillas	2 255	2 265	100,4	272	Negrete	1 448	1 216	84,0
15	Cobquecura	3 964	4 325	109,1	273	Mulchén	8 774	8 187	93,3
16	San Javier	4 130	4 957	120,0	274	Quilaco	3 178	2 811	88,5

	Kommunen	Männer	Frauen	%
275	Angol	9 506	10 099	106,2
276	Los Sauces	7 138	6 230	87,3
277	Collipulli	6 433	6 051	94,1
278	Ercilla	4 337	4 024	92,8
279	Traiguén	7 081	6 406	90,5
280	Perquenco	3 696	3 156	85,4
281	Lumaco	6 488	5 816	89,6
282	Purén	2 401	2 490	103,7
283	Victoria	10 374	10 097	97,3
284	Curacautín	5 195	4 411	84,9
285	Lautaro	14 338	13 896	96,9
286	Galvarino	3 621	3 106	85,8
287	Nueva Imperial	15 115	15 407	101,9
289	Carahue	3 444	3 435	99,7
290	Imperial	2 953	2 696	91,3
291	Bajo Imperial	8 498	8 729	102,7
292	Temuco	34 012	35 049	103,0
293	Freire	10 910	9 786	89,7
294	Cunco	4 436	4 197	94,6
295	Lisperguer	5 676	5 608	98,8
296	Villarrica	4 600	4 696	102,1
297	Gorbea	7 227	7 158	99,0
298	Toltén	1 653	1 731	104,7
299	Loncoche	9 677	8 592	88,8
300	Valdivia	16 731	16 199	96,8
301	Corral	1 835	1 726	94,1
302	Lanco	5 116	4 784	93.5
303	San José de Mar	10 395	8 703	83,7
304	Calle Calle	5 655	4 550	80,5
305	La Unión	12 994	11 883	91,4
306	Río Bueno	9 314	8 638	92,7
307	Osorno	12 003	11 679	97,3
308	Riachuelo	2 899	2 341	80.8
309	Rahue	6 846	6 020	87,9
310	San Pablo	4 436	3 820	86,1
311	Río Negro	6 657	5 696	85,6
312	Puerto Mont	11 881	11 945	100,5
313	Puerto Varas	7 200	6 360	88,3
314	Octay	3 156	2 679	84,9
315	Calbuco	6 780	8 006	118,1
315a	Abtao	1 229	1 260	102,5
316	Maullín	7 305	7 008	95,9
317	Ancud	4 225	4 743	112,3
318	Quemchi	3 636	4 193	115,3
319	Dalcahue	5 183	6 203	119,7
320	Achao	2 293	2 856	124,6
321	Curaco de Véliz	2 374	2 620	110,4
322	Quenac	3 949	4 440	112,4
323	Castro	8 674	9 473	109,2
324	Chonchi	6 051	6 384	105,5
325	Queilén	7 098	6 859	96,6
326	Quellón	4 487	3 343	72,3
327	Puqueldón	3 914	4 058	103,7
328	Chelín	1 556	1 836	118,0
329	Pta. Arenas (U)	11 213	9 213	82,2
	Pta. Arenas (R)	882	404	45,8
330	Porvenir	2 036	599	29,4
331	Las Minas	1 351	374	27,7
332	Ultima Esperanza	1 879	870	46,3
333	Navarino	104	35	33,7

Stufe I < 55 %, Stufe II 55,1—75, Stufe III 75,1—95, Stufe IV 95,1—105, Stufe V 105,1—125, Stufe VI 125,1—145, Stufe VII 145,1 und mehr %.

Zu bemerken ist, daß bei der kartographischen Darstellung wegen Kleinheit der Kommunen in Santiago und Valparaiso Zusammenfassungen stattfinden mußten. Es wäre wertvoll gewesen, hätte man neben der Kolorierung durch unterlegte Schraffierung die Dichtigkeit der Bevölkerung andeuten können. Leider aber sind Dichtigkeitswerte für diese politischen Einheiten nicht vorhanden. Es ist wohl selbstverständlich, daß für den Wert der Proportion Frau zu Mann die Bevölkerungsdichte eine Rolle spielt. Man wird behaupten können, daß die Bedeutung eines Mißverhältnisses mit steigender Bevölkerung auf die Flächeneinheit wachsen wird. Für Chile gilt im allgemeinen, daß Frauenmangel in sehr ausgesprochenem Sinne in den dünner bevölkerten Gebieten des Nordens und in Patagonien besteht und ein allerdings etwas weniger markanter Überschuß in den dichtbesiedelten Städten.

Leicht verständlich ist es, daß in dem überaus minenreichen Nordchile, wo Ackerbau fast völlig fehlt, in bezug auf das weibliche Geschlecht eine Minuszahl auftritt. In Betracht zu ziehen ist hierbei noch die Fluktuation der Arbeitermassen, die von einem bis zum andern Ende der Republik, bei Hochkonjunktur


BRASILIEN
BOLIVIA
ARGENTINA
PERU
CHILE
A
B
ARGENTINA
2) GROSSER OZEAN
1) BOLIVIA
ARGENTINA
PERU
PISAGUA
IQUIQUE
ANTOFAGASTA
GROSSER OZEAN

in den Betrieben, herbeieilen, um Arbeit zu suchen, um in Zeiten der Krisis den Norden wieder zu verlassen. So betrug das Verhältnis Frau : Mann nach der Volkszählung von 1907 in Tarapacá, Antofagasta und Atacama 69,5, 57,7 und 94,0 % und im Jahre 1920 76,6, 73,2 und 104,0 %. In dieser Verschiebung prägt sich der ungünstige Einfluß der Zeit nach dem Weltkriege aus, der die Minenarbeit stark einschränkte und den Abzug vorzüglich der Unverheirateten nach sich zog. Den Ausgleich hierfür finden wir in den landwirtschaftlichen Bezirken Mittelchiles, wo im Jahre 1920 im Verhältnis zu 1907 der Frauenüberschuß durch diese Rückwanderung etwas absank. Auf einer politischen Grundlage beruht das schwankende Verhältnis der Geschlechter in der Grenzprovinz Tacna und Arica, deren Besitz Chile von Peru (Vertrag von Ancon) bestritten wird. So sinkt von 1907 der Frauenanteil von 91,1 auf 71,0 % im Jahre 1920; bedingt ist diese Tatsache durch eine Verstärkung des Heeres und eine kräftig einsetzende chilenische Kolonisation.

Auch im Norden finden sich selbstverständlich einige Ausnahmen, da in den Städten, die für das weibliche Element immer eine besondere Anziehung besitzen, ein günstigeres numerisches Verhältnis zwischen den beiden Geschlechtern besteht, beispielsweise in Prisagua, Iquique, Antofagasta und Taltal.

In einigen Gemeinden des „Kleinen Nordens“ *), da wo bei vorhandenem Fruchtboden eine intensive Landwirtschaft möglich ist, überwiegt bis zu einem gewissen Grade das weibliche Geschlecht, während in der benachbarten Kordillerenzone auch hier der Mann stärker vertreten ist. Die sehr fruchtbaren Gebiete sind räumlich zu beschränkt, um Vermögen zu schaffen und so den Mann anzuziehen. Die nahen Hochgebirgsregionen des Kleinen Nordens sind zwar arm und von der Regierung wenig begünstigt, überdies von Ausländern wenig besucht; sie sind aber als Minengebiete bekannt und üben auf den Mann, der hier, sei er Arbeiter oder Angestellter, Verdienstmöglichkeiten findet, einen Anreiz aus. Minenzonen sind ja in der ganzen Welt wirkliche Konzentrationspunkte des männlichen Jungvolkes; sie sind dadurch geradezu gekennzeichnet. Im Gegensatz hierzu stehen benachbarte Städte, beispielsweise La Serena. La Serena ist „die“ Stadt der chilenischen Frau, in ihr erreicht das weibliche Geschlecht mit fast 160 % den Höchstwert.

In Mittelchile ist die Bevölkerung im allgemeinen hinsichtlich des Verhältnisses der Geschlechter gut verteilt, mit geringen Abweichungen zugunsten des flachen Landes resp. der Städte. Bei alledem kommen einige Ausnahmen vor, wie die fast ausschließlich den Fischfang betreibende Bevölkerung der Insel Juan Fernandez (Robinson-Insel) und der armen und verlassenen Gemeinden von Marga-

*) Der „Kleine Norden“, Norte chico, ist eine Benennung, die von den Handelsreisenden eingeführt wurde; in glücklicher Weise wird hiermit die Querriegelzone zwischen der Salpeterwüste (dem „Großen Norden“) und Mittelchile, oder zwischen den Provinzen Atacama und Aconcagua gekennzeichnet.

Marga, Colina, Santa Cruz und Machalí; hier ist allenthalben großer Frauenmangel vorhanden.

Die Hauptstadt Santiago und vorzüglich seine zentral gelegenen Kommunen sind Sammelpunkte der weiblichen Jugend. Die Frauen der Provinz, die jungen Landmädchen werden von der Metropole angezogen; sie glauben hier als Angestellte oder Dienstmädchen leichten Verdienst zu finden; aus dieser Kategorie geht ein großer Anteil in die Fabriken und Arbeitsstuben, später leider in die Prostitution über. In den Kommunen der Innenviertel, welche gleichzeitig die wohlhabendsten sind (Santa Ana und Santa Lazaro), findet sich die Proportion 140 Frauen auf 100 Männer. In den schon etwas weniger zentralen Stadtteilen Santa Luisa, Universidad, Portales, Maestranza, Recoleta wurden 128 Frauen gezählt. In den Außengemeinden Cañadilla, Estacion, Parque Cousiño ist der Anteil des weiblichen Geschlechtes nur noch 112,4%. — Diese Zahlen beweisen, daß der Überschuß an Frauen in der Hauptstadt vor allem eine Folge der sehr großen Anzahl an weiblichen Dienstboten ist. Andererseits zeigt sich, daß die chilenische Landwirtschaft, die noch bei weitem nicht die ihr zukommende Bedeutung in diesem Lande genießt, der Arme des Mannes bedarf, der sich in Chile durch einen konservativeren und stetigeren Charakter auszeichnet. — Da, wo auf dem Lande Kleinbesitz vorherrscht, besteht Gleichheit zwischen beiden Geschlechtern.

In Südchile überwiegt um ein geringes der Mann. Dieser Umstand erklärt sich daraus, daß es sich um ein Kolonisationsgebiet der jüngsten Vergangenheit handelt. Chilöe hingegen bietet der Frau günstige Lebensbedingungen, die hier, abgesehen von der ruhigen, landwirtschaftlichen Arbeit auf kleinem Besitz, ihr Leben durch „Mariskaren" gewinnt, d. h. jene primitive Art des Einsammelns von Muscheln, Seeschnecken, Seeigeln, eßbaren Tangen im Ebbeniveau, eine Arbeit, die auch bei den Naturvölkern von der Frau ausgeübt wird. Da aber Chilöe in der Kulturmethode zurückgeblieben und überhaupt eine arme Insel ist, wandert der männliche Teil der Bevölkerung aus, oft allerdings nur zeitweilig, so nach dem Norden als Landarbeiter zur Erntezeit oder nach Patagonien (Territorium Magellanes) zur Schafschur. Auch Chilöe und Patagonien sind demnach Gebiete einer stark fluktuierenden Bevölkerung in bezug auf das eine Geschlecht: die Volkszählung von 1907 ergibt 119,5 resp. 54,9% Frauen gegenüber 106,5 und 65,8% im Jahre 1920.

Eine eingehende Durchsicht der Tafel und der Karte lassen erkennen, daß bis zu einem gewissen Grade eine Möglichkeit besteht, sehr große numerische Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern künstlich auszugleichen, besonders wenn man in Betracht zieht, daß für das ganze Land numerisches Gleichgewicht vorhanden ist. Es könnte von einer Regierung wohl veranlaßt werden, daß das weibliche Geschlecht vorzugsweise in die Minen- und Kolonisationsgebiete (Pata-

gonien) abwandert. Eine weitere Forderung wäre es, die Lebensbedingungen der weiblichen Jugend auf dem Lande zu verbessern, um sie der Großstadt fernzuhalten. Auch die Verlegung oder Begründung neuer Industrien und anderer Betätigungen in kleinere Ortschaften — eine Bewegung, die bereits begonnen hat — würde gleichfalls auf einen wünschenswerten Ausgleich hinwirken. Die Behörden Chiles haben zweifellos Veranlassung, eine Lösung des Problems der bestehenden Ungleichheit in ausgedehnten Gebieten zu erstreben, da dieser Faktor für die soziale Hygiene der Republik im weitesten Sinne von außerordentlicher Bedeutung ist. Die öffentliche und geheime Prostitution beispielsweise hat ein besonders günstiges Feld sowohl in den Gebieten mit Mangel wie mit Überschuß an Frauen.

Zusammenfassend ist leicht zu erkennen, daß in Chile natur- und kulturbedingte Ursachen für das oft vorhandene unausgeglichene Verhältnis der Geschlechter zueinander bestehen. Im Westen und Süden durch das Meer, im Osten durch den Wall der Kordillere und im Norden durch ein politisch ihm feindliches Land begrenzt, bschränkt sich die ungleiche Spaltung der Geschlechter im großen und ganzen nur auf das eigene Land. Die absolut sterile Wüste des Nordens, die unwirtliche Kordillere, der äußerste rauhe Süden der Republik, an sich spärlich bevölkert, schließen die Frau naturbedingt aus. Daß in der Wüste und im Hochgebirge sich überdies kostbare Salz- und Erzlager finden, hat zum Ergebnis, daß hier Stätten einer materiellen Kultur entstehen, wo die Männerfaust regiert, die ihrer auch in der patagonischen Steppe mit einer extensiven Viehzucht bedarf. Erst allmählich, wenn die Zivilisation einen gewissen Grad erreicht hat, strömt das weibliche Element in beschränktem Maße nach, um sich in den Zentren des Handels und der Verschiffung, d. i. in den Hafenstädten, anzusiedeln. Auf jeden Fall bedingt ja allein der Überschuß an Männern in den erwähnten Gebieten einen Überschuß an Frauen im Kleinen Norden und mit Ausnahme der Kordillere den zentralen Teil Chiles, gleichzeitig den Gebieten der ältesten Kolonisation. Psychologisch, oder wenn man will kulturgeographisch, verursacht ist der Frauenüberschuß der Großstädte, der in einer weiteren ländlichen Umgebung Santiagos — durch Anpassung — zu einem Überwiegen der männlichen Bevölkerung Veranlassung gibt.

Da aber Chile zu den Ländern spanisch-katholischer Kolonisation gehört, kam ein Fehlen von Frauen auf rassialer Basis nicht in Frage; eine Gesamtgleichheit der Geschlechter, auf das ganze Land bezogen, war hierdurch bedingt.

Oskar Meister:

DIE AUSWANDERUNG GERICHTLICH VERURTEILTER IM LICHTE DER GEOPOLITIK II

II.

Es gibt also ungeheure Gebiete, die von Räubern und Flüchtlingen besetzt wurden oder deren Kultivation auf kriminelle Zwangsansiedler zurückgeht. 1698 hat der Franzose Vauban die Kolonien geradezu in Ansiedlungen von Abenteurern und Schiffbrüchigen, in Ansiedlungen von Flüchtlingen und Verbannten und in freie Siedlungen eingeteilt, und noch zwei Jahrhunderte später unterschied sein Landsmann Fabre Ackerbau-, Handels- und Verbrecherkolonien.

Ob nun die Staaten aus kolonial- oder kriminalpolitischen Ursachen die Deportation einführten, sie haben damit nicht die erstrebten Erfolge erzielt. In dem Augenblick, wo die Kolonie eine gewisse Kultur erreicht, wo sich die freien Ansiedler durchsetzen, überwiegen die Schattenseiten dieses Systems, sieht man, daß sich mit Asozialen, die nun einmal unter den Verschickten überwiegen, kein soziales Gemeinwesen schaffen läßt; ebensowenig vermindert die Furcht vor der Deportation und die Zwangsverbannung selbst die Kriminalität des Mutterlandes, ebensowenig verbilligt die Deportation die Strafkosten, sobald sie den Ansprüchen eines gerechten, menschlichen Strafvollzuges genügen muß.

Dem Kriminalisten mag es genügen, die Deportation in ihrer Eigenschaft als Haupt- oder Nebenstrafe zu betrachten, die Einschließung in kolonialen Zuchthäusern gegen die freie landwirtschaftliche Tätigkeit des Verurteilten abzuwägen. Der Geopolitiker steckt sich ein weiteres Ziel. Zunächst denkt er daran, daß die Deportation auch die Anwesenheit zahlreicher europäischer Beamter und Aufseher erfordert; diese sind zum Teil selbst kolonisatorisch tätig, wie dies in Sibirien zutrifft, zum Teil entfalten sie keine kräftigere Wirksamkeit dieser Art, wie dies in französischen Strafkolonien beobachtet wurde, zum Teil haben sie manchmal sogar mit den Häftlingen gemeinsame Sache gemacht, ließen sich von diesen demoralisieren und hemmten dann die Entwicklung des Landes, wie dies zeit- und strichweise in Australien geschah. Wir denken weiters an die Kriminellen, die freiwillig einwanderten und einwandern, und fragen uns, welchen Anteil diese an der Kolonisation nahmen und nehmen, wie sie sich mit den Eingeborenen und mit den unbescholtenen Kolonisten vertragen. Der Einfluß der eigentlichen Deportierten ist verschieden, je nachdem sie hinter Gefängnismauern wohnen oder mit den übrigen Einwohnern zusammenkommen, je nachdem sie vorübergehend oder auf Lebensdauer verschickt werden, je nachdem sich die Kolonie noch im Urzustand befindet oder bereits eine starke weiße Bevölkerung aufweist. Jedenfalls haben die Kriminellen Land gerodet, Naturschätze, z. B. Metalle, aufgeschlossen

und ausgebeutet, teils auf eigene Rechnung, teils im Auftrage der Regierung (Rußland) Straßen gebaut, die Gewerbstätigkeit belebt, sogar Städte gegründet. Unzweifelhaft bereiteten sie aber der alten wie der neuen Heimat schwere Ungelegenheiten durch Einzel- und Bandenverbrechen aller Art. Namentlich wenn sie sich mit Eingeborenen verbündeten, sich zu ihren Führern aufschwangen, haben sie Rassen- und Volksgenossen auf das schlimmste bedroht. Selbst politische Umstände wirkten hier ein. So siedelten sich englische Monarchisten zur Zeit Cromwells auf den Barbadosinseln, an und der Protektor mußte die Insel mit Gewalt erobern. Namentlich in Kriegszeiten stieg die Kriminalität dieser Kolonialbewohner. Der Drang zur Unbotmäßigkeit wuchs, die Aufsicht erlahmte, der Schmuggel, der überhaupt viele kriminelle Auswanderer nährte und manche Stadt groß machte (Buenos Aires), blühte, selbst ruhige Menschen verwilderten oder wurden durch die Not zum Verbrechen getrieben. Außer Frage steht schließlich, daß die Kriminellen eine üble Nachkommenschaft aufzogen. Wir können dies an verschiedenen Stammbäumen erweisen. So geht ein verbreitetes Geschlecht amerikanischer Mörder, Diebe, Zuhälter, Dirnen, Irrsinniger auf einen trunksüchtigen holländischen Schiffer zurück, der um 1700 in die Neue Welt auswanderte. In den zahlreichen Aufständen, die bis zur Gegenwart Südamerika beunruhigen, wirkt gewiß das wilde Blut der Urbesiedler nach. Auch die Behandlung, die ursprünglich den Mischlingen zuteil ward, hat die Kriminalität gefördert. So schlossen die Spanier ursprünglich die Kreolen von jedem höheren Amte aus. Dadurch entwickelte sich in ihnen eine verhängnisvolle Trägheit, Weichlichkeit, Genußsucht, Klima, gesellschaftliches und sittliches Leben haben in den Kolonien die guten Erbanlagen weit mehr bedroht als in der Heimat, und die Blutmischung dortselbst zeitigt nicht immer begrüßenswerte Ergebnisse.

Wir hörten das Urteil, das Valentin über die Australier fällte. Vielleicht trifft es jetzt, nach einem Jahrzehnt ereignisreichster Weltgeschichte, nicht mehr in seiner vollen Schärfe zu. Dies ändert aber nichts an der Richtigkeit seines Grundgedankens. Auch über Amerika hat sich unser Gewährsmann ähnlich geäußert, zugleich aber betont, daß dort immer ein starker ethischer Zug, ein Respekt vor allem Geistigen ausgleichend wirkte. Was für eine Macht aber die kriminellen Einwanderer noch um die Wende des 18. zum 19. Jahrhunderts bildeten, wie sie selbst der Gesellschaft Ton und Farbe gaben, wie Recht und Gesetz mit ihnen rechnen mußte, zeigt beispielsweise das zehnbändige Standwerk „A documentary history of american industrial society", das 1910 in Cleveland erschien. Es behandelt soziologisch das amerikanische Wirtschaftswesen von der Mitte des 17. Jahrhunderts an, bringt viele Angaben über Deportationen, über die Ankunft von Sklaven- und Sträflingsschiffen. Es berichtet von den ungeheuren Sklavenaufständen, die vielfach durch weiße Waldläufer geleitet werden, und schildert eingehend die Riesenprozesse, die vor hundert Jahren gegen organisierte weiße

Handwerksgesellen geführt werden, weil diese durch Streiks und „Verschwörungen“, wie das Gesetz sagte, erhöhte Löhne anstrebten. Wir Mitteleuropäer lernen erst heute die ungeheure Macht der Gewerkschaft kennen, die z. B. die gemeinsame Tätigkeit organisierter und unorganisierter Arbeiter zu verhindern sucht. In der Neuen Welt steckten sich aber bereits ein Jahrhundert früher kräftige kampfgemute Organisationen ähnliche Ziele. Wanderten doch die wagemutigsten Leute ein, die sich zum Teil schon in der Heimat gegen Gesetz und Obrigkeit gestellt hatten. Ausdrücklich sagte ein Anwalt, daß die Arbeiter vielfach „in diesem Lande eine Zuflucht vor den willkürlichen Gesetzen anderer Völker“ suchen, hier aber in Verbände gepreßt werden, die dann der Gemeinschaft „durch die willkürlichsten und boshaftesten Mittel“ ihren Willen auftrotzen möchten.

Bereits um 1810 standen also in Nordamerika wirtschaftliche und poltitische Angelegenheiten im Kampfe, die bei uns viel später erörtert wurden. Wir führen die rasche Entwicklung selbstverständlich nicht nur auf kriminelle Einwanderer zurück, erinnern aber daran, daß diese Leute am leichtesten für Neuerungen zu gewinnen sind, Wechsel und Umsturz lieben und selten etwas zu verlieren haben. Freilich verlor die alte Heimat auch regsame, unternehmende Köpfe. Man denke an die Begabten, Gebildeten, an die Schriftsteller, Beamten, Offiziere, Lehrer, die um 1848 als politische Verbrecher Europa verlassen mußten und von denen nur Hans Kudlich, der österreichische Bauernbefreier, genannt sei. Mittelmäßigkeit schwamm wenig übers Meer. Mittelmäßigkeit blieb brav zurück, und vielleicht blieb deshalb auch unsere Kultur in mancher Sparte zurück. Blutegel sind keine angenehmen Geschöpfe. Allein sie bewahren unsere Säfte vor Stockung, Verfettung, so glaubten wenigstens die alten Ärzte.

Die Bevölkerungskunde muß unterscheiden, ob die Auswanderung der Kriminellen auf Zeit oder Lebensdauer erfolgt, ob sie nach einem Lande geschieht, in dem die Ureinwohner oder die Ansiedler überwiegen. Heute schwächt sich die Wirkung der kriminellen Einwanderung ab. Man weiß nichts mehr von den Stammvätern und Stammüttern der in Rede stehenden Familien, auch Blut- und Erziehungsunterschiede verwischen sich, ohne deshalb völlig zu schwinden. Die Deportation ist auf kleine, abgeschlossene Gebiete beschränkt. Strafkolonien sind nahezu verschwunden*). Freiwillig wandern Kriminelle noch immer aus, allein sie wirken gegenüber einer konsolidierten Volksgemeinschaft von Ansiedlern nur mehr individuell, nicht mehr als geschlossene Masse. Auch in diesem Sinne gilt das

*) Eine Übersicht des heutigen Zustandes gibt Prof. Mittermaier-Gießen in dem Aufsatze „Die Strafen und die Maßregeln der Sicherung und Besserung gegenüber Erwachsenen“, der dem amtlichen Entwurfe des neuen Deutschen Strafgesetzbuches von 1927 beigefügt ist. Danach kennen eine Deportation heute noch: Argentinien, Frankreich, Italien, Portugal, Spanien, Venezuela. Spanien wendet sie allerdings kaum mehr an. Dauer, Zweck, Form dieser Strafe ist in den einzelnen Staaten verschieden. Man will meist nur das Land von unerwünschten Einwohnern befreien.

Wort vom amerikanischen Schmelztopf. Freilich stellt der Amerikaner heute seine Assimiliationskraft nicht überflüssig auf die Probe. Das zeigen die Einwanderungsverbote. Wenn sie auch Bescholtenen dauernden Aufenthalt verwehren, so steckt hierin Rassenpolitik und Kriminalbiologie. Der Amerikaner treibt zielbewußte Eugenik. Scharf denkt er auch über die volks- und rassenhygienische Bedeutung des Verbrechertums, des Alkoholismus nach.

Eine Eigentümlichkeit zeigen Meeresstaaten, die wie Deutschland als Durchzugsland für Auswanderer dienen. Auswanderungslustige Polen, Ungarn, Tschechen fallen in Hamburg der Prostitution anheim, begehen Diebstähle oder verstoßen gegen die ihrer Wesensart fremden Polizeivorschriften. Gleiches gilt von solchen Ausländern, die zurückgekehrt sind, weil ihnen z. B. das Betreten Amerikas verwehrt wurde. (Vgl. Maria Reuss: Der Strafvollzug an Frauen, Verlag Reinhardt. München 1927.) In solchen Fällen verlieren die Auswanderer die Unbescholtenheit in einem Lande, dem sie auf keine Art verbunden sind, und sie vermehren umgekehrt die Kriminalität eines Staates, zu dessen Bürgern und Bewohnern sie nicht zählen.

„Jedes kolonialgeschichtliche Faktum gehört zwei Welten an; es ist damit Glied von zwei an sich heterogenen historischen Entwicklungsreihen und so entsteht eine Unstimmigkeit, die schwer aufgelöst werden kann." Valentins Wort paßt auch auf unseren Gegenstand, ob wir nun den einzelnen, die Sippe oder Volk und Rasse betrachten. Wir haben bisher hauptsächlich den Einfluß der kriminellen Einwanderung geprüft und die Wechselwirkung der Deportation auf das Heimatland bloß flüchtig gestreift. Wollen wir Ursachen und Wirkung dieser Anstalt erfassen, dann müssen wir auch die Heimat berücksichtigen. Zunächst kommt die Bevölkerungsdichte für die Kriminalität wie für die Auswanderung in Betracht.

Für das dünnbevölkerte Rußland bedeutete die Deportation tausender geistig hochstehender Menschen einen schweren Nachteil, der noch dadurch vergrößert wurde, daß die Verbannten meist ihre Familie mitnahmen. Ebenso wird Kriminalität und Auswanderung durch Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit bedingt. Ferner ist die völkische Eigenart zu prüfen. Wir müssen hier ergründen, wie der Gesetzgeber über Deportation und Kolonisation denkt, ob er die freiwillige Auswanderung gestattet, oder sie, wie dies noch vor hundert Jahren in manchen deutschen Landen geschah, erschwert und unter Strafe stellt. Wir fragen schließlich, ob sich die Einwohner leicht oder ungern zum Auswandern entschließen, ob sie sich fremden Völkern anpassen, wie sie die Trennung von der Heimat ertragen.

Erstarkung der Polizeigewalt verringert die Landstreicherei. Dies gilt nicht nur innerhalb eines Staatsgebietes. Selbst die Reise über den großen Teich mißglückt im Zeitalter der Einreiseverbote und des modernen Fahndungswesens manchem reiselustigen Missetäter. Und gelingt sie, dann darf er sich aus den erwähnten Gründen auch drüben nicht mehr so frei und ungebunden bewegen, wie dies alte

Berichte aus Wildwest schildern. Hermann Norden zeigt in dem Buche „Auf neuen Pfaden in Afrika“ (Brockhaus, Leipzig 1926) den Unterschied zwischen dem Kongolande zur Zeit der Kolonisation und dem heutigen. „Damals war der Kongo unerforscht und gefürchtet und wenn ein Weißer hierher verschlagen wurde, pflegten sich die schon Anwesenden zu fragen, wie er wohl vorher in der Heimat mit seinem wirklichen Namen geheißen hätte; denn das war jedem klar, es mußte einer schon triftige Gründe haben, ehe er ein sicheres Leben im Vaterlande gegen diese Hölle eintauschte. Aber im Laufe der Zeit sind die Verhältnisse erträglicher geworden.“

In der Heimat gibt es Städte, die der Stromer meidet, weil dort die Polizei bissig ist. Auch manche Länder sind bei auswanderungslustigen Glücksrittern wenig beliebt. Arbeitsscheue, Abenteurer gehen ungerne nach Kanada, weil dort nur fleißigen, tüchtigen Landwirten das Glück winkt. Der englische Gauner, der nach Ausstralien abgeschoben wurde, sprach lachend von der „sentimentalen Reise nach Botanybay“. Der französische Pflastertreter dachte vom ersten Tage seines Aufenthaltes auf Neukaledonien an die Rückkehr ins geliebte Paris. Freilich wirkt hier auch die Verschiedenheit der Lebensumstände in den einzelnen Kolonien. Korn weist in einer Preisschrift der Holtzendorffstiftung: „Ist die Deportation unter den heutigen Verhältnissen als Strafmittel anwendbar?“ (Berlin 1898) nach, daß die Kolonialländer, die keine genügenden Gefängnisse besaßen, aus Bequemlichkeit wie wegen der hohen Kosten der Deportation die Anstalten des heimischen Strafvollzuges vernachlässigten. Jeder Deportierte kostete Frankreich jährlich 900 fr., der im Lande Eingekerkerte dagegen nur 328 fr. Der Deportierte fühlt sich oft ausgestoßen, zerreißt die letzten Fäden, die ihn mit der Menschheit verbinden, kommt krank und arbeitsunfähig zurück. Vom Fürsorgestandpunkt verwirft man die Deportation, weil sie die Schwachen am meisten schädigt, die dem Kolonialklima erliegen und den wenig kontrollierten Aufsehern ausgeliefert seien. Der Rassenpfleger sieht in einer solchen „Auslese“ nichts Verfängliches, sofern sie Grausamkeit vermeidet. Schließlich soll jedes Land seine Arbeitskräfte voll ausnützen. Darum verbietet wirtschaftliches Ermessen die Deportation heute dann, wenn sie sich nicht auf ganz entartete Menschen beschränkt. Dem ablehnenden Urteile der Juristen folgt das der Kolonialpolitiker. Auch in günstigen Klimaten bewähre sich die Deportation nur kurze Zeit. Siedeln sich auch Freie an, dann entstehen Reibereien. Der Vorteil der billigen Arbeitskräfte wird aufgehoben durch die moralischen Schädigungen.

Neben den allgemeinen, natürlichen Verhältnissen, die wir bisher vorwiegend betrachteten, dürfen wir verfassungsrechtliche nicht aus den Augen lassen. Viele europäische wie außereuropäische Staaten gewähren ein mehr oder weniger weitreichendes Asylrecht. Wer sie aufsucht, braucht sich nicht zu verbergen, ist gegen Strafe und Auslieferung gefeit. Ein beliebtes Beispiel binnenländischer Auswanderung

solcher Art bietet uns die Schweiz. Eine ganz andere Form schildert uns Hermann Norden: Die Regierung des Kongostaates schafft unruhige Häuptlinge in einen entfernten Bezirk. Diese auch in anderen Kolonien angewandte alte Maßregel gilt nicht als Strafe, schließt aber doch die Rückkehr aus. Die binnenländische Emigration hat überhaupt geringere geopolitische Bedeutung. Ich erinnere an die französischen Refugiés, an die Salzburger Protestanten, die in Deutschland neue Orte gründeten, in Halberstadt, Halle und anderen Städten dauernden Aufenthalt nahmen, ihre gewerblichen Fertigkeiten in die neue Heimat verpflanzten und ihr Wesen mit dem der Grundbevölkerung vermischten*). Freilich sind sie nur im juristischen, nicht auch im moralischen oder biologischen Sinne kriminell. Weniger nachhaltig war die polnische Emigration, die vor hundert Jahren geschah und trotz kurzer Dauer viel Schaden stiftete. Auch unsere Volksgenossen sind zur Zeit des jungen Deutschland und bei anderen Gelegenheiten gemäß Richterspruch oder auf der Flucht vor der Festung nach Wälschland, England, in die Schweiz, selbst nach Amerika gegangen. Manchem brauchen wir nicht nachzutrauern. Andere aber hätten samt ihrer Nachkommenschaft dem Vaterlande gewiß genützt, wären sie nicht aus ihm verbannt worden. Einige wie Freiligrath und Richard Wagner kehrten allerdings später zurück.

Angesichts solcher Tatsachen gilt auch für den Geopolitiker das Wort, das der Königsberger Strafrechtslehrer Wilhelm Sauer in seinen „Grundlagen der Gesellschaft“ (Berlin-Grunewald, Dr. Walter Rothschild, 1926) ausspricht: Der Soziologe hat auch den Verbrecher als Träger von Werten zu würdigen . . . Der Verbrecher (im juristischen Sinne) ist nicht immer bloß eine sozialpathologische, sondern mitunter auch eine kulturbildende Erscheinung.“

Wir sprachen vom Einflusse der Kriegs- und Krisenzeiten auf Kriminalität und Auswanderung. Besonders tief wirkt in dieser Hinsicht der Weltkrieg; hier fallen auch die verfassungs- und kolonialrechtlichen Änderungen, die er veranlaßt hat, ins Gewicht. Die Berichte der Wanderämter enthalten zwar keine Strafkarten; wir dürfen jedoch als sicher annehmen, daß viele der heutigen Emigranten nicht für Ordnung und Arbeitsrhythmus schwärmen, viele in der Heimat ob einer Vorstrafe kein Brot finden. Darum denkt die deutsche Wohlfahrtspflege schon daran, vorbestraften Erwerbslosen das Auswandern zu erleichtern. (Vgl. die treffliche Arbeit von Dr. Margarethe Sommer „Fürsorge und Strafrecht“, Carl Heymanns Verlag, Berlin 1926.) Diese traurige Tatsache zeigt unsere Ohnmacht; sie zeigt ferner, daß wir die eigenen Arbeitskräfte Fremden überantworten. Besser sind hier Staaten daran, die noch Kolonien besitzen. Denn wenn ihre Angehörigen in fremde Erdteile gehen, brauchen sie deshalb doch nicht einer fremden Macht zu

---

*) Auch heute kennen noch einige Staaten wie Frankreich, Spanien und Italien die Landesverweisung ihrer eigenen Staatsbürger. In Frankreich wird sie allerdings heute meist in Festungshaft umgewandelt.

dienen. Die Schwierigkeiten, die uns das Auswandern heute bietet, fördern weiters die Geschäfte der Fremdenlegion. Nach Maurice Muret sind jetzt in der französischen Fremdenlegion mehr Deutsche als vor dem Kriege, darunter viele „Spartakisten“. Neben ihnen dienen Russen und Ungarn, die an verschiedenen Aufständen in ihrer Heimat teilnahmen, also auch großenteils als kriminell anzusehen sind. Dafür spricht die Annahme unseres Gewährsmannes, daß alle diese Soldaten durch eine eiserne Disziplin zusammengehalten werden. Andere Arbeitslose wandern freiwillig nach Rußland aus. Auch unter ihnen befinden sich viele Asoziale und Bescholtene. Ebenso haben die österreichischen Versuche, in Südamerika Siedlungen zu gründen, schwer darunter gelitten, daß viele Teilnehmer Wildwestsitten an den Tag legten.

Wir gelangen zu folgenden Sätzen:

Die Auswanderung arbeits- und besserungsfähiger Krimineller schädigt das Mutterland. Sie gleicht einer Operation, die ein Leiden behebt, indem das kranke Glied weggeschnitten wird. Dies trifft namentlich auf den Deutschen zu, der sein Volkstum leichter als der Slawe oder Romane in der Fremde aufgiebt. Wichtiger als die äußere (Straf-) Kolonisation scheint die innere zu sein. Namentlich im Osten Deutschlands liegen große Gebiete, deren fachgemäße Erschließung vielen Volksgenossen Brot gäbe. Verschiedene Fürsorger empfehlen die innere Kolonisation für Strafentlassene. Auch hier kommen die Leute in fremde Umgebung, brauchen keine Nachrede Bekannter zu scheuen. Die einschlägigen Versuche kämpfen mit der Schwierigkeit, daß man sie als reine Polizeimaßnahme auffaßt. Die Mitarbeit der Geopolitiker ließe dieses Vorurteil schwinden und brächte den Strafhausbeamten und Richtern, die ihre Menschenfreundlichkeit doch immer nur im Rahmen ihrer Berufskenntnisse betätigen, wertvolle Anregungen. In einzelnen Fällen mag immerhin die seelische Einstellung oder die Umwelt eines besserungsfähigen Bestraften oder Strafgefährdeten das Auswandern über See wünschenswert, ja notwendig machen. Es widerspricht jedoch der weltbürgerlichen Solidarität, mit Unverbesserlichen, die wir geboren haben, andere Länder zu belasten. Heute ist auch ihre Abstoßung in noch unbesiedelte Gebiete schwierig. Wir werden daher Minderwertige kaum mit Hilfe der Auswanderungspolitik unschädlich machen. Gerade der Geopolitiker weist darauf hin, daß solche Leute in der Fremde das Vaterland in Verruf bringen, schließlich oft in die Heimat zurückkehren und hier erhalten werden müssen.

Ein Zwischenglied zwischen der inneren Kolonisation und der Auswanderung über See scheint uns Rußland zu bieten. Hier stehen noch weite Gebiete offen, in denen sich auch der Kriminelle ein neues Dasein schaffen kann. Hier ist er aus der Heimat und ihren Verführungen entfernt, aber doch nicht durch Meer und See von ihr getrennt, hier wirkt das Klima weniger schädlich als in den Tropenländern, hier scheint auch der Deutsche sein Volkstum besser zu bewahren

als anderwärts. Fridtjof Nansen und Sven Hedin loben die Ansiedlungsmöglichkeiten in den Sowjet-Staaten, letzteres verlangt vom Auswanderer Tüchtigkeit und Entschlossenheit, Eigenschaften, die dem Bescholtenen nicht immer fehlen, und die er in fremder Umgebung oft richtiger betätigt als daheim. Selbstverständlich dürfen wir solches Auswandern nicht als Strafe auffassen, nicht als Gelegenheit, uns lästiger Inländer zu entledigen, sondern als eine Fürsorge, die es auch demjenigen, der sich nicht inländischen Verhältnissen anzupassen vermag, ermöglicht, seine Kräfte zum eigenen Vorteile, zum Nutzen des Gastlandes und zur Ehre der Heimat zu regen. Diese Gedanken auszugestalten und ins Leben umzusetzen, bildet wohl auch eine Aufgabe des Geopolitikers, deren Lösung für Heimat und Fremde, für Volk und Mann Nutzen verheißt.

„. . . Uns aber bedeutet Weltpolitik nichts anderes, als in dem unaufhaltsamen Prozeß des Zusammensfließens der Menschheit sich nicht passiv verhalten; denn es ist nicht gleichgiltig, ob man von der Strömung mitgerissen wird oder selbständig die Stromrichtung mitbestimmt."

Supans Wort hat heute vielleicht einen weniger politischeu, mehr biologischen Sinn als 1906, wo es geschrieben ward. Einen kleinen Ausschnitt aus den Aufgaben, die uns der Altmeister stellt, bildet auch der Gegenstand, mit dem wir uns heute beschäftigten.

Paul Freye:

GHANDI ERZÄHLT SEIN LEBEN

Das indische Volk hat seinem größten geistigen Führer, Mohandas Karamchand Ghandi, den Ehrentitel eines „Mahatma", eines „großen Weisen", gegeben. Er selbst ehnt in seiner asketischen Bescheidenheit diesen Titel ab.

Nachdem sein Name seit Jahren im Vordergrunde des politischen Lebens stand, hat sich angesichts der vielen Enttäuschungen, Ghandi nun mehr und mehr vom politischen Leben zurückgezogen. Entgegen seinen eigenen Ideen und Plänen führte seine Lehre vom passiven Widerstand gegen die Indien beherrschenden Briten wiederholt zu blutigen Aufständen. Das hat den friedlichen, nach der Seele suchenden Asketen abgestoßen, denn jedwede rohe Gewalttat ekelt ihn an.

Die in der Gujarati-Sprache erscheinende Zeitung „Navajivan" hat jetzt eine Selbstbiographie aus der Feder Ghandis herausgegeben, die nun auch unter dem Titel: „Die Geschichte meiner Experimente mit der Wahrheit" in englischer Übersetzung von der Ghandi-Presse in Ahmedabad in Indien veröffentlicht wurde.

Das Buch hat mit Recht großes Aufsehen erregt. Eben jetzt, da die britische Parlamentskommission unter Führung von Sir John Simon ihre Informationsfahrt durch Indien beendigt hat und auf Grund der Ergebnisse eine neue freiere Verfassung für das Land ausarbeiten soll, ist Ghandis Buch von weitgehender Bedeutung. Die letzten Stadien der politischen Entwicklung Indiens hängen so eng mit der Person Ghandis zusammen, daß ein Einblick in den Lebensgang des Mahatma zum Verständnis dieser, vielen Europäern zumeist unverständlichen Entwicklung unbedingt notwendig ist.

Im Sinne Ghandis ist das Buch ganz und gar aus rein indischem Material hergestellt und in hausgewebtem Tuchdeckel eingebunden. Die Titelseite zeigt den asketischen Lehrer in sitzender Stellung, nur mit einem Lendentuch bekleidet. Das Haupt ist glattgeschoren und mit tiefernstem Antlitz schaut der große Führer vor sich hin. Sicherlich hat er selbst es nicht gewollt, wenn der Text darunter ihn als „Mahatma", als „großen Heiligen", bezeichnet. Denn gleich in der Einleitung sagt Ghandi wörtlich: „Ich kann mich auch nicht eines einzigen Augenblickes erinnern, wo ich hätte sagen können, daß dieser Titel mir schmeichelt."

Ghandi wurde als Sohn des Dewan, eines Beamten in dem Städtchen Porbander des kleinen indischen Staates Kathiawar geboren. In seiner Jugend zeigte er keine Züge, die auf seine spätere überragende Geistesgröße hindeuteten. Entgegen den gestrengen Satzungen seiner Kaste ließ er sich als Knabe sogar zum Genuß von Fleisch verleiten. Ja, er stahl im Elternhause Kupfermünzen, um sich Zigaretten zu kaufen. Aber nur kurze Zeit konnte die Versuchung Macht über ihn haben, denn tiefen Eindruck machten auf ihn die weisen Ermahnungen seines gütigen, kranken Vaters. Er war es, der ihm zuerst „ahimsa", das heißt die Lehre von der Nichtgewalttätigkeit und die freiwilligen Leiden für die Missetaten anderer Menschen predigte.

Nach indischer Sitte wurde Ghandi schon mit 13 Jahren einem gleichaltrigen Mädchen angetraut. Starke erotische Triebe lebten damals in seinem jungen Körper, und wenn er nicht das Bewußtsein einer ernsten Lebenspflicht in sich gefühlt hätte, so wäre er sicherlich durch Krankheit früh gestorben. Aber durch starken Willen

konnte er überwinden. Er pflegte mit hingebender Liebe seinen schwerkranken Vater. Bis heute, so sagt Ghandi, bedauert er es noch tief, daß er in der Todesstunde nicht bei seinem über alles geliebten Vater war. Er bedauert es um so mehr, da es das Weib war, das ihn damals fesselte.

„Hätten mich", so erzählt er, „nicht tierische Gelüste blind gemacht, dann wäre mir die Qual der Trennung von meinem Vater erspart geblieben, dann hätte ich ihn streicheln und massieren können, dann wäre er in meinen Armen gestorben." Glücklich ist er hinwiederum, daß ihn das Feuer der Versuchung nicht überwältigte und daß er seiner Frau die Treue bewahrte.

Schon bald nach dem Hinscheiden des Vaters sucht Ghandi in der Entsagung trotz der Ehe die Stufe des „brahmacharya", des höchsten Wissens im Brahmanentum, zu erreichen, um dadurch Gott ganz zu erkennen. So schwer ist dieser Entschluß, trotz aller seelischen Freude, die er erweckt, daß Ghandi sagt: „Jeden Tag wird es mir klarer und klarer, daß ich dahinwandle wie auf der Schneide eines Schwertes, und jeden Augenblick erkenne ich die Notwendigkeit ewiger Wachsamkeit."

Wer dieses Gelübde halten will, der muß vor allem mit Bezug auf Nahrung seinen Leib kasteien. Das ist heute wie damals ein Hauptgrundsatz Ghandis. Während der Jahre seines Aufenthalts in England, wo er sich mit Eifer dem Studium der Rechtswissenschaften widmete, war er stets ein starker Befürworter vegetarischer Kost. Niemals genoß er Fleisch, und so kam es, daß er für seine tägliche Nahrung in London nur $1^1/_4$ Schilling verausgabte.

Und doch steckten auch ihn damals die Äußerlichkeiten der europäischen Kultur an. Es gab eine Zeit, da der Student Ghandi sich in Gehrock und Zylinder mit einer Blume im Knopfloch als vollendeter britischer Gentleman gebärdete. Ja, seinem Bruder in Indien schrieb er einen Brief und bat um eine goldene Uhrkette. Er nahm Tanzunterricht und französische Konversationsstunden. Vergeblich bemühte er sich durch Erlernung des Geigenspiels in die für ihn, den Asiaten, völlig unverständlichen Geheimnisse europäischer Musik einzudringen. Dieser Europadusel dauerte aber nur wenige Monate. Dann kam Ghandi wieder zu sich selbst.

Aber sicherlich hatte die Studienzeit in England auf ihn eine große Wirkung, denn lange Jahre hindurch war Ghandi bis in die Zeit des Weltkriegs stets ein Anhänger der britischen Herrschaft in Indien, die ihm in jener Zeit noch am zweckdienlichsten für die gesunde Entwicklung des Landes erschien. Der Umschwung in dieser Gesinnung am Ausgang des Weltkrieges war außerordentlich vehement. Vor allem ist das auf die Lektüre Tolstois und anderer Russen zurückzuführen. Ghandi lehnte sich mit aller Macht gegen das Britentum auf. Er kämpfte mit allen Fasern seines Herzens für die Freiheit Indiens, so daß die Engländer ihn schließlich eine Zeitlang gefangen setzten.

Wie nicht selten Asiaten, die in Europa studierten, später nach ihrer Rückkehr mit wahrhaft fanatischem Eifer sich wiederum den alten, ja, den urältesten Gebräuchen ihrer Heimat, besonders mit Bezug auf die Religion, widmen, so geschah es auch bei Ghandi. Dieses Zurückgehen in die eigene alte Kulturwelt entsteht in solchen Fällen deshalb, weil der gebildete Asiat besonders in England sich durch die immer wieder gezeigte Überhebung der Europäer, der Weißen über die Farbigen, schwer verletzt fühlt.

Jenseits des Suezkanals tritt dieser Hochmut der Weißen aber noch viel stärker zutage. Das ist auch ein Hauptgrund mit zu der immer lebendiger und stärker hervor-

tretenden Opposition, die sich in den letzten Jahren durch ganz Asien gegen die Herrschaft der Weißen erhebt.

Mit Feuereifer setzte sich Ghandi besonders während seines Aufenthaltes in Südafrika für die Sache seiner dort lebenden, von den Weißen unterdrückten Landsleute ein. Nach Indien zurückgekehrt wurde Ghandi ganz und gar Asket. Ein Geschenk der südafrikanischen Inder einschließlich einer 1000 Mark werten goldenen Halskette für seine Frau schickte er zurück. „Denn wie konnte ich," so schreibt er, „da ich Enthaltsamkeit und Ablegung jedweden Prunkes in der Kleidung forderte, derartige Dinge dulden oder sogar bei meinen eigenen Angehörigen erlauben."

In dieser Beziehung denkt Ghandi wie der Gautama Buddha, der als Kronprinz alle Pracht des Hofes von sich abtat und hinausging, um als Asket die Wahrheit zu ergründen. Heute ist es Ghandi, der in eindringlicher Art Stellung nimmt gegen allen äußerlichen Prunk und ganz besonders auch gegen die übermäßige Pompentfaltung an den indischen Höfen.

Sowohl in London als später in Südafrika hat Ghandi sich stark durch die Lehren des Neuen Testaments beeinflussen lassen, aber niemals ließ er sich zum Christentum bekehren. Tiefen, nachhaltigen Eindruck hat auf ihn stets der Inhalt der Bergpredigt gemacht. „Diese Predigt", so schreibt er, „hat es mir ganz klar zum Bewußtsein gebracht, daß einzig und allein völlige Entsagung zur höchsten Stufe der Religion führen kann."

Ghandi ist kein großer Redner. Seine Gestalt ist unscheinbar, und doch hat er eine ungeheure Macht über die Massen, wenn er in einer Versammlung erscheint. Das ist in der Tat die Eigenschaft eines Übermenschen in ihm. Sein Geist, sein Denken, sein Wille reißen in wenigen Worten Millionen mit. Als er sah, daß eine Befreiung Indiens durch Mittel der Gewalt schwere Sünde darstelle, begann er seine Lehre vom passiven Widerstand, von der Nichtgewalttätigkeit überall zu verkünden. Die Inder sollten sich, ohne Gewalt zu gebrauchen, einfach überall von den britischen Herrschern in strengster Weise trennen. Indien und die Inder sollten durch sich selbst ohne Zutun Englands leben. Das führte in den breiten Volksmassen der 320 Millionen Indiens nicht nur zum wiederholten Boykott, das führte zur Mißachtung britischer Autorität und schließlich, ganz gegen die Gedankengänge Ghandis, zu blutigen Aufständen.

Wenn Ghandi sich jetzt mehr und mehr aus dem politischen Treiben zurückzieht und sich immer stärker der religiösen Askese hingibt, um, wie er fest hofft, „Moksha", den Erlösungszustand, zu erreichen und so schließlich Gott von Angesicht zu Angesicht zu schauen, so ist das vor allen Dingen darauf zurückzuführen, daß er den ihm so widerwärtigen Materialismus besonders unter den Europäern sowie vielen seiner Landsleute während der politischen Kämpfe erkannte.

Sicherlich aber ist es Ghandi, der in seiner politischen Zeit Indien völlig zum Erwachen gebracht hat. Vor allem seinem rastlosen Willen hat Indien es zu verdanken, wenn ihm nun demnächst doch durch die bevorstehende Reformierung seiner Verfassung eine größere Selbständigkeit im Rahmen des britischen Weltreiches gewährt werden sollte.

ERICH OBST:
LITERATURBERICHT AUS EUROPA UND AFRIKA

Albrecht Haushofer: Paß-Staaten in den Alpen. 200 Seiten mit 6 Skizzen. Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald 1928.

Nach einer vielleicht etwas weit ausholenden methodischen Einleitung beschäftigt sich A. Haushofer im ersten Teil seiner ungemein gediegenen und anregenden Schrift mit den allgemeinen Grundtatsachen der Lehre vom Paß. Wir werden vorzüglich in die physische und anthropogeographische Wesenheit der Pässe eingeführt und folgen dem Verfasser mit steigendem Interesse, wenn er anschaulich, klug und klar von den Beziehungen der Pässe zur politischen Kleingliederung, Grenzbildung und Verkehrsentwicklung handelt. — Der zweite Hauptteil bringt dann die spezielle Untersuchung der einzelnen alpinen Paßstaaten: Uri und Zentralschweiz, Wallis, Graubünden, Schweiz als Ganzes, Tirol, paßstaatliche Beziehungen von Salzburg und Innerösterreich. Bei jeder dieser Analysen ist eine Fülle historischer Einzeltatsachen geschickt verarbeitet worden, so daß das spezifische Zusammenwirken von Natur und Mensch in jedem Falle überzeugend hervortritt. — Der Schluß betitelt sich „Der Paßstaat als feiner Zeiger politischer Verschiebungen und als Funktion politisch-geographischen Gleichgewichts". Verfasser versucht, aus allen Einzeluntersuchungen abstrahierend, die Gefahren darzulegen, welche für die Paßstaaten durch Verlust der Ernährungsbasis oder durch Einwirkung des Gesetzes der wachsenden Räume in Betracht kommen.

Den heranwachsenden Geographen und Geopolitikern sei diese vorzügliche Studie als Beispiel tiefschürfender und gleichzeitig weitschauender Forschung wärmstens empfohlen.

Langenscheidts Handbücher für Auslandkunde. Land und Leute in Frankreich. Neu bearbeitet von Prof. J. Renard und L. Goldstein. 536 Seiten mit zwei mehrfarbigen Karten. Land und Leute in Spanien. Neu bearbeitet von Dr. Gertrud Richert. 469 Seiten mit zwei dreifarbigen Karten. Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung, Berlin-Schöneberg 1927/28.

Die beiden neuen Bände der bewährten Sammlung geben in der üblichen Stichwort-Anordnung sehr gediegene Auskunft über das Leben und Schaffen in Frankreich und Spanien. Alles, was man als Reisender tagtäglich sieht und erlebt, wird unter Beifügung der landesüblichen Bezeichnungen beschrieben und erklärt. Ein Reisehandbuch etwa nach Art des Baedeker vermögen die Bände der Langenscheidtschen Sammlung nicht zu ersetzen, wohl aber ausgezeichnet zu ergänzen. — Für eine Neuauflage des Bandes Frankreich würden wir die Einbeziehung der geographischen Grundtatsachen (Städte, Flüsse, Landschaften) in dem Maße empfehlen, wie es im Bande Spanien bereits durchgeführt ist. Zahlenangaben über das Wirtschaftsleben sollten, wenn man sie für notwendig erachtet, modern sein; die Ausbeute der Zuckerkampagne 1920/21 als einzige Angabe dieser Art in einem 1928 erscheinenden Werk mitzuteilen (Spanien S. 469) geht nicht gut an.

Otto Jessen: Die Straße von Gibraltar. Mit einem Beitrag von A. Schulten über „Die Säulen des Herakles". 283 Seiten mit 23 Textbildern, 16 Tafeln und 2 Karten. Verlag Dietrich Reimer (Ernst Vohsen), Berlin 1927.

Auf zwei Reisen, 1922 und 1924, sammelte Jessen ein umfangreiches Material, das, mit den Ergebnissen ergänzender Literaturstudien verwoben, das Fundament dieses trefflichen Buches

ildet. Gründliche Erörterungen über die morhologische, hydrographische und klimatologische eschaffenheit des Meerengengebiets füllen die rsten Kapitel. Eine Studie über die biogeoraphische Bedeutung der Straße von Gibraltar eitet zu dem zweiten Hauptteil über, in dem die edeutung der Straße als Völker- und Kulturrücke von der Vorgeschichte bis in die Gegenvart behandelt wird. Das Buch schließt mit einer ehr lesenswerten Darstellung der wirtschaftsnd verkehrsgeographischen Wichtigkeit des Meerngengebiets, einer Schilderung der Siedelungen nd politisch-geographischen Betrachtungen.

Auf Einzelheiten einzugehen ist im Rahmen ieser Besprechung leider nicht möglich. Zweiellos ist das vorzüglich ausgestattete Werk von essen nach Problemstellung und Gewissenhaftigeit der Forschung sehr zu begrüßen; wir wünschen uns für andere wichtige Meerengen ähnliche Monographien. Vielleicht hätte das Buch gevonnen, wenn der Verfasser das umfangreiche Material noch ein wenig mehr gemeistert und ie Darstellung knapper gehalten hätte.

oseph Pomiankowski: Der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches. Erinnerungen an die Türkei aus der Zeit des Weltkrieges. 444 Seiten mit 85 Bildern und 8 Beilagen, darunter 2 farbige Karten. Amalthea-Verlag, Zürich-Leipzig-Wien 1928.

Der Verfasser, ehemaliger k. u. k. Feldmarchalleutnant und Militärbevollmächtigter in der Türkei, schildert im vorliegenden Werk die polischen und militärischen Ereignisse, die zum Zusammenbruch des Osmanischen Reiches führten. Die sehr lebendige Darstellung ist sichtlich von hrlicher Begeisterung für die heroische Türkei rfüllt und enthält eine große Reihe von Bebachtungen, die eben nur einem Manne in der tellung Pomiankowskis möglich waren; sie offenart zugleich eine erstaunliche Einfühlungsgabe es Verfassers und einen Weitblick, wie er nicht edem Diplomaten und Offizier eigen zu sein flegt. Bei allem Streben nach Objektivität ist ine gewisse Abneigung gegen das „deutsche ystem" deutlich herauszufühlen. Da aber jede Kritik in ritterlicher Vornehmheit ausgesprochen vird, wirkt sie niemals verletzend, sondern zwingt ur zu gesteigertem Nachdenken. Österreich-Ungarn darf sich rühmen, einen sehr klugen und gewandten Beobachter auf dem damals für die internationale Politik so wichtigen Posten von Konstantinopel gehabt zu haben. Wir rechnen das Buch von Pomiankowski zu den besten Memoirenwerken der Nachkriegszeit. Wer die höchst interessante politische Bühne des alten Konstantinopel kennen lernen will, wird mit größtem Nutzen zu dem Buche von Pomiankowski greifen.

Denkwürdigkeiten des Marschalls Izzet Pascha. Ein kritischer Beitrag zur Kriegsschuldfrage. Aus dem Originalmanuskript übersetzt, eingeleitet und erstmalig herausgegeben von Karl Klinghardt. 309 Seiten mit einem Bildnis des Verfassers und 6 Karten. Verlag von K. F. Koehler, Leipzig 1927.

Ein türkischer Marschall, Großwesir und Minister fürstlichen Geblüts spricht sich offen über das Problem der Kriegsschuldfrage aus, so wie er die Dinge ansieht; er enthüllt uns dabei zugleich ein Stück osmanischer Geschichte, wie wir sie in gleicher Problemstellung und Tiefe sonst nicht besitzen. Als Deutscher wird man oftmals erschüttert und abgestoßen werden durch die brutale Einseitigkeit, mit der der englandfreundliche Marschall uns die Hauptschuld am Weltkrieg zumißt. In der Bismarckschen Reichspolitik erblickt er den Grundfehler, der nach seinem Dafürhalten zum Kriege treiben mußte: „Ich wollte lediglich den wohl gelungenen Beweis erbringen, daß die Keime zum Weltkrieg durch die Bismarcksche Politik gelegt wurden, und daß sein persönlicher Einfluß und die politischen Ideen, die er in seinem späten Lebensabschnitt zu verbreiten wußte, diese Keime gefördert haben" (S. 56). Aber auch die Bagdadbahn wird uns als Anschlag auf England wie ein Verbrechen angerechnet, und das Attentat gegen den österreichischen Thronfolger ist „als Ergebnis der Aehrentalschen Balkanpolitik anzusehen" (S. 109). Der Kaiser dagegen hat den Krieg nicht gewollt. „Man könnte dem Kaiser viel eher den Vorwurf machen, daß er den Kriegsgelegenheiten zu lange ausgewichen ist, um den Kampf schließlich in einem Augenblick annehmen zu müssen, der für sein Land denkbar ungünstig war" (S. 58).

Trotz aller Bedenken begrüßen wir das Buch, weil wir aus ihm, wenn auch nicht ohne Schmerz und Ärger, geradezu einzigartig ersehen, wie sich

die Welt in der Seele eines hochstehenden und hochgebildeten türkischen Staatsmannes von ehedem widerspiegelt. Hinzu kommt, daß der Lebensweg dieses Mannes mit all den Höhen und Tiefen ein allgemein menschliches Interesse weckt.

Richard Hartmann: Im neuen Anatolien. Reiseeindrücke. 147 Seiten mit 65 Abbildungen auf 32 Tafeln. Verlag der J. C. Hinrichs'schen Buchhandlung, Leipzig 1928.

Eine mehrmonatige Reise führte im Frühjahr 1927 den Heidelberger Gelehrten durch ganz Anatolien. In der vorliegenden Schrift schildert er in Gestalt anschaulicher Skizzen Land und Leute unter Hervorhebung der Veränderungen, die das anatolische Leben seit dem Weltkrieg und dem Auftreten Kemals erfahren hat: Konstantinopler Streiflichter, Brussa, An der Wiege des Osmanentums, Eskı Schehir, Afiun Karahissar, Angora, Konia, Adana, Smyrna. In dem Schlußkapitel „Der Neue Kurs" werden zusammenfassend alle Seiten des neuen türkischen Staates gestreift. Hartmann urteilt optimistisch über das Reformwerk Kemals und betont, daß der Bruch mit den altislamischen Traditionen bei weitem nicht so schroff sei, wie es von außen gesehen erschiene. „Was trotz aller Schwierigkeiten und Gefahren das Recht zu einem gewissen Optimismus für die neue Türkei gibt, das ist die psychische Umstellung weiter Kreise des Volkes, die der anatolische Krieg ausgelöst hat, die tiefe Überzeugung von der Notwendigkeit, umzulernen, aber auch Selbstvertrauen und der feste Wille für die Zukunftsarbeit. Der Eindruck von dieser Umwälzung in der Psyche des türkischen Volkes, das war das größte Erlebnis unserer Reise."

Richard Hartmann: Die Welt des Islam einst und heute. Beiheft 11 zum „Alten Orient", herausgegeben von Prof. Dr. Wilhelm Schubart. 47 Seiten.

Derselbe: Die Krisis des Islam. Heft 15 der Zeitschrift „Morgenland", Darstellungen aus Geschichte und Kultur des Ostens, herausgegeben von Prof. Dr. Wilhelm Schubart. 37 S. Verlag der J. C. Hinrichs'schen Buchhandlung, Leipzig 1927/1928.

Beide Schriften sind ebenso knapp gehalten wie gedankenreich. Sie sprechen von der Renaissance der islamischen Welt in einer Klarheit und Eindringlichkeit, die dem Leser schlechthin unvergeßlich bleiben muß. Der Orient hat den Schritt vom Mittelalter zur Neuzeit gewagt, und diese Entwicklung muß gleichsam automatisch weitergehen. Allenthalben werden die alten Denkformen allmählich und unmerklich mit neuem Inhalt erfüllt, ehe dieser die ihm nicht mehr kongruente Form sprengt. „Es ist verblüffend, zu sehen, wie der Islam in wenigen Jahrzehnten eine jahrhundertelange Entwicklung des Christentums nachholen will, oft in erstaunlicher Gleichheit des Weges und der Mittel, vielleicht darin noch einmal die Verwandtschaft des Ursprungs und des Wesens beider Religionen verratend. Es war lange so bequem und so angenehm zugleich, dem anscheinend völlig erstarrten Islam sein baldiges Ende vorauszusagen. In der Wirklichkeit scheint mir gerade heute kein Grund und kein Anzeichen vorzuliegen, die dafür sprächen, daß das Los des Islam so viel pessimistischer zu beurteilen wäre als das des Christentums."

T. E. Lawrence: Aufstand in der Wüste. Deutsch von Dagobert von Mikusch. XI und 355 Seiten mit 4 Tiefdruckbildern und einer Geländekarte. Paul List Verlag, Leipzig 1927.

Außer Julius Cäsars „De bello Gallico" gibt es kaum ein vom Handelnden selbst geschriebenes Kriegsbuch gleich starker Wirkung wie die vorliegende Veröffentlichung. Das mag vor allem an der eigenartigen Persönlichkeit des Verfassers liegen und an seiner hervorragenden Begabung, die von ihm organisierte panislamische Bewegung in Arabien geradezu meisterhaft zu schildern. Von Haus aus Gelehrter (Orientalist), wird T. E. Lawrence im Kriege zunächst mit untergeordneten Aufgaben in Ägypten beschäftigt, dann 1916 zur Schürung des Araberaufstandes gegen die Türken nach Arabien entsandt; in der Wüste verwächst Lawrence derartig mit Land und Volk, daß er, als Araber unter Arabern lebend, allmählich zur Seele der ganzen Bewegung wird. Das Unternehmen erfährt 1918 mit dem Einzug in Damaskus seine Krönung.

Seltsam, daß gerade ein Engländer ein solches Maß von Einfühlungskraft und Anpassungsfähigkeit aufbringen konnte! Merkwürdig, ein Engländer vermochte sich für den Freiheitskampf eines artfremden Volkes mit solcher Glut einzusetzen, daß er in Konflikt mit der Regierung seiner eigenen Nation geraten mußte! Der Traum

les „ungekrönten Königs von Arabien" ist verlogen, weil England nicht das mindeste Interesse an einem starken Großarabien hat. Aber Ibn Saud scheint auf dem Wege fortzuschreiten, den T. E. Lawrence den Arabern ebnete.

Das Werk ist ohne Frage eine der gewaltigsten Erscheinungen der gesamten Kriegsliteratur. Als Ergänzung mag in diesem Zusammenhang auf ein minder dramatisches, aber ebenfalls recht aufschlußreiches Buch hingewiesen werden: Harry Philby: Das geheimnisvolle Arabien. Zwei Bände, Verlag von F. A. Brockhaus, Leipzig 1925.

Aus dem Jemen. Hermann Burchardts letzte Reise durch Südarabien. Bearbeitet von Eugen Mittwoch. Festgabe für den IV. Deutschen Orientalistentag in Hamburg. 74 Seiten mit 28 Tafeln nach Aufnahmen Hermann Burchardts. Deutsche Morgenländische Gesellschaft, in Kommission bei F. A. Brockhaus, Leipzig 1927.

Die vorzüglich ausgestattete Schrift handelt von der dritten Südarabienreise Burchardts, auf der der Reisende am 19. Dezember 1909 von Eingeborenen überfallen und durch Flintenkugeln getötet wurde. Der Bericht gründet sich auf die Angaben von Burchardts arabischem Sprachlehrer, der an der Reise bis zu ihrem unglücklichen Ende teilnahm. Handelt der Text überwiegend von sprachwissenschaftlichen Fragen, so geht die Geographie doch nicht ganz leer aus (S. 6), und die zahlreichen vorzüglichen Bilder geben dem Erdkundler einen höchst anschaulichen Begriff von Landschaften, aus denen gute Photographien noch immer eine Seltenheit sind.

Albert von LeCoq: Von Land und Leuten in Ostturkestan. Berichte und Abenteuer der 4. Deutschen Turfanexpedition. 183 Seiten mit 156 Abbildungen im Text und auf 48 Tafeln sowie 5 Karten. Verlag der J. C. Hinrichs'schen Buchhandlung, Leipzig 1928.

Die 4. Deutsche Turfanexpedition ist vor allem den Beziehungen nachgegangen, die zwischen dem Fernen Osten und der hellenistischen Antike bestehen. Es ergaben sich unzweifelhafte Beweise dafür, daß bei der buddhistischen Kunst hellenistische Wurzeln zu erkennen sind und daß diese seltsame Mischkunst mit dem Buddhismus zum Fernen Osten gelangt ist unter allmählicher Abwandlung natürlich der relativ klaren Grundmotive. Die chinesische Kultur kann mithin nicht mehr als autochthon im strengen Sinne des Wortes gelten. Diese eigentlich wissenschaftlichen Probleme und Forschungsergebnisse werden im vorliegenden Buche zusammenhängend nur im Schlußkapitel (S. 153—176) erörtert. Den Hauptinhalt bildet vielmehr eine Beschreibung der Reise mit all ihren Fährnissen, eine ebenso unterhaltliche wie lehrreiche Schilderung der Wüsten, Steppen und Oasen Ostturkestans und ihrer Bevölkerung.

Das Buch ist wärmstens zu empfehlen, nicht zuletzt um des Verfassers willen, dessen Expeditionen zu den Großleistungen deutscher Wissenschaft zu zählen haben.

Alfred Wiener: Kritische Reise durch Palästina. „Jüdische Siedlung und Wirtschaft" Nr. 1. 156 Seiten mit 13 Karten und Zeichnungen. Philo-Verlag G. m. b. H., Berlin 1927.

Der Verfasser ist als Angehöriger des „Centralvereins" antizionistisch eingestellt, sein Buch ist deshalb zwar durchaus polemisch gehalten, ohne aber im mindesten gehässig oder kleinlich zu werden. Wiener bringt sehr gewissenhaft alle geographischen, wirtschaftlichen und politischen Tatsachen über den Zionistenstaat, in dem die jüdische Bevölkerung nur 17,8 % der Gesamtzahl ausmacht. In seiner Untersuchung geißelt Wiener schonungslos den zionistischen Idealismus, der naturgemäß zu einer Verirrung in nationalistische, bevölkerungs- und wirtschaftspolitische Dogmen geführt hat. Die realen ökonomischen und politischen Schwierigkeiten des Zionistenstaates erfahren eine gründliche Beleuchtung. — Gegen Wieners Buch hat die Zionistische Vereinigung für Deutschland durch Richard Lichtheim eine Erwiderung verfassen lassen. Sie ist so lahm und oftmals so wenig sachlich, daß der unparteiische Kritiker auch daraus den Schluß zieht, Wiener müsse mit seiner Darstellung annähernd den Kern der Sache getroffen haben.

Erna Arnhold: Was ich in Ägypten sah. 39 Seiten mit 16 Bildern. Verlag von Ferdinand Hirt, Breslau 1927.

Ein anspruchsloses Büchlein, zu dem Reisende greifen mögen, denen der Baedeker zu umfangreich und zu trocken ist. Wissenschaftlich ohne Wert. Man sollte über ein Land wie Ägypten nur schreiben, wenn man es wirklich kennen-

gelernt hat. Unwillkürlich denkt man an das prächtige Ägyptenbuch eines anderen Nicht-Geographen, der uns eine der wertvollsten Schriften über das Nilland geschenkt hat und der Gutes darbieten konnte, weil er im Lande fleißig studiert, das Land wahrhaft erlebt hat: Alfred Kaufmann, ehemaliger Pfarrer der evangelischen Gemeinde und Direktor der deutschen Schule in Alexandrien. Sein Buch (222 Seiten mit 125 Abbildungen und 8 Karten) trägt den Titel „Ewiges Stromland, Land und Mensch in Ägypten" und erschien 1926 bei Strecker & Schröder in Stuttgart.

Graf Ottokar Czernin: Mein afrikanisches Tagebuch. 198 Seiten mit 23 Abbildungen. Amalthea-Verlag, Zürich - Leipzig - Wien 1928.

Die Route des Reisenden führte von Kairo mit dem Schiff nach Mombassa und von hier durch Kenia, Uganda, Sudan, Nilland nach Kairo zurück. Es ist erstaunlich, von wie vielen unafrikanischen Dingen der Verfasser schwätzt und wie wenig man, abgesehen von Jagdgeschichten, über Land und Leute der durchreisten Gebiete hört. Ein Tagebuch, wie es nicht sein und bestimmt nicht veröffentlicht werden sollte.

Leo Frobenius: Das sterbende Afrika. Die Seele eines Erdteils. Erste vollständige Ausgabe. 503 Seiten. Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H., Frankfurt a. M. 1928.

Ein Buch, das mich gefesselt hat wie wenige. Nicht im eigentlichen Sinne geopolitisch, aber durch seine geographischen und kulturhistorischen Skizzen doch auch für die Geopolitik unentbehrlich. Afrika mit seinen spezifischen Umweltgegebenheiten (S. 39—47; Urwald, Wüste, Steppe), Afrika mit seinen Kulturströmungen und dadurch bedingten Kulturschichtungen ersteht vor uns, als ob wir selbst an den Forschungsreisen Frobenius' teilnähmen. Und dann dieser Schatz von volkskundlichem Material, von Fabeln, Erzählungen und sonstigen Volksdichtungen, die uns das bunte und reiche Seelenleben der Afrikaner mit pochendem Herzen ahnen lassen. Welch große Welt eröffnet sich damit dem Europäer, der vielfach noch immer meint, als „Edelmensch" die „wahre Kultur" in Erbpacht genommen zu haben! Aufs wärmste sei dieses gehaltvolle Büchlein allen empfohlen, die auch in der Kultur „anders" nicht gleich „minderwertig" setzen und die Raumgrundlagen der irdischen Kulturen zu erfassen trachten.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststraße 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstraße 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / A. Ball, Berlin W 9, Linkstr. 25 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig / Alfa-Papier von E. A. Geese, Berlin SW 68

MITTEILUNGEN DES VERLAGES

Der Aufsatz von *Dr. Manfred Langhans-Ratzeburg:* Geographische Rechtswissenschaft ist in etwas erweiterter Form unter dem Titel: „*Begriff und Aufgaben der Geographischen Rechtswissenschaft*" als Heft 2 der Beihefte zur Zeitschrift für Geopolitik, Preis M. 4.—, erschienen. Bezieher aller Beihefte, von denen weitere in Kürze erscheinen, genießen einen um 10 % niedrigeren Vorzugspreis.

Gustav Amann: Sun Yatsens Vermächtnis mit den Vorworten von Professor Dr. K. Haushofer und Professor Dr. Krebs hat ungewöhnliches Aufsehen erregt. Ich weise auf die Anzeige und den Vorzugspreis für Bezieher der Zeitschrift hin.

Die Beilagen des Verlages *Braumüller-Wien* über das Buch von *Kenworthy* und des Verlages der *Deutschen Rundschau* über das von *Winkler* empfehle ich der Beachtung.

Europäische Revue, Heft 3 (Juni):

Romain Rolland, Beethovens Leonore — Rudolf Kaßner, Zahl und Persönlichkeit — Georges Duhamel, Bilder aus Griechenland — Gothein, Die Gefahren der gegenwärtigen Lohnbewegung.

Berlin-Grunewald *Kurt Vowinckel Verlag GmbH.*

SUN YATSENS VERMÄCHTNIS

GESCHICHTE DER CHINESISCHEN REVOLUTION

VON GUSTAV AMANN

MIT VORWORTEN VON
PROFESSOR DR. KARL HAUSHOFER · MÜNCHEN
PROFESSOR THEOL. DR. ENGELBERT KREBS · FREIBURG

16 ABBILDUNGEN

8°, XXXII und 284 Seiten, Leinen M. 8.50

Für Bezieher der »Zeitschrift für Geopolitik« M. 7.50

Eine erste Periode in der Umgestaltung des chinesischen Reiches war Ende vorigen Jahres mit dem Zwiespalt innerhalb der Kanton-Regierung abgeschlossen. Heute kann ich das Buch eines Deutschen anzeigen, der die innere Geschichte dieses entscheidenden Vorganges aus persönlichstem Miterleben entwickelt: Gustav Amann, der einst Sun Yatsen als Freund nahestand, der mit den Trägern seines Erbes ihr erstes Ringen, die Tage ihres Glücks, dann des Zweifels und Niederbruchs treu durchlebt, beratend, handelnd, helfend geteilt hat, — ohne irgendwelchen Nutzen dabei zu suchen oder Schaden zu fürchten. Kein anderer konnte wie er völlig in den Vorgängen stehen und sie dennoch sachlich beschreiben unter völliger Hintansetzung seiner Person. Den Lesern der »Geopolitik« ist Gustav Amann kein Fremder. Wer sein neues Buch liest, wird dennoch überrascht sein: trotz des gleichlautenden Titels hat es mit den in der Zeitschrift veröffentlichten Aufsätzen nichts zu tun; sogar in der Schreibweise weicht es völlig von ihnen ab: eine vollkommen sachliche, klare und prägende Darstellung von geschichtlichen Tatsachen, Personen und Verhältnissen.

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH · BERLIN-GRUNEWALD